

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

62. Sitzung
12. Januar 2026

Beginn: 14.06
Schluss: 17.22 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), zeitweise Olaf Schenk (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann treten wir ein in

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Linksextremistischer Terroranschlag – Wie sichern wir Berlins Stromnetz?
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0282](#)
WiEnBe

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stromausfall in Berlin – Anfälligkeit des
Stromnetzes und notwendige Schlussfolgerungen?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0281](#)
WiEnBe

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung darf ich Herrn Koriath begrüßen, Leiter des Krisenstabs bei der Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie und Betriebe, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird. Als Anzuhörenden haben wir uns auf Herrn Dr. Erik Landeck, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stromnetz Berlin GmbH, verständigt. Ich begrüße Sie herzlich im Ausschuss, Herr Dr. Landeck! – Ich gehe davon aus, dass natürlich wie immer ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Dem ist so. Dann machen wir das. – Dann kommen wir in die Begründungsrunde und begründen erst mal das Thema zu TOP 2 a. Wir fangen mit der CDU an. – Der Kollege Schaal hat das Wort.

Lucas Schaal (CDU): Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Herzlichen Dank! – Ich habe noch mal nachgeschaut, wie ein Stromausfall definiert ist, nämlich als „ungeplante, plötzliche Versorgungsunterbrechung“. Insofern irritiert das Besprechungsthema zu Punkt 2 b, das Grüne und Linke eingereicht haben, „Stromausfall in Berlin“, schon sehr, als sei das ein Ereignis, das vom Himmel gefallen ist, als sei das ein Ereignis, das ungeplant aufgetreten ist. Das liegt doch völlig neben der Sache. Es ist ein sehr geplanter Ausfall der Stromversorgung gewesen, und deswegen haben wir als Koalition zu Recht „Linksextremistischer Terroranschlag – Wie sichern wir Berlins Stromnetz?“ als Besprechungspunkt angemeldet, denn genau das ist es.

Wir wollen gemeinsam die Probleme dieser Stadt lösen. Wir wollen gemeinsam sehen, wie wir uns besser schützen können, wie wir unsere Bürgerinnen und Bürger vor solchen Ereignissen schützen können, und deswegen ist es wichtig und richtig, dass diese Koalition klar beim Namen nennt, was dort passiert ist, und das war eben kein Stromausfall, sondern es war ein linksextremistischer Terroranschlag. Ich bin sehr dankbar, dass wir heute gemeinsam darüber diskutieren, wie wir uns energiepolitisch gegen solche Extremisten schützen können, wie wir unsere Infrastruktur schützen können und wie wir dafür sorgen können, dass die Menschen in dieser Stadt gerade in solchen extremen Wetterereignissen sicher sind und eine durchgehend gute Stromversorgung haben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann darf ich für die Begründung der SPD-Fraktion gleich anschließen.

Jörg Stroedter (SPD): Der Kollege Schaal hat eben schon zu Recht gesagt, dass man benennen muss, wer da was macht. Da ist nicht ein Umspannwerk ausgefallen, da sind auch keine anderen Dinge gewesen, die bei dem eigentlichen Stromanschluss eine Rolle spielen, sondern das ist ein Anschlag. Das ist ein Anschlag, der offensichtlich von linksextremer Seite kam, und ich sage das auch mal so deutlich: Das muss man auch aussprechen können. – Das fällt nicht allen so leicht, denn es ist immer so schön, sich in dem Ausschuss nur an Rechtsextremen und nicht an Linksextremen abzuarbeiten, aber man muss es hier so deutlich sagen. Und, ja, das sage ich an der Stelle auch mal: Die Russlandphobie musste von dem einen oder ande-

ren auch wieder bedient werden. Auch da sage ich mal: Russland ist nicht für alles zuständig, sondern wir haben eigene Probleme, die eine Rolle spielen.

Wir werden heute darüber diskutieren müssen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen, und da bin ich in der Tat allerdings mal gespannt. Wir hatten gerade erst in Treptow-Köpenick so einen Schaden, und da habe ich bestimmte Antworten bekommen. Man fragt sich nach ein paar Monaten: Was hat sich jetzt geändert? Darüber müssen wir reden, denn der Vorgang, dass tagelang Leute ohne Strom und in dem Falle auch noch ohne Wärme sind, im Winter, ist katastrophal, und der darf sich aus meiner Sicht so nicht wiederholen. Deshalb brauchen wir auch mit Ihnen, Herr Dr. Landeck, darüber eine ganz klare Diskussion. Wir brauchen auch klare Äußerungen dazu, wie man in Zukunft verhindern kann, dass wir in eine solche Situation kommen. Welche Absicherungsmöglichkeit gibt es? – Deshalb ist uns das Thema sehr wichtig. – Das soll es von meiner Seite als Sprecher der SPD-Fraktion sein.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Dann folgt die Begründung für Grüne und Linke durch Dr. Taschner. – Bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst möchte ich vorab im Namen meiner ganzen Fraktion den Mitarbeitenden der Stromnetz Berlin GmbH unseren ganz herzlichen Dank aussprechen. Es ist wirklich klasse, wie Sie unermüdlich seit Samstag, seitdem dieser Stromausfall passiert ist, vor Ort waren, Tag und Nacht vor Ort bei widrigen Umständen gearbeitet haben, um die Stromversorgung der betroffenen Gebiete schnellstmöglich wiederherzustellen. Dafür gehört Ihnen wirklich der Dank der ganzen Stadt, das haben Sie toll gemacht. Es freut uns sehr, dass es uns gelungen ist, das hier deutlich vor dem angestrebten Termin hinzubekommen.

Zu der Besprechung: Ja, es ist der größte und längste Stromausfall, den wir seit Kriegsende hier in Berlin bisher hatten. Ich will es kurzhalten: Ich finde, es macht jetzt natürlich Sinn, dass wir hier im für Energie zuständigen Ausschuss die energiepolitischen Fragestellungen erörtern. Das wollten wir zusammen mit den Linken heute erreichen. Ich freue mich, dass Sie, Herr Landeck, heute Zeit haben, den ganzen Tag offensichtlich schon im Haus sind. Ich freue mich auf Ihre Ausführungen. Wie gesagt, die energiepolitische Situation soll erst mal im Mittelpunkt stehen, denn wir sind nicht mehr im Innenausschuss, der war heute früh, Herr Schaal, vielleicht haben Sie das gerade verwechselt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Gibt es Ergänzungen von der Linken? – Ja, der Kollege Bertram! – Sie haben das Wort, bitte!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will mich dem Dank anschließen, in Ihre Richtung, Herr Dr. Landeck, und Ihrem gesamten Team danken, genauso wie allen Beteiligten in den Krisenstäben, in die Sie auch eingebunden waren. Dazu gehört auch, Frau Senatorin, Ihr ganzes Team im Haus, das unermüdlich daran gearbeitet hat, diese Schadenslage schnellstmöglich zu beseitigen. Am Ende gehören dazu – wir haben das heute früh schon im Innenausschuss sehr ausführlich besprochen – auch alle helfenden Hände, die an jeder Ecke dieser Stadt geholfen haben, um diese Schadenslage zu beseitigen und zu bewältigen. Insofern sagen wir allen ausdrücklich danke.

Wir haben in der Analyse der Situation überhaupt kein Problem, hier von einem Anschlag und Terror zu sprechen, Herr Kollege, aber wir haben uns damit heute früh unter anderem im Innenausschuss beschäftigt, haben die Anhörung dazu unterbrochen und werden sie in der nächsten Sitzung hoffentlich fortsetzen und die weiteren Fragen klären können. Hier in unserem Ausschuss geht es aber um etwas anderes, was wir erst mal analysieren müssen und was wir schon mit Herrn Dr. Landeck und der Stromnetz GmbH in verschiedenen Ausschüssen im letzten Jahr besprochen haben, auch nach Adlershof, nämlich die Fragen: Wie redundant ist unser Stromnetz aufgestellt? Vor welchen Herausforderungen steht es? Wie können wir mit solchen Schadenslagen umgehen? Auf was sind sie ausgerichtet? Was gibt es unter Umständen für Anpassungsbedarfe? Wie kann man in Zukunft auf ähnliche Situationen vielleicht noch besser und noch schneller reagieren? Wie kann man sie im besten Fall sogar vermeiden?

Dem wollen wir uns gerne stellen. Bevor wir hier ins Unsachliche abdriften, wir haben kein Interesse, heute Nachmittag noch über Tennis oder so zu sprechen, nur um das von vornherein abzuräumen. Die Frage, die uns hier wirklich beschäftigt, ist am Ende nicht die Frage – die haben wir heute früh aufgemacht –, wie das Krisenmanagement im Katastrophenschutz im Detail abgelaufen ist, sondern wir stellen wirklich die Fragen: Was braucht es in der Versorgungssicherheit der Menschen? Welche Lehren ziehen wir daraus? – Ich glaube, dass Sie wahrscheinlich am Ende auch einen Merktzettel hatten und gesagt haben: Okay, an der Stelle gibt es noch Verbesserungsbedarf. – Oder: Das hat gut geklappt, das können wir ausbauen, darauf können wir aufbauen. – Ich glaube, es gibt auch die Fragestellung der Schnellschüsse, die dann häufig mal schnell aus den Kommentarspalten kommen: Welche gesetzlichen Anpassungen braucht man? Wo liegt vielleicht wirklich etwas im Argen? Was könnte helfen, zum Beispiel die jetzige Situation zu vermeiden?

Einer dieser Punkte – das ist der letzte Punkt, und ich freue mich auf Ihre Stellungnahmen dazu – ist die Frage der Transparenz, im Sinne davon: Wo kann ich nachlesen, wie unser Stromnetz aufgestellt ist? Ist dort tatsächlich der neuralgische Punkt gewesen, wo Sie jetzt auch senatsseitig sagen – wir hatten das heute früh –, es gibt dort einen dringenden Anpassungsbedarf? Oder reichen für Sie, Herr Dr. Landeck, bestehende gesetzliche Regelungen aus, die Ausnahmetatbestände kennen, um das zum Beispiel schon abzusichern? Vielleicht sagen Sie, nein, eigentlich war das gar nicht Ihr Hauptproblem, und können uns beschreiben, wie man sich das Know-how aneignen kann oder wo man es findet, um so einen neuralgischen Punkt zu finden, um am Ende so einen weitgreifenden Anschlag verüben zu können. Insofern freuen wir uns erst mal auf Ihre Darstellung und haben dann sicherlich noch Nachfragen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann haben wir die Begründungsrunde durch. Die Senatorin hat gebeten, dass sie zu Beginn eine Stellungnahme abgibt und wir dann zu Herrn Dr. Landeck übergehen. – Frau Giffey, Sie haben das Wort.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste! Sie haben, wie wahrscheinlich alle, letzte Woche die ausführliche Berichterstattung verfolgt. Auf verschiedensten Kanälen haben wir von Anfang sehr umfangreich informiert. Ich will trotzdem noch einmal ganz kurz abreißen, wo wir begonnen haben, wo wir in der Woche standen und wo wir jetzt stehen, einmal ein Rückblick, aber auch ein Ausblick auf das, was jetzt kommen muss. Zunächst einmal auch von meiner Seite: Wir haben sehr eng in unserem Krisenstab – Herr Koriath ist stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen da –, der am Sonnabend sofort zusammengetreten ist, aber auch mit der Stromnetz Ber-

lin GmbH zusammengearbeitet, dort durch ständige Telefonate und Updates und natürlich durch die persönlichen Begegnungen, sowohl auf der Baustelle als auch im Krisenstab selbst. Ich will mich an dieser Stelle wirklich bei allen noch mal bedanken, die das möglich gemacht haben und die genau so vorgegangen sind, wie wir es im Dezember in unserem Resilienzkonzept, das ich in den Senat zur Beschlussfassung eingebracht habe, vereinbart haben. Wir haben da drei große Felder, das eine ist Prävention, das andere ist Krisenintervention, Krisenmanagement, und das Dritte ist das Thema: Wie investieren wir in eine leistungsfähige und resiliente Infrastruktur? – All diese Themen sind in dieser Woche leider zu einer noch höheren Brisanz aufgewachsen, aber wir können sagen, wir haben uns genau danach verhalten, wie wir uns verständigt hatten. Unser Krisenstab ist im vorbereiteten Krisenstabraum dazu zusammengekommen und hat nach den Prozessen und Vorgaben gearbeitet, auf die wir uns vorher verständigt haben. Ich will es hier noch mal sagen: Die Stromnetz Berlin GmbH war mit 100 Mitarbeitern im Einsatz, wir hatten Partnerfirmen vom Tiefbau, vom Kabelzug, von allen möglichen Experten, die Öl- und Kunststoffkabel verbinden können, auch aus Hamburg, aus Österreich, die dabei mitgeholfen haben, 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Partnerfirmen, die dafür gesorgt haben, dass das ging. Knapp 200 Menschen alleine bei der Stromnetz GmbH und den Partnern waren also im Einsatz, um das hinzukriegen, plus die diversen Menschen in unseren Krisenstäben, sowohl bei SenInnSport als auch bei uns und in den anderen Häusern, bei der Gesundheitsverwaltung und SenASGIVA für die Flüchtlingsunterbringung und so weiter. Man kann sagen, wenn man noch die Hilfsorganisationen dazu rechnet, Technisches Hilfswerk und alle, die mitgeholfen haben, es waren wirklich Tausende Menschen im Einsatz, um das in den Griff zu kriegen, diese sehr intensiven viereinhalb Tage – waren es dann am Ende –, Gott sei dank etwas früher, als wir vermutet haben. Das war nur möglich, weil so viele wirklich intensivst daran gearbeitet haben, das muss man einfach sagen.

Ich will kurz rekapitulieren, wo wir standen: Es ist die Kabelbrücke gewesen, die vom Kraftwerk Lichterfelde über den Teltowkanal auf die Seite der Kleingartenanlage gegenüber dem Kraftwerk führte. Dort, auf der gegenüberliegenden Seite vom Kraftwerk, gab es, wie gesagt, diesen Brand. Am Anfang wussten wir noch nicht genau, was damit verbunden ist. Der Brand selbst ist in den frühen Morgenstunden erfolgt. Wir können beziffern, dass wir von 5.44 Uhr bis 6.26 Uhr ein sukzessives Ausfallen von Leitungen hatten. Man muss sich das so vorstellen: Es waren fünf Hochspannungsleitungen und zehn Mittelspannungskabel. Ich habe das öfter gezeigt, die Hochspannungskabel haben einen Durchmesser von 10 Zentimetern, die Mittelspannungskabel sind etwas dünner, etwa 3 bis 4 Zentimeter dick. Um solche Schäden an solchen dicken Kabeln zu erreichen, braucht man eine sehr hohe Hitze und eine sehr hohe Brennbeständigkeit, auch eine hohe Brennkontinuität, also einen starken Brandsatz. Das haben wir später auch gefunden, drei sehr starke Brandsätze, die direkt platziert worden sind. Man hat die Hürden, die Absperrungen überwunden, man ist hochgeklettert, hat dort direkt unter den Kabeln die Brandsätze platziert. Das wussten wir aber um diese Zeit noch nicht, sondern ehe das durchbrennt, ehe es wirklich zu einem Ausfall kommt, dauert es ein bisschen. Wir hatten hier noch mal den Vergleich auch von den Stromnetzexperten, die gesagt haben, diesen Hochspannungskabeln, wie sie isoliert sind, so dick, wie sie sind, hätte eine Silvesterkugelbombe nichts anhaben können, nur um noch einmal den Vergleich zu der Stärke des Anschlags zu ziehen, auch zu der wirklich hohen kriminellen Energie, die da erfolgt ist.

Wir haben dann also in dem Zeitraum von 5.44 Uhr bis 6.26 Uhr diesen Ausfall der Leitungen gehabt. Diese Leitungen versorgen sechs Umspannwerke. Zwei Umspannwerke sind ausgefallen, vier sind weiter gelaufen, auch durch Redundanzen, die wir haben. Es war dann klar,

dass wir hier eine Betroffenheit von 45 000 Kundinnen und Kunden in Nikolassee, Zehlendorf, Wannsee und Lichterfelde haben. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht die Feuerwehr alarmiert, sondern erst später, als festgestellt wurde, dass es einen Brand gab. Das war kurz vor 7 Uhr, zwischen 6.26 Uhr, dem Ausfall der Leitungen, bis die Feuerwehr alarmiert worden ist. In der Kleingartenanlage ist im Winter natürlich kein Mensch, das ist ein ganz ruhiges Gebiet. Wir hatten einen Schichtwechsel bei der BEW, beim Kraftwerk gegenüber. Die haben dann bei dem regulären Rundgang auch gemerkt, dass dort Flammen sind. Dann ist das gemeldet worden. Die Feuerwehr ist natürlich hingefahren und hat erst mal angefangen zu löschen. Wir konnten aus der Stromsicht erst mal nur sehen, dass es hier einen Ausfall der Leitungen und eine Auswirkung auf die Leitungen gab.

Man hat dann dort eine sehr hohe Hitzeentwicklung gehabt. Um kurz nach 7 Uhr hat mich die Innensenatorin informiert, dass es eine Problematik gibt, einen Brand. Wir hatten erst mal nur die Feuerwehreinformation, dass es einen Brand gibt. Wir wussten noch nicht: Ist das ein Anschlag gewesen? Was ist da überhaupt passiert? Wie ist es dazu gekommen? – Man hat, wenn so ein starker Brand ist, erst mal natürlich eine Zeit, wo gelöscht wird. Das war nach 7 Uhr, in der kommenden Zeit danach. Dann muss das Ganze abkühlen, und dann war erst mal die Polizei dran, weil die natürlich dort Sicherungsmaßnahmen für den Tatort machen musste. Das heißt, unsere Kollegen von Stromnetz konnten natürlich nicht selber sofort ran, sondern erst, als der Tatort von der Polizei freigegeben war. Das war gegen zehn, halb elf der Fall.

Unsere Kollegen sind dann ran, sie haben mir das auch noch mal berichtet, bei solch hoher Hitze verschmelzen die Kabel alle miteinander zu einem Klumpen. Da ist nichts mehr zu reparieren, gar nichts. Dann war klar, wie groß der Schaden ist. Wir haben dann natürlich mit der Stromnetz GmbH ab 11, 12 Uhr telefoniert. Es war klar, es gibt einen riesengroßen Schaden. Es war klar, es gibt Hochspannungskabel und Mittelspannungskabel. Es war dann auch schon, um die Mittagszeit ungefähr, klar, dass die Mittelspannungskabel schneller repariert werden können als die Hochspannungskabel. Auf die Frage hin: Wird das heute noch was? –, war eigentlich um die Mittagszeit klar, maximal die Mittelspannungskabel. Dann hat die Stromnetz GmbH gesagt: Okay, wir müssen uns mit unseren Experten zusammensetzen und überlegen, wie wir klären können, dass der Arbeitsprozess für die Reparatur der Hochspannungskabel jetzt aufgesetzt wird. – Das ist etwas gewesen, das von mittags bis ungefähr 14, 14.20 Uhr lief, weil wir dann natürlich mit einer Information an die Öffentlichkeit gehen wollten, natürlich aber eine klare Aussage treffen wollten, was jetzt eigentlich gehen kann.

Die Stromnetz GmbH hat dann mit den Teams durchgerechnet, wie lange sie brauchen, um die entsprechenden Baustellen einzurichten, was getan werden muss, um das vorzubereiten. Die Anlieferung der Kabel: Man muss sehen, dass alleine an der Kabelbrücke am Teltowkanal über 300 Meter Hochspannungskabel neu geliefert wurden und in drei Strängen neu verlegt worden sind. Das heißt, die mussten dahin gebracht werden. Es war Samstag, es musste mit Lkws passieren, das heißt, wir brauchten eine Ausnahmegenehmigung, dass die Lkws überhaupt die Kabel dahin transportieren durften. All das ist mit Polizeibegleitung dann auch erfolgt. Dann wurde runtergerechnet, was es bedeutet: Die alten Kabel raus, neue rein, Kabelzug machen bei diesen Witterungsbedingungen. Dann war klar, die Redundanz an der Argentinischen Allee, da müssen Öl- und Kunststoffkabel miteinander verbunden werden, wir brauchen einen großen Aushub, Baugruben, große Schachtungen, die gemacht werden müssen, und bei Öl- und Kunststoffkabelverbindungen brauchen Sie Plusgrade und Einhausungen, das haben wir öffentlich auch sehr oft erklärt.

Und anhand all dieser Parameter hat die Stromnetz GmbH eine Berechnung gemacht, dass es Donnerstagnachmittag wird. Da haben sie mir um 14 Uhr noch was mitgeteilt, und dann haben wir gemeinsam mit der Stromnetz GmbH eine Presseerklärung abgestimmt, die wir von unserer Seite herausgegeben haben, auch in Abstimmung mit dem Krisenstab bei uns und der Stromnetz GmbH zeitgleich. Um 14.55 Uhr haben wir die dann herausgeschickt. Dann war ja klar, wenn es gut läuft, heute Nacht Lichterfelde, die Mittelspannungsleitung, und das ist dann auch so erfolgt, in den Abendstunden und früh um 2, 3 Uhr war Lichterfelde wieder mit Strom und Wärme versorgt, weil auch 12 000 Fernwärmekunden betroffen waren. Der größte Teil dieser Fernwärmekunden war in Lichterfelde. Es konnte dann schon in der Nacht von Samstag auf Sonntag wiederhergestellt werden, 9 000 von 12 000, aber der Rest eben nicht.

Für uns war dann sehr klar, ich bin dann am Nachmittag um 16 Uhr, 16.30 Uhr in den Krisenstab bei der Stromnetz GmbH gegangen. Die haben mir noch mal alles erklärt und hatten dann auch schon erste Bilder von dem Brandschaden. Wir haben uns ja dann verständigt, zwei dieser Bilder zu veröffentlichen. Das waren auch die, die dann in der Tagesschau und überall gezeigt worden sind, die wir auch online auf Social Media veröffentlicht haben. Auf diesen Bildern sieht man die Brandsätze. Es war dann eigentlich klar, das hat nicht von alleine angefangen zu brennen, das ist bewusst – ich sage noch mal, die Leitungen waren eingezäunt gewesen, mit Überkletterschutz und so weiter – herangegangen worden, bewusst gelegt worden. Das war dann relativ zügig klar. Na ja, die Nacht war dann die entsprechende Instandsetzung.

Wir hatten dann am Sonntag die erste Pressekonferenz auch mit dem Regierenden Bürgermeister und mit Iris Spranger, um darzulegen, wie jetzt die Lage ist. Man muss sagen, dass von diesen 45 000 Kunden, die betroffen waren, 2 200 Gewerbekunden waren. Wir hatten 22 Schulen, 74 Pflegeeinrichtungen, häuslich Gepflegte, entsprechend die S-Bahnhöfe im öffentlichen Nahverkehr, die Ampeln, die Straßenbeleuchtung, Unternehmen, die nicht zur kritischen Infrastruktur gehören, aber trotzdem betroffen sind, und die fünf Krankenhäuser. Wir hatten das Wasserwerk Beelitzhof und drei Abwasserpumpwerke. Und jetzt sind unterschiedliche Dinge dann eingetreten. Für uns war das allerwichtigste, dass erst mal Wasserversorgung und Abwasserentsorgung stehen. Das hat sofort funktioniert. Die Wasserbetriebe hatten für all diese Einrichtungen Notstromaggregate, sodass wir uns an dieser Stelle – – Das ist gar nicht mehr so groß öffentlich diskutiert worden, aber man möchte sich nicht vorstellen, was gewesen wäre, wenn das auch noch ausgefallen wäre. Also das ist alles zu 100 Prozent sofort mit Notstromaggregaten gesichert gewesen.

Der zweite Punkt waren die Krankenhäuser. Die sind auch über Notstromaggregate gesichert worden, sofort, waren also keine Sekunde ohne Netzverbindung. Dann haben wir mit den Patienten weitergemacht, die an Beatmung dranhängen, quasi alle Pflegebedürftigen, die sofort umverlagert werden müssen, die von zu Hause abgeholt werden müssen und so weiter. Das war vor allen Dingen in der Gesundheitsverwaltung der Punkt, aber das war von der Schrittmöglichkeit eben erst mal Wasser/Abwasser, dann das Thema der Krankenhäuser, dann das Thema der Pflegeeinrichtungen und der häuslich Gepflegten, natürlich auch Thema Notrufe, Mobilfunk, Mobilfunkmasten. Das haben wir mit unseren Telekommunikationspartnern gemacht. Was kann da mit Notstrom laufen? Und so weiter!

Natürlich ganz wichtig der Punkt, dass in der Nacht in Lichterfelde die Stromversorgung wiederhergestellt werden konnte, gerade in der Thermometersiedlung, wo die Hochhäuser waren, wo die Leute vom Fahrstuhl abhängig sind. Das ist ja glücklicherweise dann schon in der

Nacht von Samstag auf Sonntag – – Da war um 3.23 Uhr die Wiederversorgung hergestellt. Das ist geglückt. Am Sonntagvormittag dann noch mal weiter. Für uns war dann schon am Sonntag sehr klar, dass es mit den anderen ungefähr 27 000 Haushalten länger dauern wird. Wir haben dann eine Zweigleisigkeit gefahren, also zwei Alternativen. Das eine war die Reparatur der Kabelbrücke, dort wo der Brand tatsächlich stattgefunden hat, an der Brücke am Teltowkanal, und das andere war eben die Baustelle an der Argentinischen Allee. Hätte die Kabelbrückenreparatur nicht funktioniert, dann wären wir auf die Argentinische Allee gegangen. Die war dann am Freitagabend fertiggestellt, wobei dann auch nicht mehr so viel Druck hineingegeben wurde, weil wir dann in Ruhe alles fertig gemacht haben, als die Versorgung klar war, aber das wäre sozusagen die Ausfallposition gewesen.

Jetzt haben wir eine Situation, wo wir eine sehr gute Lösung an der Kabelbrücke haben, auch ein Provisorium, weil es quasi erst mal so verlegt worden ist, dass es funktioniert, eine sehr sichere Verbindung, die alle Tests bestanden hat, und wir haben zusätzlich die Redundanz an der Argentinischen Allee. Es hätten aber auch Plan A und Plan B sein können. Also wir hatten schon von Anfang an, Samstagnachmittag im Krisenstab, geklärt, dass wir zwei Pläne machen, die auch unabhängig voneinander funktionieren können. Es hat sich angedeutet, dass dieser Plan A, die Reparatur der Kabelbrücke, vielleicht ein bisschen schneller gehen könnte, wir haben uns aber darauf verständigt, dass wir die Zeitschiene Argentinische Allee als Datum kommunizieren, also den Donnerstagnachmittag, weil wir überhaupt nicht wussten, ob diese schnellere Variante überhaupt gehen kann. Ich stehe auch dazu, es gibt nichts Schlimmeres, als den Leuten zu versprechen, das wird schon, und dann wird es doch nicht. Das kann man nicht machen.

Deswegen haben wir die sichere Variante kommuniziert und natürlich gehofft, dass es geht, aber ich sage es auch noch mal, ich war Dienstagnacht noch auf der Baustelle an der Brücke am Teltowkanal, da waren die Muffen schon gemacht, da ist schon mit der Versandung und Aufsandung begonnen worden, aber da war in der Nacht noch nicht klar: Wird es was? –, weil klar war, wir müssen erst den Spannungslauf machen, den Test, mehrere Tests machen, und erst wenn diese Tests durch sind und wir wissen, es funktioniert, wir haben eine elektrische Verbindung, die sicher und stabil ist und nicht schwankt, wir können wirklich sagen, es funktioniert, konnte man diesen Plan A machen.

Das haben wir Mittwoch früh um 6.06 Uhr, glaube ich, hast du mich angerufen – – 5.45 Uhr wusste es die Stromnetz GmbH, 6.06 Uhr wusste ich es, und dann haben wir quasi früh eine Schaltung gehabt. Ich habe dann den Regierenden und die Innensenatorin informiert, dass die Tests erfolgreich sind. Dann wussten wir quasi um 6.30 Uhr – – Und um 7 Uhr war die Schaltung mit der Stromnetz GmbH, dass wir schon am Mittwoch wieder ans Netz gehen können. Dann kam auch die Nachricht: ab 11 Uhr Wiederinbetriebnahme und auch die entsprechende Zuschaltung. Das geht auch nur schrittweise. Also dass wir dann bis 14.10 Uhr am Mittwoch Vollversorgung hatten.

Dazwischen haben wir natürlich eine Reihe von Dingen gemacht, um möglichst viele noch ans Netz zu bringen, die Pflegeeinrichtungen, die Mobilfunkstationen. Das ist ja schon alles früher passiert, am Montag, durch Notstromaggregate. Wir hatten eine Reihe von Unterstützung durch Notstromaggregate mit den entsprechenden Partnerunternehmen, auch über Berlin hinaus, die uns da geholfen haben. Wir haben dann dafür gesorgt, dass alle Supermärkte wieder ans Netz gegangen sind, am Dienstag, schon Montag die ersten, sodass die Nahversor-

gung gesichert war und dass wir eben möglichst viel auch noch an Haushalten zugeschaltet haben durch eben Notstrom, bis die Vollversorgung wiederhergestellt war.

Was, glaube ich, eine Lesson Learned ist, ist das Thema Mobilfunk. Man hat einfach sehr deutlich gemerkt, dass sehr viele Menschen das Informationsbedürfnis nicht so decken konnten, weil sie einfach kein Netz mehr hatten. Für uns war das Allerwichtigste beim Mobilfunk, auch dort schrittig vorzugehen, erst mal die Notrufe zu ermöglichen. Das haben wir dann schon Sonntag/Montag hinbekommen. Für die Zukunft muss man einfach sagen, das Thema, wie Informationen fließen, ist das Allerwichtigste. Wir hatten Montag schon einen großen Teil der Mobilfunkmasten wieder am Netz, auch über Notstrom, aber das ist etwas, wo ich sagen würde, darauf müssen wir künftig noch mehr den Fokus legen, dass wir noch schneller mit den Mobilfunkmasten wieder ans Netz kommen, obwohl wir da wirklich anhand der Dinge, die wir möglich machen konnten, schon das meiste versucht haben und am Montag, wie gesagt, ein Großteil auch wieder da war, aber wir haben gemerkt in unserer digitalen Gesellschaft, wie wichtig eben diese Informationsverbindung darüber ist.

Nichtsdestotrotz hat die Polizei ja auch eben klassisch Lautsprecherwagenansagen/-durchsagen, von Tür zu Tür gehen – – Hat auch der Bezirk gemacht, haben viele Ehrenamtliche mitgeholfen, die Leute zu informieren, aber das ist wirklich das A und O, die entsprechende Information. Ich kann das auch immer wieder nur sagen, ich würde jederzeit wieder es so machen, dass ganz ehrlich jedes Problem auch kommuniziert wird. Auch dass es fünf Tage dauern wird, haben wir am Samstag schon kommuniziert, offen und ehrlich und nicht: könnte sein, dass ..., sondern: ist so. Mit dieser Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit muss man das machen, weil es nichts bringt, den Leuten unrealistische Hoffnungen zu machen. Es ist meine ganz klare Position an der Stelle, dann lieber eine schlechte Botschaft gut erklären und begründen, als zu sagen, ach, das wird schon irgendwie, und dann klappt es nicht. Das würde ich immer wieder so machen. Dazu stehe ich auch.

Wenn wir uns jetzt fragen, wie die Lage insgesamt ist und wie es jetzt weitergeht, muss man deutlich festhalten, dass der Krisenstab, der auch bei uns eingesetzt worden ist, in der Wirtschaftsverwaltung, in der Energieverwaltung, genauso funktioniert hat, wie wir uns das vorgenommen haben, auch mit dem Resilienzkonzept, auch in der Nachschau nach Adlershof, auch in der Zusammenarbeit mit den anderen Krisenstäben, mit der Innenverwaltung, der Feuerwehr und der Polizei. Das war sehr gut. Das Landeskommmando der Bundeswehr war auch schon ab Samstag miteingebunden, Technisches Hilfswerk. Das Technische Hilfswerk hat uns auch sehr unterstützt, besonders auf der Baustelle Argentinische Allee, weil wir, als die Einhausung fertig war, noch Tröpfchenbildung hatten, das heißt, wir brauchten da entsprechend Unterstützung, das Ganze trocken zu halten, zu beheizen, den Sand mit einer Überdachung abzudecken. Das ist ja Spezialsand, der zertifiziert sein muss. Der muss trocken gehalten werden. Das sind alles Themen gewesen, wo das THW unterstützt hat. Da ist sehr viel gelaufen, und das hat auch gut funktioniert.

Für uns ist sehr entscheidend, dass wir natürlich wissen, wo unsere neuralgischen Punkte am Stromnetz sind. Hier an dieser Stelle ist ein neuralgischer Punkt erwischt worden, und ganz gezielt, nicht erwischt, kein Zufallstreffer, sondern eine gezielte Vorgehensweise. Ich habe das ganz oft gesagt, ich will es an dieser Stelle noch mal wiederholen: Wir haben 35 000 Kilometer Stromnetz. 99 Prozent davon sind unter der Erde, also vor Angreifern ziemlich sicher. Das eine Prozent über der Erde sind immer noch 350 Kilometer, woran wir arbeiten, wo auch

die Investitionsmittel verwendet werden, die, soweit es geht, unter die Erde zu bringen. Wir werden aber immer auch Stellen haben, wo die Kabel über der Erde sind, besonders an den Brücken, wo man nicht unter dem Wasser durch die Erde gehen kann, sondern wo wir einfach die Kabel über der Erde haben. Es wird immer einen bestimmten Prozentsatz geben, und es wird auch immer so sein, dass es Stellen gibt, die besonders vulnerabel, besonders neuralgisch sind, wo wir zwar schützen, es gibt Schutzmaßnahmen mit hohen Zäunen, mit allen möglichen Themen, und trotzdem: Wer will, knackt jeden Tresor, um das mal ganz klar zu sagen. Deswegen können wir 100 Prozent Sicherheit nicht gewährleisten. Die Frage ist aber: Was können wir zusätzlich tun?

Das Thema, wie wir diese Orte überwachen, wie so ein Brand im Zweifel festgestellt wird, durch einen regulären Rundgang, beim Betriebsschichtwechsel der BEW oder durch einen zufällig vorbeikommenden Kleingartenbesitzer, das Thema, wie wir das feststellen, dass sich da jemand an unseren Anlagen zu schaffen macht, das ist eines, das für die Zukunft sehr wichtig sein wird. Deswegen will ich auch noch mal an dieser Stelle sagen, der Großteil unserer neuralgischen Punkte ist auf Privatgelände, also auf Stromnetzgelände. Drei Viertel dieser Anlagen sind auf privatem Gelände. Dort arbeiten wir auch mit Videoüberwachung und den entsprechenden Überwachungsmechanismen, die uns einfach in die Lage versetzen, dort schnell zu reagieren. Das ist bisher an Brücken und anderen Stellen des öffentlichen Straßenlands nicht möglich, wäre aber eine extreme Erleichterung. Wir wären auch sofort in der Lage, diese Orte, diese neuralgischen Punkte, das ist eine zweistellige Zahl an neuralgischen Punkten, um die es hier geht, mit entsprechender Videoüberwachung kombiniert mit einem stillen Alarm, mit optischer, thermischer und mechanischer Sensorik auszustatten, auch unter Zuhilfenahme von künstlicher Intelligenz.

Das ist etwas, woran die Stromnetz GmbH schon lange arbeitet. Das ist ein Thema, das wir natürlich auch im politischen Raum besprechen müssen, aber wo wir einfach sagen, es geht um die Abwägung zwischen Transparenz und Sicherheit, es geht aber auch um die Abwägung von Datenschutz und Sicherheit und auch letztendlich an der Stelle von Bewegungsfreiheit überall oder eben Sicherheitsvorkehrungen, die getroffen werden müssen. Wir haben das auch mit der Innenverwaltung besprochen, auch mit den KRITIS-Betreibern, auch letzte Woche schon. Wir würden es sehr befürworten und begrüßen, und die Innenverwaltung prüft das auch, dass unsere KRITIS-Betreiber, sowohl Stromnetz GmbH als auch BEW mit den Kraftwerken als auch die Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg der GASAG, was die Gasleitungen anbetrifft – – wenn die die Möglichkeit bekommen würden, an den neuralgischen Punkten – und neuralgischen Punkte sind die, wo, wenn man da was beschädigt, gleich sofort Tausende betroffen sind – eine zusätzliche Sicherheit einzuführen, eben mit Sensorik, mit stillem Alarm, mit der Möglichkeit – – Nehmen wir an, wir hätten dort so etwas gehabt, man hätte die Täter gesehen, vielleicht hätte man sie nicht erkannt, weil sie verumumt sind oder wie auch immer oder in Arbeitskleidung von irgendwelchen – – Es kommt ja immer darauf an, wer sich da zu schaffen macht, man hätte aber viel früher gemerkt, da ist jemand, der dort etwas bewegt, etwas mechanisch verändert, und man hätte auch natürlich mit einer thermischen Sensorik eine Hitzeentwicklung viel früher festgestellt, als das jetzt möglich war, wenn man schon die Flammen lodern sieht.

Deswegen sprechen wir uns ganz klar aus fachlicher Sicht – ich bin da völlig an der Seite mit der Stromnetz GmbH und BEW und auch der NBB – dafür aus, dass das ermöglicht wird. Und wir sprechen uns auch dafür aus, dass wir in der gesetzlichen Abwägung genau darüber

sprechen, wie das gehen kann. Das ist mit der Innenverwaltung diskutiert. Solange das nicht so ist, haben wir ja die Polizei vor Ort, die diese neuralgischen Punkte überwacht. Das geht natürlich nicht auf Dauer. Das ist völlig klar, dass die Polizei das nicht leisten kann. Man muss aber auch sagen, dass die Polizei natürlich auch generell eine größere Präsenz am Ort hatte, um den Einbruchschutz zu gewährleisten. Das ist auch sehr gut gelungen. Es konnten zwei Geldautomatenüberfälle durch die Präsenz vereitelt werden. Also da ist viel passiert. Aber wir sind jetzt nicht der Innenausschuss, sondern der Fokus liegt bei uns auf dem Thema Energieversorgung, und deswegen ist das jetzt für uns ein sehr wesentlicher Punkt, wie wir kurzfristig, aber auch mittelfristig diese neuralgischen Punkte der kritischen Infrastruktur in der Stadt zusätzlich schützen. Ich will noch mal sagen, dass es schon eine Reihe von Schutzmechanismen gibt, dass wir den Schutz nach Adlershof erhöht haben, aber sicherlich muss man alles, was da geht, auch noch zusätzlich ausschöpfen.

Insofern war das eine sehr bewegte Woche. Ich kann sagen, dass wir mit dem Resilienzprogramm, das wir im Senat beschlossen haben, jetzt eine gute Grundlage hatten, nach der auch vorgegangen worden ist, das war ja die Lehre aus Adlershof, und dass wir uns natürlich auch jetzt insgesamt darauf einstellen müssen, dass es eben zu solchen terroristischen Anschlägen kommt. Wer das Bekennerschreiben gelesen hat, der sieht auch, dass natürlich eine Geisteshaltung dahintersteht, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich finde es empörend, das Ganze auch noch mit dem Gemeinwohl und dem Klimaschutz zu begründen. Also wenn ich alleine denke, wie viel Diesel wir in der letzten Woche benötigt haben, um die diversen Notstromaggregate zu betreiben, das war alles andere als positiv für den Klimaschutz, 18 Liter pro Stunde pro Notstromaggregat, es waren zig im Einsatz. Das ist ja nur ein Teilaspekt.

Insofern würde ich jetzt hier einfach mal einen Punkt setzen. Es gibt noch ganz viel zu sagen. Also wenn Sie den Aufbau des Hochspannungskabels noch mal wissen wollen, die sieben Leitkomponenten, dann kann ich Ihnen die auch noch mal erläutern, aber ich glaube, es würde jetzt hier in der Einführung zu weit führen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Dann kommen wir weiter zur Stromnetz GmbH. – Herr Dr. Landeck! Wir haben hier eigentlich eine Regel mit fünf Minuten. Ich würde Ihnen noch zwei Minuten mehr bewilligen, aber wir wollen Ihnen dann Fragen stellen. Deshalb macht es Sinn, dass wir die Zeit nicht nur mit Referaten füllen, sondern dass wir als Abgeordnete Ihnen die Fragen stellen können. Dann gebe ich Ihnen das Wort, bitte!

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Vielen Dank! – Ich danke sehr für die Einladung im gesamten Namen der Stromnetz GmbH. Ich bin gerne gekommen, bin gerne dieser Einladung gefolgt. Die vergangenen Tage waren für uns – die Frau Senatorin hat das gerade noch mal sehr drastisch geschildert – überaus intensiv. Ich möchte deswegen, ich wiederhole mich zwar nach heute Morgen im Innenausschuss, aber es ist mir ein wirkliches Anliegen, mich an die betroffenen Berlinerinnen und Berliner im Südwesten der Stadt zu wenden. Sie haben mein großes Mitgefühl, aber auch das von unseren Mitarbeitenden für das, was sie hier in den letzten Tagen durchgemacht haben. Ich bedauere es sehr, dass es zu diesem etwa 100-stündigen Stromausfall kam, gerade weil die Mitarbeitenden der Stromnetz GmbH wissen, wie wichtig Strom für das tägliche Leben und für diese Stadt ist. Deshalb ist uns das ein großes Anliegen.

Außerdem möchte ich – das kann man tatsächlich nicht genug wiederholen – den vielen Einsatzkräften, die tatkräftig mitgearbeitet haben, aber auch meinen eigenen Mitarbeitenden sehr stark danken für das, was sie in dieser Krise geleistet haben. Ohne deren Kompetenz und ohne deren unermüdlichen Einsatz, auch ehrenamtlichen Einsatz, wäre das auch nicht gegangen. So viele Menschen müssen koordiniert werden. Es wurde viel über Krisenstäbe gesprochen, aber tatsächlich haben die Krisenstäbe gearbeitet und sich untereinander koordiniert. Das hat funktioniert. Ich würde gerne hier explizit die Krisenstäbe von Feuerwehr und Polizei erwähnen, die mit uns, mit unserem Krisenstab personell vernetzt und verschränkt sind und eine gute gemeinsame Arbeit gemacht haben, durch die vieles möglich gewesen ist, was ansonsten kaum umsetzbar gewesen wäre. Unser Krisenstab hat sich bereits um 6.33 Uhr zusammengerufen, 6.12 Uhr war der Brand, also in kurzer Zeit. Wir haben sofort erkannt, dass das eine größere Versorgungsunterbrechung ist.

An dieser Stelle kann ich an das anknüpfen, was Senatorin Franziska Giffey gerade gesagt hat, und ausdrücklich noch mal auf andere Infrastrukturen hinweisen, die es geschafft haben, trotz des Stromausfalls aktiv zu sein. Das waren die Wasserbetriebe, die gerade schon genannt worden sind. Das war aber auch die NBB, also der Gasversorger, und es war auch die BEW, die in der Krise in allen diesen Gebieten weiterhin aktiv sein konnte. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass viele Haushalte dort, wo Fernwärme anstand, die nicht abnehmen konnten, aber diese Infrastruktur hatte sich bereits so resilient aufgestellt, dass sie diesen lokalen Stromausfall managen konnte. Auch dafür gehört Hochachtung ausgesprochen.

Jetzt aber zum Strom: Wir als Stromnetz Berlin GmbH können gut verstehen, dass gerade bei dieser langen Unterbrechung bei der Bevölkerung, bei den Berlinerinnen und Berlinern im betroffenen Gebiet irgendwann Verzweiflung aufkommt und vielleicht auch das Unverständnis hoch kam, warum das denn so lange dauert, aber vor allen Dingen auch, warum ein einziger Brand so eine große Auswirkung haben kann. Deswegen bin ich sehr froh, dass ich heute hier sein kann, um diese und andere Fragen zu beantworten. Also die berechtigte Frage ist, warum ein Anschlag an einem einzigen Netzpunkt eine solche Auswirkung haben kann. Die einfache Antwort lautet: Bei der Auslegung der Netze, bei den Auslegungskriterien wurde in der Vergangenheit nicht auf derartige Anschlagsszenarien abgestellt, sondern im Wesentlichen sollten technische Störungen handhabbar sein. N-minus-eins-Prinzip ist das Stichwort. Das will ich gar nicht weiter ausführen.

Die Existenz von solchen neuralgischen Punkten im Berliner Stromnetz ist tatsächlich ein Fakt, in der Konsequenz aber analysieren wir regelmäßig unser Netz auf diese neuralgischen Punkte, wenn sich denn die Sicherheitslage verändert hat. Dabei beachten wir eben diese veränderte Sicherheitslage, unsere eigenen Erfahrungen als Netzbetreiber, aber auch die von anderen Netzbetreibern in anderen Städten. Und wenn nun aufgrund dieser Analyse solche neuralgischen Punkte herauskommen, muss ich es als Fakt bezeichnen, um damit umzugehen. Zur Ehrlichkeit gehört auch dazu, das möchte ich aber später gar nicht weiter ausführen, dass nicht nur im Berliner Stromnetz solche neuralgischen Punkte existieren. Das ist etwas, was in Stromnetzen insgesamt vorhanden ist. Aber nun zurück zu Berlin: Die Kabelbrücke war der Anschlagort. Die Kabelbrücke war ein solcher neuralgischer Punkt. Aufgrund dieser Einordnung als neuralgischer Punkt haben wir bereits seit geraumer Zeit ein Projekt am Laufen, also dieses Projekt läuft immer noch, um die Entflechtung auf dieser Kabelbrücke voranzutreiben. Entflechtung heißt in diesem Fall, wir nehmen Kabel heraus aus der Brücke und legen sie woanders hin. Dadurch, dass wir Kabel aus der Brücke herausnehmen und woanders hin-

legen, haben wir dann zwei parallele Wege, die Fachleute sprechen hier von georedundanten Wegen, die zum Umspannwerk führen. Alle unsere Umspannwerke werden über zwei Wege erreicht, aber manchmal ist es so, dass die Kabel auf dem Weg dorthin an Engstellen in einer Trasse oder auf einer Kabelbrücke liegen. Dann hätten wir dort keine Georedundanz. Dieses Projekt, das wir bereits gestartet haben, hat schon dazu geführt, dass wir ein System aus dieser Brücke herausgenommen haben, und zwar Ende 2024. Das zweite System stand kurz bevor. Das heißt, wir hatten bereits 50 Prozent dieses neuralgischen Punktes entschärft, und für die 100-Prozent-Entschärfung fehlte uns noch die Zeit, um es zu verlegen. Wäre das gelungen, hätten alle in kurzer Zeit wieder Strom gehabt, obwohl der Brand weiterhin viele Leitungen beschädigt hätte.

Hintergrund ist: Die nachträgliche Einführung von Georedundanz kostet Zeit und Geld, die Mittel dafür haben wir aber. Franziska Giffey hatte das schon ausgeführt, dass die Stromnetz Berlin GmbH vom Land Berlin mit entsprechendem Kapital ausgestattet worden ist. Aber es benötigt auch Genehmigungen, um im öffentlichen Straßenland diese Verlegungen zu machen. Das sind alles keine zeitlosen Vorgänge. Ich ziehe für mich den Schluss daraus, dass wir bei den Genehmigungen auch die Dauer von solchen Genehmigungen hinsichtlich der Sicherheitsfragen beachten müssen. Was haben wir konkret getan, um umfangreiche Maßnahmen zur Sicherstellung oder Erhöhung der Resilienz in den letzten Jahren durchzuführen? Ich sage bewusst: Jahren, weil das nicht erst seit diesem letzten Anschlag oder seit September, sondern schon seit Jahren davor läuft. Drei Dinge möchte ich gerne erwähnen.

Erstens: Wir verstärken unsere Bewachungsleistung an unseren Anlagen. Wir haben allein im Jahr 2025 über 260 Prozent mehr an Personal für diese Bewachung der Anlagen eingesetzt, also Dienstleister, Sicherheitsdienstleister. Wir haben allein im Jahr 2025 über 500 Prozent mehr an Videotechnik installiert. Mittlerweile haben wir in der letzten Woche 144 Videotürme auf unseren Umspannwerken. Bis zum Ende des Monats Januar, vielleicht wird es durch die Störung Anfang Februar werden, werden wir alle unsere Netzknoten und alle unsere Umspannwerke mit Videotechnologie ausgerüstet haben. Sie können sich gerne mal erkundigen, wie das bei anderen Netzbetreibern ist. Ich glaube, wir sind hier in Berlin, auch wenn das in der aktuellen Situation etwas unangemessen klingen mag, sehr weit vorne bei der Frage der Ausstattung mit Sensor- und Kameratechnik bei den Umspannwerken.

Wir prüfen physischen Schutz der Anlagen, die nicht auf unserem Gelände sind, also im öffentlichen Straßenland. Wir müssen auch dort Bauwerke nutzen, es sind nicht nur Brückenbauwerke, die unsere Kabel tragen. Dort überlegen wir, wie wir mit Einhausungen oder mit Sicherheitstechnologien, Detektionstechnologien, Videotechnologien, unterwegs sein können, aber – die Frau Senatorin hat das bereits gesagt – im öffentlichen Straßenland sind diese Lösungen etwas schwerer zu organisieren. Gleichwohl sind wir genau dazu mit der Innenverwaltung und mit der Senatorin Franziska Giffey in den nächsten Stunden schon unterwegs, hier Lösungen zu finden.

Das Dritte: Die Stromnetz Berlin GmbH strebt die Reduktion der Kritikalität der neuralgischen Punkte an und schafft dazu Georedundanzen. Das ist seit Jahren Planungskriterium. Es gab einen Trigger 2018: Brandanschlag auf die Mörschbrücke. Wer das recherchieren möchte, kann das gerne tun. Seit diesem Zeitpunkt haben wir bei der Stromnetz Berlin GmbH beschlossen, dass wir Georedundanz in unseren Verkabelungen einbauen. Das ist, wie gesagt, für die Zukunft leichter möglich als für die Vergangenheit, aber wir sind auch dabei, alle neu-

ralgischen Punkte, die aus der Vergangenheit stammen, in eine Georedundanz umzuformen. Das bedeutet aber für uns auch, dass wir uns nach diesem Anschlag, der jetzt gerade hinter uns liegt, noch mal ganz klar anschauen müssen, inwieweit, wie schnell und wo wir durch eine Neupriorisierung unserer Projekte ein höheres Resilienzniveau erreichen werden.

Eine so verzweigte und im Stadtgebiet verteilte Infrastruktur wie ein Stromnetz lässt sich nie zu 100 Prozent sichern, so viel muss zur Wahrheit auch dazugehören. Das haben wir an der Kabelbrücke gesehen. Diese hatte einen physischen Schutz – die Frau Senatorin hatte das ausgeführt –, es gab eine Bestreifung, und trotzdem war es möglich, hier einen Brandanschlag zu machen. Das heißt, wir müssen alles daran setzen, mit unseren Maßnahmen noch eine Stufe höher zu kommen, um sicherer zu werden. Trotzdem wird ein 100-prozentiger Schutz nie möglich sein, wir stehen aber mit den Senatsverwaltungen, die ich gerade nannte, im Austausch, all diese Möglichkeiten, gerade im öffentlichen Straßenland, auch noch zu intensivieren.

Abschließend: Der Schutz der physischen Infrastruktur gegen alle möglichen Gefahren und alle denkbaren Angriffe ist für die Unternehmen der kritischen Infrastruktur nicht im Alleingang möglich. Es werden hier eine Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen und eine gesellschaftliche Seite notwendig sein. Denken Sie nur an Drohnenüberflüge! Das wird ein Infrastrukturnetzbetreiber nicht im Alleingang lösen können. Resilienz ist eine Verantwortung, die nur gemeinsam übernommen werden kann. Diese gemeinsamen Anstrengungen werden jetzt Bestandteil der folgenden Diskussionen in den nächsten Wochen und Monaten sein. Die Stromnetz Berlin GmbH wird ihren Anteil dazu tragen und ausbauen. – Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Dr. Landeck, für Ihre Einführung! – Dann gehen wir in die Runde der Fraktionen und Ausschussmitglieder und beginnen mit Dr. Taschner für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Senatorin und Herr Landeck, für die ausführlichen Ausführungen, die trotzdem noch eine Reihe von Fragen offenlassen! Das ist, glaube ich, wenig verwunderlich. Mich würde interessieren, zu welchem Zeitpunkt Sie als Stromnetz GmbH am Samstag genau wussten, dass die Stromversorgung nicht schnell wiederhergestellt werden kann. Die Frau Senatorin sagte etwas von 14 Uhr. Sie sagten, Ihnen war es aber mehr oder weniger am frühen Morgen schon klar. Vielleicht kriegen wir das irgendwie noch hin. An wen haben Sie diese Information, es wird ein langfristiger Stromausfall, dann eigentlich weitergegeben? Gab es während der Reparaturarbeiten irgendwelche Priorisierungsentscheidungen, die Sie treffen konnten, zum Beispiel, welche Gebiete man früher ans Netz bringt oder nicht? Lichterfelde war sehr schnell schon wieder am Netz. Aber gab es vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch Möglichkeiten, Dinge zu priorisieren, und wenn ja, welche haben Sie priorisiert?

Dann haben Sie das mit den Georedundanz sehr schön erklärt. Die Frage, die mich davor noch interessieren würde: War der Brand wirklich die Ursache? Denn in den Zeitungen stand auch etwas von irgendwelchen Eisenstangen, mit denen Kurzschlüsse – – Das hörte sich jetzt aber eher so an, auch bei der Frau Senatorin, dass über die Hitze die Kabel miteinander verschmolzen waren, also Eisenstangen eher nicht im Spiel waren.

Dann natürlich die Frage – das haben Sie jetzt auch schon ein bisschen angekündigt, Frau Senatorin –: Wie schützt man denn so was? Wie schützt man so eine Kabelbrücke? Sie sprachen von Tresoren und sagten zu Recht, jeder Tresor kann irgendwie geknackt werden, aber natürlich der eine leichter als der andere. Da stellt sich schon die Frage: Wie können wir den Schutz relativ zügig, jenseits der Maßnahmen, die Sie schon angedeutet haben, mit stillem Alarm et cetera – – letztendlich den Tresor noch ein bisschen sicherer machen? Denn es gibt offensichtlich viele neuralgische Stellen, und da müssen wir letztendlich schnell ins Handeln kommen. Da stellt sich natürlich schon die Frage: Was ist eigentlich seit dem ersten Anschlag im letzten Jahr in Adlershof passiert? Sie haben da offensichtlich einen Check gemacht, habe ich mitbekommen. Haben Sie da auch hinsichtlich dieser Sicherheit mit schnellen Maßnahmen an neuralgischen Punkten schon Dinge verbessern können? Wie kriegen wir das hin, dass wir da möglichst schnell weiterkommen?

Dann sprachen Sie von Priorisierung, die Sie vornehmen. Das ist natürlich erst mal gut zu sagen, welche neuralgischen Punkte wir als Erste schützen müssen. Die Frage stellt sich natürlich auch hier: Warum führen wir die Diskussion jetzt hier an dieser Stelle und nicht vor vier Monaten beim ersten Anschlag? Klar, da waren nicht so viele betroffen in der Masse, aber letztendlich war ja die Systematik des Anschlags relativ ähnlich. Dann noch die Frage: Wie können wir verhindern, dass solche Schwachstellen vor allem durch öffentlich zugängliche Quellen identifiziert werden können? Sie haben sich, glaube ich, zumindest laut Presseberichten dazu auch schon geäußert, dass Sie leider gezwungen sind, aufgrund von Transparenzpflichten Dinge zu veröffentlichen, wo Sie möglicherweise sagen, das wäre vielleicht nicht unbedingt so gut, alles offenzulegen. Vielleicht können Sie dazu auch noch zwei oder drei Worte sagen.

Frau Senatorin, Sie haben schon das im Dezember beschlossene Resilienzkonzept erwähnt. In dem Zusammenhang interessiert uns natürlich: Wurde danach gearbeitet? Welche für die Stromnetze relevanten Handlungsanweisungen stehen da drin? Klar, Dezember ist nicht allzu weit weg, aber kommen wir da sozusagen vom Papier auch ins Doing rüber? – Und dann noch die letzte Frage, die ich hier habe: Wann hatten Sie eigentlich an dem Samstag von der Stromnetz Berlin GmbH einen direkten Austausch mit dem Regierenden Bürgermeister zu dem Thema? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann hat der Kollege Franco für Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Vasili Franco (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr, in diesem Ausschuss zu Gast zu sein. Das betrifft mich auch als innenpolitischen Sprecher meiner Fraktion sehr. Ich habe noch ergänzend zu Herrn Taschner Nachfragen. Wann hat die Stromnetz GmbH den Vorfall bemerkt? Bis eine Alarmierung bei der Feuerwehr eingeht – die muss auch erst mal jemand alarmieren. Wahrscheinlich haben Sie in Ihren Systemen gemerkt, oh, da funktioniert etwas nicht mehr, da kommt es zu einem Ausfall, oder da fließt der Strom nicht mehr, wie er fließen sollte. Können Sie sagen, wann das passiert ist und ob Sie dann die Feuerwehr alarmiert haben oder wie das lief und wann dann praktisch – – Ich habe jetzt nämlich zwei unterschiedliche Zeiten mit 6.12 Uhr aus dem Innenausschuss. Frau Senatorin, ich weiß nicht, ob ich es richtig notiert habe, ich habe 6.22 Uhr verstanden. – [Zuruf von Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe)] – Wenn Sie es nachher noch einmal sagen, dann – – Ich möchte das auch nur für uns – – [Zuruf von der CDU] – Ja, also im Krisenfall, liebe CDU,

zählt jede Minute. Dass Ihnen das nicht klar ist, das hat man gemerkt, aber uns geht es hier tatsächlich darum, dass wir diesen Vorfall ernsthaft aufarbeiten und die entsprechenden Lehren daraus ziehen, denn die Berlinerinnen und Berliner haben eine harte Woche hinter sich, und die haben auch den Anspruch darauf, dass wir hier alles in unserer Verantwortung Stehende machen, dass sich so was nicht wiederholt. So viel dazu!

Dann eher eine Anmerkung zu der Frage der Absicherung der kritischen Infrastruktur: Natürlich muss man darüber reden. Ich finde es auch sehr wichtig zu erwähnen, dass die Stromnetz Berlin GmbH nicht erst seit gestern, auch nicht seit dem letzten Anschlag im September dran ist, sondern auch länger, aber klar müssen wir uns trotzdem auch hier Fragen von Dringlichkeiten und Prioritäten stellen. Mich wundert dann schon ein bisschen, wenn auch in der Wirtschaftsverwaltung klar war, dass man über Videoüberwachung reden möchte – ich erinnere mich daran, Frau Giffey, Sie haben das auch im September nach dem Anschlag bereits gefordert –, aber dann diese Lücken ausmacht, dass wir an manchen Stellen Bedarfe haben. Diese Regelungen hätte man beispielsweise mit der Novelle des Polizeigesetzes schon auch angehen können, damit man die Stellen, wo Sie noch Bedarfe sehen, jetzt hätte nachsteuern können.

Außerdem weise ich gerne darauf hin, wir können uns viel über Videoüberwachung unterhalten. Ich glaube, allen, die sich damit vernünftig beschäftigen, ist klar – das wurde hier heute auch noch mal gesagt, auch von der Senatorin –: Gezielte Anschläge verhindert die im Zweifel nicht, sie kann aber Teil eines Sicherheitskonzepts sein. Wenn der Senat bereit ist, 12 Millionen Euro in die Videoüberwachung des öffentlichen Raums zu stecken, sollten wir uns gerade nach so einem Vorfall überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, dieses Geld, das im Haushalt vorhanden ist, dann genau für die Absicherung solcher Infrastruktur zu nutzen. Ich würde da definitiv eine Priorität setzen. Wie gesagt, hätte man vielleicht schon ein bisschen früher machen können, aber ich glaube, wir müssen dann so ehrlich sein und sagen, wir müssen die notwendigen sicherheitspolitischen Prioritäten an der richtigen Stelle angehen. Wenn das jetzt geschieht, dann können wir darüber reden, sollten das entsprechend auch machen.

In dem Kontext würde mich natürlich auch der Maßnahmenplan interessieren, Herr Taschner hat ihn schon angesprochen. Jetzt ist mir bewusst, dass das gut und richtig ist, dass das, was Sie im Senat beschlossen haben, nicht der gesamten Öffentlichkeit zugänglich ist, mit jeder Maßnahme und jeder Stelle. Mich würde trotzdem interessieren – Sie haben drei Stichpunkte genannt, die Teil dieses Masterplans, des Resilienzkonzepts sind –: Gibt es eine Möglichkeit, die dem Parlament als Verschlussache oder in geeigneter Form zur Nachverfolgung zur Verfügung zu stellen, damit wir wissen, woran Sie tatsächlich gerade arbeiten, welche Schwerpunkte Sie ausgemacht haben und welche vielleicht auch noch nicht? Ich kann das mit Stand jetzt einfach noch nicht beantworten, hoffe aber, dass wir uns da natürlich auf den Weg machen, weil je schneller desto besser. Ich möchte in vier Monaten nicht die gleiche Situation erleben. Mich würde zumindest für heute interessieren, ob mit dem Masterplan verbindliche Zeitpläne oder Zielsetzungen verbunden sind, denn wir tendieren oft dazu, viele Sachen aufzuschreiben und wenige davon umzusetzen. Vielleicht können Sie da zumindest sagen, inwiefern der Masterplan tatsächlich mit einer verbindlichen Zielsetzung verbunden ist. – So viel von mir fürs Erste, vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann habe ich mich selber für die SPD-Fraktion eingetragen.

Jörg Stroedter (SPD): Ich will auch erst mal vorab sagen, dass ich mich bei allen, die da mitgewirkt haben, sehr intensiv bedanken möchte, dass wir, auch wenn es ein paar Tage gedauert hat, am Ende sozusagen wieder für Strom und Wärme haben sorgen können. Das ist, glaube ich, jedem klar, in unserer Zeit ist das eigentlich ein unvorstellbarer Vorgang, wenn man fünf Tage lang in eine Wohnung zurückgehen soll, wo die Temperatur zwischen fünf und sieben Grad ist, mit all den Risiken, die das für das Leitungssystem und andere Dinge entsprechend hat. Trotzdem muss man natürlich konkrete Fragen stellen können. Ich will teilweise an das anschließen, was Bündnis 90/Die Grünen gemacht haben, und das vielleicht in dem einen oder anderen Punkt noch ergänzen.

Der erste Punkt ist für mich: Ich habe dieselbe Debatte nach dem Anschlag in Treptow-Köpenick gehabt. Da hieß es auch, 99 Prozent sind gesichert, und wir haben nur ein Problem mit einem Prozent. Dann stellt sich natürlich schon die Frage, Herr Landeck, und die Frage stelle ich auch an die Aufsichtsratsvorsitzende und die Wirtschaftsverwaltung, warum dieses eine Prozent nicht geschützt werden kann und im Grunde genommen auch jetzt nicht geschützt wird, denn es wird durch die Polizei geschützt. Da will ich mal so deutlich sagen, die Polizei ist nicht dafür zuständig, diese Maßnahmen zu machen. Wir geben der Stromnetz GmbH im Haushalt mehrere Hundert Millionen als Zuführung, da muss es möglich sein, dass dieser Schutz durch die Stromnetz GmbH gewährleistet wird. Das wäre meine erste Frage: Sind private Dienste zum Schutz dieses einen Prozents, über das wir reden, jemals ein Thema gewesen, oder war das nicht so, und wenn ja, passiert das jetzt, um sicherzustellen, dass die Polizei, die sich zu Recht darüber beklagt, nicht diese Arbeit machen muss, die eigentlich jeder Unternehmer an der Stelle machen muss? Diese Fragen, die ich stelle, gehen immer sowohl an Sie, Herr Landeck, als auch an die Senatorin und Aufsichtsratsvorsitzende.

Zweitens – Transparenz, da ist ja die Frage: Welche Bestimmungen gibt es tatsächlich, die dazu führen, dass man bestimmte Dinge veröffentlichen muss? Das würde ich gerne mal belegt haben, auch wieder von beiden Seiten, inwieweit man da eine Möglichkeit hat. Dass die Grünen bei dem Thema Videoüberwachung immer schnell in Panik geraten, ist ja nichts Neues, aber in dem Falle geht es ja um Menschen. Da muss man natürlich sehen, wenn man da eine bessere Überwachung hätte, schreckt das natürlich den einen oder anderen Täter ab, weil er dann möglicherweise glaubt, gesehen zu werden.

Dann die Frage der fünf Tage: Das ist ja auch so eine Debatte, wie lange so was dauern kann und muss. Das ist jetzt ein bisschen polemisch, aber ich sage es trotzdem mal: In der Ukraine fällt andauernd der Strom aus. Ich glaube nicht, dass es in vielen Bereichen fünf Tage dauert, weil das gar nicht anders möglich ist. Warum muss das hier fünf Tage dauern? Dass es dann zum Schluss schneller gekommen ist, ist natürlich immer gut, aber ich unterstelle mal, dass auch ein Worst-Case-Szenario gemacht worden ist, damit man da ein bisschen schneller in die Reihe kommt.

Dann, Herr Landeck, muss ich Ihnen auch eine persönliche Frage stellen: Mir ist zugetragen worden, dass Sie zu dem Zeitpunkt, als das passiert war, gar nicht in Berlin, sondern im Urlaub waren. Mir ist auch zugetragen worden, dass Sie Ihren Urlaub noch tagelang weitergemacht haben, und erst weil Teile des Senats es gewünscht haben, dass Sie kommen, sind Sie hier erschienen. Ist das so, oder bin ich da einer Falschinformation aufgefressen? Sie werden mir sicherlich sagen, die zweite und dritte Reihe können das auch alles gut, aber bei so einem Schaden und einer solchen Situation, finde ich, muss der führende Mann in der Gesellschaft

dran sein. Das erwarte ich. Wenn man eine Debatte über den Regierenden Bürgermeister wegen einer Stunde Tennis führt, dann kann man die Debatte auch über den Vorstand entsprechend führen, insbesondere weil wir alle wissen, dass wir sowieso eine relativ harte Debatte um das Thema Vergütung haben.

Dann würde ich gerne mal wissen, wie das mit der Unterstützung durch die Bundeswehr und andere Einrichtungen ausgesehen hat. Da ist mir gesagt worden, Sie wollten das am Anfang gar nicht so sehr mit der Bundeswehr, und nachdem gesagt worden ist, das wäre aber sehr hilfreich, das zu machen, stellt sich die Frage, ab wann das möglich war. Sie haben dann der Bundeswehr auch eine ganze Liste von Dingen mitgeteilt, die Sie benötigen, und es hat sich herausgestellt, dass es gut ist, wenn die Bundeswehr hier entsprechend zum Einsatz kommt. Vielleicht können Sie das auch noch mal ein bisschen deutlicher sagen.

Dann würde ich gerne etwas zur Rolle der Bezirke an die Senatorin richten: Das ist heute Morgen auch schon Thema im Innenausschuss gewesen, wie unterschiedlich die Bezirke aufgestellt sind, welche Mittel zur Verfügung stehen und dass es vier Bezirke sind, darunter Treptow-Köpenick, die das schon hinbekommen haben, sich da entsprechend zu platzieren, und andere Bezirke das nicht können. Da würde ich gerne mal wissen, was der Senat jetzt unternimmt, damit die Bezirke dort anders agieren, denn sonst haben wir beim nächsten Fall wieder das gleiche Problem, egal wie die Situation dann geregelt wird.

Dann würde ich auch noch mal gerne eine reine Wirtschaftsdebatte führen, die wir hier schon mal ein bisschen in der Aktuellen Viertelstunde beleuchtet haben. Frau Senatorin Giffey, Sie haben ja berechtigterweise diesen Vorschlag mit der Hotelkostenerstattung gemacht. Das fand ich erst mal grundsätzlich einen guten Vorschlag, da gibt es aber gewisse Irritationen über dieses Thema. Das konnte man auch heute wieder der Presse entnehmen. Erst hieß es ja, also für 70 Euro, und das würde über die Partnerhotels laufen. Dann war der Druck relativ groß in der Kiste, und dann hieß es, der Senat würde das entsprechend übernehmen. Dann geht es um die Frage: Betrifft es nur die Partnerhotels, oder betrifft es auch andere Hotels? Und dann geht es um die Frage, ob es auch Hotels gegeben hat – ich rede jetzt über Berliner Hotels, nicht über brandenburgische Hotels, das ist noch mal ein Sonderthema –, die da höhere Kosten in Rechnung gestellt haben und ob der Senat allen, die das nachweisen und möglichst unbürokratisch nachweisen können, das entsprechend ersetzt. Denn eines ist doch klar: Wenn man sich bei den Temperaturen in einer Wohnung aufhalten soll, dann ist das im Grunde genommen unzumutbar. Das heißt, man muss eine Möglichkeit haben, woanders einzuziehen, und wenn man das privat nicht machen kann, dann geht das gegebenenfalls nur über ein Hotel.

Der andere Punkt ist das Thema Gewerbe. Auch das ist schon angesprochen worden. Wir haben enorm viele Betriebe in dem Bereich. Auch da ist die Frage: Was machen wir jetzt? Natürlich kann man grundsätzlich sagen, alle müssen versichert sein, ja, das ist so. Trotzdem, wenn hier ein größerer betrieblicher Ausfall ist, dann gibt es mit der Versicherung eine Debatte darüber, welche Möglichkeiten es gibt. Da braucht man sich nichts vorzumachen. Wir haben in der Vergangenheit bei anderen Problemen – ich nenne als Beispiel Corona – auch mit Hilfsprogrammen geholfen. Wir sind in diesem Land in einer so extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation, dass zusätzliche Maßnahmen, die nicht stattfinden, für weitere Insolvenzen sorgen können. Deshalb ist es bei der Anzahl der Betriebe entsprechend wichtig, dass wir dort an der Stelle auch etwas machen. – Das waren die Fragen von meiner Seite.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich gehe dann wieder in die Rolle des Ausschussvorsitzenden zurück und gebe dem Kollegen Hansel für die AfD-Fraktion das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Frau Senatorin, für die umfassende Orientierung, die Sie gegeben haben! Sie haben sich da sehr intensiv eingearbeitet und das, glaube ich, ganz gut gemanagt. – Herrn Dr. Landeck! Sie haben auch schon einige Fragen quasi beantwortet. Ich möchte trotzdem noch auf ein paar Sachen eingehen. Das Erste ist: War die betroffene Anlage als kritischer Punkt im Netz bekannt? Offenbar irgendwie ja, Sie sagten, wegen Wege- und Georedundanz, an der Sie schon länger arbeiten, war es offenbar ein Thema. Welche physischen Sicherungsmaßnahmen bestanden dort vor dem Anschlag? Ich sage mal, wahrscheinlich offenbar keine, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Gab es vorab Gefährdungsanalysen, die politisch motivierte Sabotage berücksichtigt haben? Das ist eine Frage, die mehr oder weniger schon beantwortet worden ist, dass man damit offenbar nicht rechnen konnte. Das ist jetzt aber natürlich eine andere Lage und wird dann die Zukunft betreffen.

Dann Wiederholungs- und Eskalationsrisiko: Wie viele vergleichbar verwundbare Punkte existieren aktuell im Berliner Stromnetz? Sie brauchen jetzt natürlich nicht zu sagen, welche. Darauf wollen wir niemanden hinweisen, aber dass wir mal einen Rahmen haben, vom Volumen her, was das ausmacht. Und gibt es intern eine Priorisierung besonders kritischer Anlagen? Wurden Szenarien mit mehreren gleichzeitigen Sabotageakten simuliert, oder planen Sie so was jetzt? Können Sie hier heute ausschließen, dass ein koordinierter Angriff – wenn man sich das anguckt, was da von den Vulkan-Leuten kommt, gehen wir davon aus, dass es diesen Klimaterrorismus möglicherweise etwas verschärft – zu einem länger anhaltenden, großflächigen Stromausfall führen würde?

In dem Kontext: Wie wirken sich steigende Lasten durch Elektromobilität, Wärmepumpen und Rechenzentren konkret auf die Netzstabilität aus? Gibt es da einen Zusammenhang? Was ist da möglicherweise eine Zusatzproblematik? Gibt es aus technischer Sicht Zielkonflikte zwischen Versorgungssicherheit und politisch forcierter Elektrifizierung? Das hatte ich gerade angesprochen, E-Mobilität und so weiter. Muss man da jetzt nicht möglicherweise ein bisschen einen Ausgleich schaffen, um Gefährdungslagen zu verhindern?

Auch eine wichtige Frage: Wurden in den letzten Jahren Sicherungs- oder Redundanzmaßnahmen aus Kostengründen verschoben? Wir haben das Problem im Haushalt. Wir wissen, das Eigenkapital wurde gestärkt, aber jetzt nicht für solche Maßnahmen, sondern eigentlich für die Umsetzung der Erweiterung des Stromnetzes bis zur Verdopplung der Kapazität. Die Frage eben auch hier: Muss man hier möglicherweise umsteuern?

Dann die Verantwortlichkeit und Zukunftsfähigkeit: Welche Ereignisse kann das Berliner Stromnetz heute nicht robust beherrschen? Was kostet es technisch, diese Verwundbarkeit real zu reduzieren? Und welche Maßnahmen sind davon nicht finanziert oder nicht genehmigt? – Zum Schluss: Nach Adlershof und nach diesem erfolgreichen Anschlag auf die kritische Infrastruktur mit wachsender politischer und technischer Belastung frage ich abschließend: Ist das Berliner Stromnetz heute so aufgestellt, dass es einen gezielten, ideologisch motivierten Angriff nicht nur reparieren, sondern strukturell verkraften kann, ja oder nein? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke! – Dann für Die Linke der Kollege Bertram!

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich sowohl bei der Senatsverwaltung als auch bei Ihnen, Herr Dr. Landeck, für die einleitende Stellungnahme bedanken. Den Dank für die Tatkraft in den letzten Tagen hatte ich anfangs schon dargelegt. Ich glaube, an vielen Stellen hätte es sich gelohnt, wenn einige der Kolleginnen und Kollegen heute früh im Innenausschuss gewesen wären, dann hätten sie nämlich der zuständigen Senatorin auch die entsprechenden Fragen stellen können. Insofern möchte ich mich tatsächlich auf die Fragen für uns hier im Ausschuss beschränken.

Ich habe ein paar Nachfragen und würde mit Ihnen, Herr Dr. Landeck, anfangen. Sie haben ja beschrieben, wie der Schadensfall eingetreten ist, dass Ihnen dieser neuralgische Punkt bekannt war. Ich hatte es einleitend, glaube ich, schon als Frage angeteasert, wie Sie das einschätzen, weil eben zum Beispiel das Thema da ist: Ist Open Data da ein Problem für uns? Ob Sie das vielleicht noch mal darlegen könnten: Reicht das, was ich an Wissen über Open Data über das Stromnetz erfahren kann, aus, um so etwas zu planen, oder bedarf es dann doch tiefer gehender Kenntnisse, um so einen neuralgischen Punkt in Ihrem Netz zu finden? Ich möchte jetzt nicht, dass Sie uns hier eine Anleitung geben, aber einfach, um die am Ende rechtliche Fragestellung und unsere politischen Schlussfolgerungen daraus besser bewerten zu können.

Wir machen das heute zum wiederholten Mal, nämlich mindestens zum zweiten Mal binnen vier Monaten. Wir saßen am 12. September hier zusammen im Beteiligungsausschuss und haben sehr ausführlich eigentlich über die gleichen Fragestellungen gesprochen, nämlich: Wie schaffen Sie Georedundanz? Welche Investitionen planen Sie? Wie stellen sich die Senatsverwaltung und die Stromnetz GmbH gemeinsam auf? Das Lesen dieses Protokolls lohnt sich, weil man dann viele Antworten schon mal verschriftlicht findet. Trotzdem ist die Frage: Der Fahrplan war damals klar. Jetzt ist nicht zu erwarten, dass man vier Monate später deutlich weiter ist. Aber hält man daran weiter fest? Sie haben nämlich angedeutet, na ja, wir stehen hier einer neuen Gefahren- oder Risikolage gegenüber, für die das Stromnetz ursprünglich nicht ausgelegt war, sondern wir haben eine neue Situation mit so einem gezielten Anschlag, dem wir irgendwie begegnen müssen. Gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarfe, wenn ja, wo, und reichen die Mittel, die Ihnen an Investitionsmitteln zur Verfügung stehen, aus, wenn nicht, was brauchte es darüber hinaus? Am Ende ist auch eine Frage, wenn wir so umfassend ins Stromnetz investieren: Was passiert dann mit Stromnetzskosten? Inwieweit sind die Investitionen in Sicherheit und Redundanz auch gegenüber der Bundesnetzagentur anrechenbar und haben dann unmittelbar oder mittelbar Auswirkungen auf Strompreise? Das würde mich noch, Herr Dr. Landeck, von Ihrer Seite aus interessieren.

Bei der Frage, wie man am Ende sicherheitstechnisch damit umgeht und das Thema Kameraüberwachung anspricht – – Wir haben heute früh gelernt, es wurden über 100 Stunden Kamera- und Videomaterial beschlagnahmt, also an der schieren Masse kann das nicht liegen, sondern am Ende ist der gezielte Einsatz entscheidend. Mich würde an der Stelle tatsächlich interessieren, inwiefern Sie auch jetzt vielleicht noch mal in der Folge – – Frau Senatorin, in Ihrem Zuständigkeitsbereich liegen die relevanten Infrastrukturen, die maßgeblich Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge der Menschen in unserer Stadt haben. Inwieweit diese Fragen der Sicherheitsaspekte jetzt auch noch mal – – Also sie wurden nach Adlershof besprochen, sie wurden Ende Dezember – – Also sie werden fortlaufend besprochen. Aber inwieweit ist das noch mal ein Thema, dort vielleicht ressortübergreifend auch mit den verschiedenen Betrie-

ben sich gegenseitig helfend und unterstützend tätig zu werden? Was ist da schon angedacht? Gibt es eine Idee oder Planungen, dort zusammenzuführen? Herr Dr. Landeck hat es beschrieben, es hat eine Grenze, inwieweit Sie Ihre Infrastruktur schützen können. Alles, was von oben oder noch mal zielgerichteter kommt, wird schwierig sein. Dann ist es am Ende so, dass Sie diese Infrastrukturen mitbetreuen und bei Ihnen die Information mit als Erstes einget. Dass Sie dann nicht die Zuständigkeit haben, alle Krisenstäbe einzeln mit anzuführen, ist auch klar. Nichtsdestotrotz ist die Frage, wie man sich abstimmt, eher eine Folge daraus, wie andere Senatsverwaltungen und andere gesellschaftliche Bereiche reagieren, um mit der Krise umzugehen. Da würde mich noch interessieren, inwieweit die Kommunikation senatsintern dann gelaufen ist und wie die senatsinterne Abstimmung gelaufen ist, um Maßnahmen, zum Beispiel im Sozial- oder Gesundheitsbereich, besser aussteuern zu können oder auch zu priorisieren, wie man bestimmte Unterstützungsleistungen schneller ausgesteuert bekommt. Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen besser oder ausführlicher darlegen.

Am Ende ist auch die Frage, und die haben Sie selber, Frau Giffey, angesprochen, da Punkte auffallen wie zum Beispiel die Versorgung des Mobilfunknetzes und damit die Kommunikationsmöglichkeiten, die am Ende eingeschränkt sind, was da vielleicht auch noch mal an Punkten offen ist. Ich würde jetzt, da bin ich vielleicht sehr naiv oder habe keine Ahnung – – Aber für mich gehört eigentlich das Mobilfunknetz auch zur kritischen Infrastruktur. Welche Sicherungsmaßnahmen haben eigentlich die Mobilfunkanbieter getroffen, um sich vor so einem Schadensfall zu schützen? Sie haben es beschrieben, andere KRITIS-Betreiber sind in der Resilienz weiter und haben quasi eigene Schritte unternommen. Das hat mich am Wochenende schon sehr überrascht, dass das einfach, gefühlt von jetzt auf gleich, ausgefallen ist. Können Sie vielleicht noch mal sagen, inwieweit da der Nachsteuerungsbedarf besteht?

Der letzte Punkt ist das, was als Folge dasteht. Einer der Punkte sind am Ende die sozialen Folgen einer solchen Krisensituation. Frau Giffey, Sie kümmern sich um die Wirtschaft in unserer Stadt, damit auch um die Hotels, und am Ende kam das Thema der Unterbringung der Menschen, die es zu Hause einfach nicht mehr schaffen können oder anderweitig untergebracht werden müssen. Es gab das Angebot, quasi in Hotels unterzukommen. Können Sie noch mal darlegen: Sind Sie auf die Hotels proaktiv zugegangen? Gab es ein Angebot von anderer Seite? Wie ist es dazu gekommen? Den Hergang mit Kostenerstattung kennen wir. In dem Zusammenhang ist aber eben auch die Frage aufgekommen: Was heißt das eigentlich an Folgen, also unter anderem, kann sich das jeder leisten? Welche Auswirkungen hat so eine Krisensituation auf Menschen unterschiedlicher Natur im Bereich finanzielle Möglichkeiten?

Jetzt sind Sie dafür nicht zuständig, das ist mir klar, trotzdem zieht man daraus wahrscheinlich Schlüsse, nämlich, wir haben es heute früh auch angesprochen, im Regelsatz für Sozialleistungen ist zum Beispiel, sage ich mal, so ein Nothilfeset, dass ich mir einen Gaskocher, dass ich mir dieses und jenes anschaffe, nicht vorgesehen. Dafür gibt es keinen Punkt im Regelsatz. Ist das noch eine Frage, mit der man sich nach der Erfahrung ressortübergreifend beschäftigt? Wo müssen wir vielleicht mal gucken, um uns insgesamt gesellschaftlich resilienter zu machen? Ist das nach der praktischen Erfahrung ein Hinweis, den man noch mit aufnimmt, wo man über den eigenen Tellerrand hinaus blicken muss, um besonders vulnerablere Gruppen besser in den Blick nehmen zu können? – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich möchte Sie in einem Punkt korrigieren, Herr Kollege Bert-ram, der Beteiligungsausschuss tagt vertraulich, deshalb war die Debatte mit der Stromnetz

GmbH dort für die meisten Kollegen sozusagen nicht nachfühlbar, weil es auch kein Protokoll darüber gibt. Das ist eben der Unterschied zu anderen Ausschüssen. Deshalb will ich nur formal darauf hinweisen, dass wir die Debatte hier sozusagen neu führen, die wir im Beteiligungsausschuss zu Recht geführt haben, wo wir beide drin sitzen, aber die Masse sitzt da nicht drin. – Dann haben wir den Kollegen Wapler für Bündnis 90/Die Grünen.

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will nur noch einen Aspekt ansprechen, den auch der Vorsitzende angesprochen hat, und das sind die betroffenen Unternehmen, weil es tatsächlich nicht allein die Gefriertruhen sind. Das ist schlimm genug, aber da gab es Produktionsstopps, es gab eine ausgefallene IT, es gab Umsatzeinbußen, Maschinenschäden, Datenverluste, Aufträge und Termine, die nicht eingehalten werden konnten. Wir haben den rbb-Bericht gesehen, wo ein Unternehmen allein den Schaden auf fünfstelligen Beträge beziffert hat. Also da ist mir auch, mit Verlaub, der Hinweis auf eine Betriebsunterbrechungsversicherung zu lapidar. Da konkret die Frage: Was können Sie da an Unterstützung leisten, anbieten? Wie gehen wir mit den betroffenen Unternehmen um? Denn ich glaube, dass die Kontinuität der Geschäftstätigkeit gerade von kleinen und mittleren Unternehmen auch Teil der Resilienzstrategie ist. Daran hängt auch die Versorgungssicherheit. Deshalb ist das, glaube ich, ein ganz wesentlicher Aspekt.

In dem Zusammenhang würde mich dann auch die angesprochene Lehre aus Adlershof interessieren. Da hat Herr Sillmann von der WISTA mittlere zweistellige Millionenbeträge als Schadenshöhe geschätzt. Wie ist man denn damit umgegangen? Sie haben gesagt, Sie haben jetzt hier noch keinen Überblick, das ist klar und auch in Ordnung so. Können Sie beziffern, wie hoch der wirtschaftliche Schaden in Adlershof bei dem Ausfall gewesen ist und welche Unterstützungsleistungen es da gegeben hat?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Dann haben wir die Kollegin Wolff für die SPD-Fraktion.

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich mache es kurz. Natürlich muss man Danke sagen. Es geht gar nicht anders. Ich finde, das darf immer wieder nicht zu kurz kommen. Ich kann es auch nur wieder betonen, also nicht nur an die Stromnetz GmbH, sondern auch an alle anderen Ehrenamtlichen, vor allen Dingen auch an alle, die da mitgeholfen haben. Ich finde auch, die Senatorin war hier in einer gefühlten Faktenlage am Informieren. Ich weiß gar nicht, wann Sie überhaupt geschlafen haben, ehrlich gesagt.

Die Frage an die Stromnetz GmbH: Ist das ein – ich bin Laie – Sonderteam? Ist das ein Team, das speziell ausgebildet ist für technische Störungen? Das ist das eine, aber hier ist es noch mal eine ganz spezielle Situation gewesen. Ich empfand das trotzdem als unglaublich schnell, wie diese Lage analysiert und entsprechend gehandelt wurde. Ist das ein anderes Team? Es wurde kurzfristig mal, ich glaube durch Herrn Broemme, öffentlich bekannt, dass auch Berlin eine ganz besondere Situation da hätte. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen. – Dann die Verantwortlichkeit, 35 000 Kilometer ist fast einmal um die Welt, in 80 Tagen einmal rundherum in Berlin. Sind Sie für diese gesamten Strecken zuständig, oder ist das auch noch mal ganz gesondert eingeteilt? Treptow-Köpenick ist natürlich nicht nur einmal betroffen gewesen, aber in dieser Form eines Anschlages und einmal davor im Stromausfall. Das wissen wir. Wir wissen aber durch den Anschlag auch, dass es da – wir sind nicht der Innenausschuss – trotzdem auch angesagt wurde, dass die Großschadenslage natürlich ein ganz wichtiger Aspekt ist. Das sollte man hier vielleicht nicht so ganz vergessen. Das wären noch mal die Fragen meinerseits. – Zur Telekommunikation: Das hat die Senatorin jetzt mitgenommen und wird vielleicht noch etwas dazu sagen können. Ich glaube, das ist wirklich ein ganz wichtiger Aspekt. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Danke sehr! – Herr Kollege Trefzer für die AfD-Fraktion!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will nur mal etwas zum Auftritt der Grünen hier heute in der Sitzung sagen. Es ist wirklich schwer auszuhalten, wie Sie sich hier als die heilige Inquisition der Versorgungssicherheit in Berlin aufspielen. Wenn man sich mal die verschiedenen Bekenner schreiben anschaut, auch schon in Adlershof, dann sieht man, dass der Klimaapokalyptizismus die entscheidende Quelle ist für diesen Terrorismus, und da muss man ganz klar sagen – Ich will nicht sagen, dass Sie die geistigen Brandstifter sind, aber Sie haben diesen Nährboden mitbereitet, liebe Kollegen von den Grünen, für diesen Klimaapokalyptizismus. Da müssen Sie sich mal selbst an die eigene Nase fassen.

Ich habe gerade bei Google eine Suche eingegeben, ganz einfache Antworten Ihres Verhaltens zu den Klimaklebern, denn da fing es an mit der Missachtung des Rechtsstaats. Da sehe ich zum Beispiel eine Resolution des Bezirksparteitags der Grünen, wo es heißt: ziviler Ungehör-

sam. Der muss nicht gerade bequem sein, schön oder angenehm. Er darf nerven, aber er muss sein. Die Ungehorsamen nehmen bei ihrem Handeln bewusst in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze bestraft zu werden. – Das wurde von den Grünen in Kreuzberg begrüßt. – Ziviler Ungehorsam gehört zur Identität unserer Partei. Wir lehnen jede Form von Präventivhass der Aktivisten ab. – Genau mit solchen Tönen haben Sie diesen Leuten den Kopf verdreht, die hier diese Anschläge verursacht haben. Da brauchen Sie sich doch jetzt nicht hier hinzustellen und Krokodilstränen zu vergießen. Das ist doch auf dem Nährboden gewachsen, den Sie bereitet haben.

Da lese ich weiter, Sie können die ersten Nachrichten bei Google direkt nehmen: Grüne Bezirksstadträtin in Mitte will keine Strafanzeige gegen die Klimakleber erstatten, die den Neptunbrunnen verschmutzt haben. – Warum nicht? – Weil sie Verständnis hat für diese Art der Rechtsmissachtung. – [Unruhe]

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Trefzer! Jetzt darf ich Sie mal unterbrechen. Wie Sie merken, ist hier Unruhe im Ausschuss, aus meiner Sicht begründeterweise. Ich habe jetzt eine Weile zugehört. Das hat eigentlich jetzt mit dem Thema gar nichts mehr zu tun. Dass es Überlappungen zwischen Innen- und Wirtschaftsausschuss heute gibt, ist klar. Ich habe das Thema auch im Beteiligungsausschuss. Das ist aber eine Grundsatzdebatte, die können Sie im Plenum führen, aber die gehört hier nicht hin. Ich bitte Sie, zur Sache zurückzukommen.

Martin Trefzer (AfD): Herr Vorsitzender! Wir sind ein politisches Gremium und keine Sandkastenkrabbelgruppe, und deswegen ziehe ich jetzt die politischen Konsequenzen, die aus meiner Sicht aus diesem Vorfall ergehen. Ich sage Ihnen ganz klar: Wie Sie hier auftreten, ist vollkommen klar. Wir stehen in einem Wahljahr, und da hat sich der Regierende nicht so clever angestellt, aber man muss auch ganz klar sagen: Rot-Rot-Grün ist keine Perspektive für diese Stadt, auch was die Versorgungssicherheit angeht. Mir kommt das Grauen, wenn ich daran denke, was Sie vorbereiten, was hier auch schon abläuft zwischen den unterschiedlichen Protagonisten, um Rot-Rot-Grün vorzubereiten. Davor müssen wir die Wähler warnen. Wenn die CDU nicht in der Lage ist, da die entsprechenden Töne dazu anzuschlagen, dann muss ich das übernehmen, Herr Vorsitzender. Gestatten Sie mir bitte, dass ich an der Stelle auch mal politisch werde! Das hat eine politische Dimension, und darauf wollte ich hingewiesen haben.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Herr Dr. King, bitte sehr!

Dr. Alexander King (fraktionslos): Danke! – Es gäbe jetzt viel zu sagen, aber ich wollte nur drei ganz kurze Fragen stellen beziehungsweise freue ich mich erst mal, dass meine Frage aus der Aktuellen Viertelstunde noch mal aufgerufen wurde von den Kollegen, nämlich nach dem Schaden, der für die Unternehmen entstanden ist. – [Zuruf] – Sie hatten nach der Schadensaufnahme gefragt, und ich hatte danach gefragt, ob nicht versicherte Schäden zum Beispiel durch Produktionsausfälle entstanden sind, ob da irgendwie eingesprungen wird. Da gab es keine Antwort in der Aktuellen Viertelstunde. Jetzt ist die Frage noch mal aufgegriffen worden. Vielleicht bekommen wir jetzt eine leichte Orientierung, wo es hingehen kann. Der Verweis auf Adlershof war ja interessant.

Dann wollte ich etwas aufgreifen, was der Kollege Bertram gefragt hat, aber ein bisschen anders. Diese ganze Sache mit dem Hotel, ob das jetzt selber bezahlt werden muss, ob man vor-

schießen muss und es hinterher zurückgezahlt bekommt, hat Herr Bertram zu Recht als ein soziales Problem dargestellt. Es war auch ein kommunikatives Problem, ehrlich gesagt. Deswegen würde mich interessieren, ob angedacht ist, da irgendwie Standards zu entwickeln, damit man nicht im laufenden Prozess eine öffentliche Diskussion darüber führt, wo man die Leute unterbringt und wer das bezahlt. Ich finde, es ist vor allem auch ein kommunikativer Schaden entstanden. Wie gehen Sie damit um?

Dann würde mich noch interessieren, das ist bestimmt schon in irgendeinem Ausschuss, in dem ich nicht bin, vielleicht geklärt worden. Ich frage es trotzdem, weil es mich sehr interessiert, nämlich nach den Informationsketten im Senat. Wir haben heute gehört, wann die Innensenatorin Bescheid wusste. Wir haben gehört, wann Sie Bescheid wussten. Wir haben in der Zeitung gelesen, wann der Regierende Bürgermeister Bescheid wusste über das, was sich da zugetragen hat. Ich kenne es aus anderen Bundesländern so, dass alle relevanten Spitzenkräfte der Landesregierung gleichzeitig informiert werden, wenn ein Schaden in so einer Größenordnung entsteht. Ist das jetzt so eine Art Telefonkette, der eine ruft den anderen an und dann der den nächsten und so, oder was gibt es da für Standards im Katastrophenfall? Wer informiert wen, und wer weiß wann was, und warum ist der Bürgermeister dann womöglich ganz am Ende dieser Informationskette?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Weitere Wortmeldungen liegen im Augenblick nicht vor. Ich würde jetzt Frau Senatorin Giffey zuerst antworten lassen und dann Herrn Landeck. – Bitte, Frau Senatorin!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Sehr viele Fragen! Ich versuche jetzt einfach, sehr strukturiert alle zu beantworten. Ich fange mit Stefan Taschner an. Ich habe alles mitgeschrieben und denke, dass ich dann auch gut Ihre Fragen abarbeiten kann. Zeitpunkt vormittags, nachmittags, haben Sie gefragt. Ich will das noch einmal ganz klar sagen: Es ist ein Prozess der Information gewesen. Noch mal von Anfang an: Ich bin durch die Innensenatorin frühmorgens, kurz nachdem sie selbst die Information von der Feuerwehr bekommen hatte, informiert worden. Sie hat mich angerufen. Ich bin rangegangen. Sie hat mir gesagt, erst mal gibt es nur die Information, es gibt einen Brandfall. Das Stromnetz ist betroffen, alles weitere müssen wir klären. Es gab dann den Tatort und so weiter. Wichtig noch mal: Wir hatten zwei verschiedene Informationen. Das eine ist: Wann war klar, dass das alles wahrscheinlich nicht mehr im Laufe des Tages zu reparieren sein wird? – Das war circa 10.30, 11 Uhr schon klar, als die Stromnetz GmbH dann in Augenschein nehmen konnte, dass wir einen Riesenschaden haben, und als wir wussten, es sind Mittelspannungs- und Hochspannungskabel, die Mittelspannungskabel können schneller repariert werden, aber fünf Hochspannungskabel – Klammer auf –, in Adlershof waren es zwei, können nicht im Laufe einer Nacht repariert werden. Insofern hatten wir erst mal die Information zwischen 11 und 12 Uhr, es wird länger dauern. Wir werden die Mittelspannungskabel früher reparieren können, vielleicht heute Abend, heute Nacht, und dann kam die Planung. Wann werden die Hochspannungskabel so weit sein? – Und das haben wir 14.20, 14.30 Uhr erfahren. Dann haben wir gesagt, wir machen eine gemeinsame Information der Öffentlichkeit mit der Stromnetz GmbH, wir über unsere Kanäle, die Stromnetz GmbH über deren Kanäle. Das heißt, ich wusste zwischen 10.30 und 11 Uhr, es wird länger dauern, und dann war aber auch die Ansage: Wir müssen erst mal planen, wie lange denn. Nachmittags, um 14 Uhr noch was stand dann Donnerstagnachmittag. Das noch mal zur Aufklärung.

Die Infoweitergabe, die wir hatten, war erst die Information durch die Innensenatorin. Ich habe dann natürlich mit unserem Krisenstab, mit Severin Fischer – – Wir hatten einen ganz engen Draht. Der normale Ablauf bei uns ist, dass der Energiestaatssekretär sich erst mal um den Krisenstab und um alle Dinge mit der Stromnetz GmbH kümmert. Das hat Severin Fischer auch übernommen. Wir haben uns gegenseitig auf dem Laufenden gehalten. Ich habe dann vor allen Dingen mit Severin Fischer, aber auch mit Stephan Boy von der BEN Kontakt gehabt, und dann sind wir gemeinsam am Nachmittag zum Krisenstab der Stromnetz GmbH gefahren. Also wir beide haben uns von der politischen Ebene her darum gekümmert.

Noch mal: Sie haben zu dem Schutz der Kabelbrücken und neuralgischen Stände gefragt. Das haben viele hier auch gefragt. Herr Landeck hat das auch ausgeführt. Wir haben verschiedene neuralgischen Punkte. Wir haben auch viele Brücken in der Stadt, wo Kabel rüberlaufen, aber nicht alle von denen haben so eine hohe Priorität. Also nicht an jeder Kabelbrücke, wo ein Kabel über einen Fluss geht oder über einen Kanal, kann man so einen Schaden verursachen. Es gibt also sehr wohl eine Klassifizierung der neuralgischen Punkte, welche, wenn sie beschädigt werden, ganz massive Schäden verursachen, ganz viele Menschen betreffen und so weiter. Deswegen habe ich vorhin gesagt, wir haben im zweistelligen Bereich neuralgische Punkte, die ganz prioritär zu behandeln sind. Die werden im Moment von der Polizei geschützt, zusätzlich zu den Maßnahmen, die wir ohnehin machen. Viele von Ihnen haben gefragt: Was haben wir denn nach Adlershof gemacht? – Ich will an dieser Stelle noch mal betonen: Was ist nach Adlershof an zusätzlicher Sicherung geschehen? – In Adlershof sind die Endmasten beschädigt worden. Deshalb haben wir das ganze Thema der Endmastensicherung massiv ausgebaut, nicht nur die schwierigen Endmasten, sondern alle. Herr Landeck hatte es schon gesagt. Da, wo es ging, haben wir Videoüberwachung nach Adlershof eingeschaltet. 500 Prozent Steigerung der Videoüberwachung. Dass wir heute drei Viertel schon überwacht haben, hängt damit zusammen, dass wir nach Adlershof reagiert haben.

Wir haben die Bestreifung erhöht. Das war auch eine Frage von Jörg Stroedter: Ist denn jemals darüber nachgedacht worden, einen privaten Sicherheitsdienst anzusprechen? – Ja, selbstverständlich. Das ist der Regelfall. Unsere Anlagen werden bestreift, und zwar von privaten Sicherheitsdiensten. Wir haben Zaunanlagen. Die sind verstärkt worden. Wir haben Überkletterschutz. Wir haben teilweise auch mit entsprechendem NATO-Draht beschichtet. Da kann man überall gucken. Kann man das noch mal verstärken? Wir haben die Zaunanlagen verstärkt. Wir haben Tür- und Torsicherungen verstärkt. Wir haben auch an anderen Stellen schon mit optischer Sensorik, Videoüberwachung und auch mit thermischer und mechanischer Sensorik, mit Kontrollsystemen und mit Baustellensicherung zusätzlich gearbeitet. Das sind alles Dinge, die nach Adlershof eingeleitet worden sind. Man kann an jeder Stelle immer noch mal gucken: Geht noch eine Schippe mehr? Wenn ich eine normale Überkletteranlage habe, kann ich die Überkletteranlage noch mit NATO-Draht schützen? Kann ich den Zaun verstärken? Kann ich noch mehr Sensorik machen? Das kann man natürlich immer machen. Kann man die Bestreifung verstärken? All das haben wir nach Adlershof gemacht.

Was wir bisher nicht durften, deshalb auch die Frage, Herr Franco hat es auch gefragt: Wieso diskutieren wir denn erst jetzt über diese Videothematik? – Weil wir bisher im öffentlichen Straßenland sehr enge Einschränkungen hatten. Das wurde jetzt geprüft. Kann man nach ASOG hier noch mehr tun? Hätte man das da schon verändern können, oder ist das Datenschutzgesetz der richtige Weg? So wie es sich im Moment herausstellt, das ist aber in Prüfung, ist das Datenschutzgesetz der bessere Weg, um damit umzugehen. Da müssen wir aber

schauen. Das wird die Innenverwaltung jetzt machen. Wir hatten bisher im öffentlichen Raum in der Abwägung zwischen Datenschutz und entsprechender Überwachung immer ein Prä: Der Datenschutz ist höher. Im öffentlichen Raum an diesen Stellen keine Videoüberwachung. Wir müssen an dieser Stelle zu einer Neubewertung der Situation kommen, und die Neubewertung muss heißen, dass der Datenschutz nicht so hoch bewertet wird wie der Schutz der kritischen Infrastruktur. Nur dann kann man eine Freigabe bekommen. Bisher war das nicht so. Es braucht hier also eine Veränderung der Sichtweise. Wir würden das gerne machen. Bisher durften wir es nicht. Sobald wir eine andere Regelung haben, sind wir vorbereitet und können das machen. Wir haben in den letzten Monaten, wie gesagt, 500 Prozent Videoüberwachung schon ausgebaut, wo wir es durften. Das ist noch mal sehr wichtig an der Stelle.

Das Thema Transparenz ist von mehreren von Ihnen angesprochen worden. Es gibt eine Webseite, die überall zugänglich ist, flosm.org heißt sie. Dort können Sie sämtliche Stromnetzanlagen einsehen. Das ist natürlich für Berlin der Fall, aber auch für ganz Deutschland. Es ist sehr viel online verfügbar. Wir haben auch sehr viele Anforderungen, Dinge online zu teilen und Dinge online verfügbar zu machen. Man muss auch da in einen Abwägungsprozess kommen: Was muss noch zusätzlich transparent gemacht werden? – Das, was jetzt im Netz ist, ist sowieso im Netz. Aber bei den Anforderungen, die wir haben, auch von Bundeseite, noch weitere Informationen zu veröffentlichen, sind wir eher sehr vorsichtig. Wir sollten nicht noch mehr Informationen, die sensibel sind, ins Netz stellen, auch wenn es ein Transparenzbedürfnis an der Stelle gibt.

Herr Franco hat nach dem Resilienzkonzept gefragt. Kann das dem Parlament vertraulich zur Verfügung gestellt werden? – Das ist ein Senatsbeschluss, in der Tat sehr umfangreich. Wir haben ihn im vertraulichen Teil des Senats behandelt, weil dort kritische Informationen drin sind. Wir finden sicherlich einen Weg, das zur Verfügung zu stellen, aber das ist dann auch vertraulich im Datenraum, wie auch immer, zu betrachten. Natürlich können wir aber über unsere vertraulichen Kanäle, die wir sonst auch nutzen, Ihnen den Senatsbeschluss zur Verfügung stellen.

Ich würde gerne auf die Fragen von Jörg Stroedter eingehen. Warum wird das eine Prozent nicht geschützt? – Ich möchte dem ganz klar entgegenreten. Diese Aussage, das eine Prozent liegt da so rum und steht frei zur Verfügung und wird nicht geschützt, ist nicht der Fall. Dieses eine Prozent wird geschützt durch die Maßnahmen, die ich gerade benannt habe. Aber noch mal: Jeder Zaun, jede Überkletteranlage, jede Form von mechanischer Sicherung kann auch überwunden werden. Das ist natürlich, wenn man dafür keinen Bodenaushub braucht in fünf Metern Tiefe, leichter. Deswegen ist für uns der Punkt: Was können wir zusätzlich tun? Auch die Kabelbrücke war geschützt. Sie war eingehaust. Sie hatte einen dicken Zaun. Trotzdem sind die Leute rangegangen, von der Uferseite hochgeklettert, haben also eine hohe Hürde überwunden, mussten eine gewisse Sportlichkeit aufbringen, um diese Brandsätze zu platzieren. Für uns ist sehr wichtig, dass wir das hinbekommen.

Er hat es selber als populistisch bezeichnet, diesen schöne Satz: In der Ukraine geht das alles schneller, wieso hier nicht? – Ich möchte, und das habe ich in der letzten Woche auch sehr umfangreich gemacht, diesem populistischen Satz etwas entgegensetzen. In der Ukraine wie auch vielen anderen Ländern der Welt, auch in Indien kann man das sehen, auch in hochentwickelten Teilen von Jakarta/Indonesien, sind fast alle Leitungen oberirdisch. Sie haben dort teilweise an den Bäumen die großen Kabel hängen, und da kann man immer sagen: Wenn da

ein Kabel kaputtgemacht wird, ist es ziemlich easy, das schnell zu reparieren. Man wickelt ein neues und hängt es an den Baum. Vielfach selbst gesehen, egal, ob in Indien, in Sri Lanka, in Indonesien, wo auch immer findet man das. Wir haben hier eine andere Situation in Berlin, auf die wir stolz sind, 99 Prozent unter der Erde. Das gibt mehr Sicherheit, aber es gibt auch gleichzeitig einen höheren Reparaturaufwand. Wir haben hier bei uns diese Ölkabel- und Kunststoffkabelverbindungen. Es musste aufgebuddelt werden. Es musste ein Reinraum geschaffen werden. Es musste eine Plus-Grad-Erzeugung geschaffen werden. Es gibt nur sehr wenige Experten, die Öl- und Kunststoffkabel in dieser Größenordnung verbinden können. Das ist jetzt keine kleine Kabelverbindung, sondern das sind drei Meter lange Muffen, die einen Durchmesser von einem halben Meter haben. Das ist eine ganz andere Dimension. Ich schicke auch gerne noch mal an alle das Video. Ich habe die Baustelle gesucht, und der Betriebsleiter dort hat es noch mal erklärt. Die brauchen normalerweise 20 Tage für die Baustelleneinrichtung, 20 Tage für die Reparatur, fünf Tage für die Spannungsprüfung. Das ist jetzt quasi in fünf Tage insgesamt gepackt worden. Das hat alles Gründe. Das, was hier geleistet worden ist, kann man nicht schmälern, indem man sagt, woanders geht das alles schneller. Wir haben hier eine andere Situation. Wir haben Erdarbeiten gehabt. Wir haben Öl- und Kunststoffkabel gehabt. Wir haben bei uns eben nicht einen Leitungsverlauf, der quer durch die Straßen geht. Wir haben nicht überall Strommasten, sondern wir haben eine andere Situation. Das kann man nur immer wieder begründen.

Die Frage war auch: Welche Rolle hatte denn die Bundeswehr dabei? – Bei Stromnetz, bei der Reparatur der eigentlichen Baustellen hatte die Bundeswehr keine Rolle. Das haben wir mit unseren Experten von der Stromnetz GmbH gemacht und mit den Partnerunternehmen. Die Bundeswehr hat uns geholfen, an den Orten, wo Notstromaggregate eingesetzt waren, die Tanklogistik sicherzustellen, dafür zu sorgen, dass die Aggregate hingebacht werden, dass sie angeschlossen worden sind, dass das alles beaufsichtigt und betreut worden ist und dass die Dieselbetankung gelaufen ist. Das hat die Bundeswehr gemacht. Die eigentliche Reparatur der Kabel kann nur durch Fachexperten gemacht werden, und davon gibt es nicht so viele. Wir haben einen Experten, den habe ich selber kennengelernt, aus Hamburg geholt. Es gibt nicht mehr so viele, die Öl- und Kunststoffkabel verbinden können, weil es eine alte Technologie ist, und da gibt es deutschlandweit nicht sehr viele. Wir haben aus Österreich jemanden dabei gehabt, der mitgeholfen hat. Das kann die Bundeswehr in dem Fall nicht leisten, aber die Bundeswehr hat bei der Tanklogistik und bei den Notstromaggregaten unterstützt.

Was ist mit dem Krisenmanagement in den Bezirken? – Das gehört natürlich in den Katastrophenschutz der Innenverwaltung, die Zusammenarbeit dort. Da gibt es Unterschiede. Je nach Bezirk sind sie unterschiedlich gut aufgestellt. Das ist auch deutlich geworden. Da muss mehr geschehen, keine Frage, und da kann auch eine zusätzliche Ausstattung mit Personal erfolgen. Das ist etwas, was im Rahmen der Katastrophenschutzbearbeitung hergestellt werden muss. Für uns sind im Krisenmanagement der Stromversorgung die Bezirke nicht die ersten Ansprechpartner, sondern unsere KRITIS-Unternehmen, Stromnetz, BEW und NBB, die Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg fürs Gasnetz und natürlich die Wasserbetriebe.

Zum Thema Hotels: Es gab viel Diskussion darum. Das, was da gelungen ist, war etwas grundsätzlich Positives. Für alle, die keine Möglichkeiten hatten, gab es die Notunterkünfte im Rathaus Zehlendorf, auch im Cole-Sports-Center. Das sind kostenlose Notunterkünfte gewesen, die jedem sofort zur Verfügung standen. Auch wenn man nicht übernachten wollte, konnte man da aufladen, etwas Warmes trinken und sich aufhalten, einen Moment da sein und

sich mit anderen treffen. Das ist durch den Bezirk eingerichtet worden, auch in Absprache mit dem Senat. Dann war aber die Frage, am zweiten Tag, am Sonntag: Können wir nicht noch zusätzlich etwas machen? – Ich habe mit den Berlin Partnerhotels, mit dem DEHOGA Kontakt aufgenommen und gefragt: Könnt ihr nicht zusätzlich zu den Notunterkünften, die für alle kostenlos bleiben, wo es keine Frage von Leistbarkeit ist, etwas machen? – Dann haben die Partnerhotels mir gesagt, Stefan Athmann: Wir haben das auch schon überlegt und geklärt, was wir tun können. Die Überlegung ist, dass wir zum Selbstkostenpreis ab 70 Euro pro Doppelzimmer pro Nacht mit Frühstück, also 35 Euro pro Person eine Übernachtung anbieten, mit den Partnerhotels. – Bei den Partnerhotels sind 200 mit drin. Die haben natürlich unterschiedliche Preise, weil das vom Hostel bis zum Fünf-Sterne-Haus geht. Die Ansage war, keiner darf Gewinn machen, nur Selbstkostenpreis ab 70 Euro, in der Range maximal 90 Euro, Doppelzimmer mit Frühstück für zwei Personen. Wir hatten auch einige Hostels, die waren unter 70 Euro, die gesagt haben: Wir würden das machen. – Das war zusätzlich zu den Notunterkünften.

Die Frage war dann von den Hotels: Könnt ihr dann aber auf die City-Tax verzichten? – Das hat mich beschäftigt, wie wir das hinkriegen, denn eigentlich müssen wir die City-Tax nach Gesetz erheben. Wir haben dann aber mit dem Finanzsenator am Sonntagabend noch geklärt: Okay, wir können auf die City-Tax verzichten. – Das haben wir Sonntagabend veröffentlicht und haben gesagt: Sofort können alle zum Selbstkostenpreis buchen, zu unterschiedlichen Bedingungen, und die City-Tax wird erlassen. Das wird nicht aufgenommen und so weiter. – Es gab sehr viele, die sich darüber sehr gefreut haben, weil viele nämlich schon alleine in Hotels gegangen sind, wo es keinen Selbstkostenpreis gab, sondern andere Preise. Trotzdem hatten wir dann die Debatte: Warum ist es nicht für alle kostenlos? – Und dann gleich Thema Flüchtlinge und alles miteinander verbunden! Wir haben die Diskussion dann natürlich aufgenommen, aber ich konnte an dem Sonntag nur erreichen: Selbstkostenpreis und City-Tax wird erlassen. – Im Laufe des Montags hat dann der Finanzsenator entschieden, dass alle Kosten übernommen werden und dass wir – – Nein, das war noch in der Nacht zum Montag. Auf jeden Fall haben sich die Ereignisse überschlagen, und wir konnten dann entsprechend mitteilen: Ja, es ist gelöst. Der Finanzsenator sagt, der Bezirk kann es machen. Es wird über das Sozialamt erstattet.

Zum Thema: Wie bürokratiefrei geht das alles? – Wir haben uns darüber verständigt, die Leute müssen nur ihren Personalausweis und ihre Wohnanschrift bekanntgeben und die Hotelrechnung beim Sozialamt einreichen, damit sie nachweisen, dass sie wirklich aus dem Gebiet kommen, wo der Strom ausgefallen ist. Das muss man fordern. Dann wird das rückwirkend erstattet, auch für die, die vorher schon gebucht hatten. Deswegen war das die Möglichkeit, dass wir einen Weg gefunden haben zu sagen: Rechtlich können wir es möglich machen, dass Betroffenheit und Bedürftigkeit, es geht immer um Bedürftigkeit, nachgewiesen ist alleine durch die Tatsache, dass du im Winter bei Minusgraden in einer kalten Wohnung sitzt. Wenn du die Adresse nachweist, bist du bedürftig. Dadurch bist du betroffen, und dadurch können die Kosten übernommen werden. – Das haben wir auch mit dem Sozialstadtrat ins Steglitz-Zehlendorf abgeklärt. Er hat einen Wording dazu gemacht. Wir haben es bekanntgegeben: Die Kosten werden rückwirkend erstattet. Das Sozialamt kümmert sich darum, und wir haben diesen rechtlichen Weg.

Diese Prüfung war eine Situation, die wir so noch nicht hatten. Die hatten wir auch im September nicht, weil wir im September eine ganz andere Wärme draußen hatten. Da musste zu

Hause keiner frieren. Deswegen hat sich das gar nicht als so akut herausgestellt. Aber jetzt hatten wir die Situation, und wir haben das einmal rechtlich durchgeprüft, und beim nächsten Mal kann man ganz klar sagen, da machen wir es dann ganz genauso, und dann hat man schon den Weg. Die City-Tax wird nicht genommen. Die Leute bekommen die Kostenübernahme. Sie sind bedürftig, weil sie betroffen sind, wenn solche Außentemperaturen sind, sowieso schon. Das ist etwas, das haben wir jetzt einmal durch. Das war innerhalb von anderthalb Tagen geklärt. Das will ich auch noch mal sagen. Das war alles im Stundenverlauf, und wir hatten so einen Fall noch nie. Jetzt kann man sagen: Das hättet ihr gleich von Anfang an machen können. – Haben wir nicht, weil es diesen Fall so nicht gab und weil alle Beteiligten erst mal eruieren mussten: Können wir das? Ist das kostenübernahmefähig und so weiter? Das haben wir jetzt gelernt. Es hat funktioniert. Das kann man nächstes Mal wieder so machen. Das noch mal zu allen Hotelfragen!

Thema Gewerbe: Wir haben beim Gewerbe noch keine Anfragen betroffener Unternehmen. Es ist so, dass wir von der Akutheit der betroffenen Unternehmen – – Wir hatten auch 2 000 Gewerbe, die ohne Strom waren, aber es waren andere Gewerbe. Wenn Sie eine große Forschungskette haben, wenn Sie ein Halbleiterwerk haben, eine Produktion mit kühlpflichtigen Komponenten, ist es natürlich etwas ganz anderes, als wenn Sie einen kleinen Laden haben. In Zehlendorf sind die Gewerbestrukturen andere als am Wissenschaftsstandort Adlershof. Also der Schaden, der in Adlershof entstanden ist, geht in die zweistellige Millionenhöhe. Das ist, weil dort ganz viele Technologieunternehmen sind, die natürlich von dem Stromausfall in einer ganz anderen Größenordnung betroffen sind, als es hier im kleinteiligen Gewerbe in Zehlendorf der Fall war. Wir haben, was Großunternehmen anbetrifft, die KNAUER GmbH, die Hach Lange GmbH – die machen alle Medizinprodukte, wenn Sie das noch erinnern – und das GOERZWERK. Das waren die drei großen Betroffenen. Natürlich gab es viele weitere, die betroffen waren, aber nicht in dieser Dimension. Deswegen müssen wir jetzt erst mal schauen, wie das im Nachgang läuft, wie der Versicherungsschutz ist. Wir haben im Moment kein Hilfsprogramm in dem Sinne vorgesehen. Auch die Stromnetz GmbH kann den Schaden nicht erstatten. Insofern müssen wir jetzt mal abwarten, wie da die Reaktionen sind.

Noch ganz kurz zu Herrn Hansel und Herrn Bertram und den anderen Fragestellenden: Das mache ich zusammenfassend sehr kurz. Herr Hansel! Sie hatten gefragt: Welche Sicherungsmaßnahmen gab es vor dem Anschlag? – Das hatte ich erwähnt. Wir haben nach Adlershof die Sicherungsmaßnahmen hochgefahren. Natürlich gibt es zur Feststellung der neuralgischen Punkte Gefährdungsanalysen. Die gab es auch schon vorher. Dementsprechend werden Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen eingeleitet. Insofern ist es für uns schon so, dass wir uns nicht zu 100 Prozent vor solchen Anschlägen absichern können. Umso wichtiger ist es einzuschätzen: Wo sind die neuralgischen Punkte, die eines besonderen Schutzes bedürfen? – Das haben wir gemacht. Das ist erfolgt. Deshalb wissen wir auch, dass wir im zweistelligen Bereich solche Punkte haben. Ich kann und werde die hier auf keinen Fall benennen, weder von der Zahl her noch von den Orten, weil wir damit extrem sensibel umgehen müssen, damit wir nicht noch Anlockungsmechanismen haben. Aber wir machen diese Analyse. Und wir machen auch die Sicherheitsmaßnahmen entsprechend der Analyse. So ist es auch mit der Polizei besprochen. Was wir wollen, ist, so schnell wie möglich der Polizei wieder diesen Freiraum geben, dass sie das nicht mehr zusätzlich bewacht, sondern dass wir das technisch lösen. Ich hoffe, dass wir das in dieser Woche hinbekommen. Sobald wir das Go von der Innenverwaltung haben, sind wir am Start und machen das auch innerhalb weniger Tage. So ist es mit allen beteiligten Unternehmen besprochen.

Herr Bertram hat gefragt: Wie ist es mit dem Wissen und den Kenntnissen? – Wie gesagt, ich habe Ihnen die Webseite benannt. Es ist sehr viel verfügbar im Internet, und mit etwas krimineller Energie oder etwas mehr krimineller Energie kann man natürlich schon die Punkte – – Wir müssen davon ausgehen, dass diejenigen, die das waren, sich sehr hohe Kenntnisse und Wissen angeeignet haben über das, was an Informationen zur Verfügung steht. Insofern ist die Frage, wie jetzt alle Beteiligten zusammenarbeiten. Das haben Sie auch gefragt. Die Zusammenarbeit der Landesunternehmen ist sehr wichtig. Das machen wir auch. Wir haben Freitag einen gemeinsamen Krisenstab gehabt mit unseren drei wichtigen Infrastrukturbetreibern, also Stromnetz, NBB und BEW. Alle Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden, werden wir mit den drei Unternehmen zusammen machen, weil es mehrere neuralgischen Punkte gibt, an denen mehrere Unternehmen betroffen sind. Insofern werden wir zusammenarbeiten.

Zum Thema Mobilfunknetz: Wir haben beim Mobilfunknetz sehr viel mit Notstromaggregaten gemacht. Wir werden hier künftig auch noch mal schauen, wie man das künftig mit den Mobilfunknetzbetreibern standardmäßig durch Notstromaggregate schützen kann. Das wird ein Thema sein. Wir haben im gesamten Zeitraum Einschränkungen gehabt. Für uns war wichtig, dass die Notrufannahmestellen auch schon ab Tag eins zur Verfügung standen. Das ist mobil eingerichtet worden, auch mit der Polizei. Wir haben schon im vergangenen Jahr auch mit unserem Gigabit-Team, das mit uns die Gigabit-Strategie bearbeitet, darüber gesprochen, wie wir das hinbekommen können und das auch verbessert. Wir werden zukünftig noch stärker – – Es gab dann auch diese Cell-Broadcast-Geschichten, wo die Leute flächendeckend über Berlin informiert wurden. Wir werden also beim Thema Mobilfunk und Grundversorgung, die war auch schon früher hergestellt als der 7. Januar, noch mal zusätzlich in die weitere Sicherung gehen. Das ist für uns ein wesentlicher Punkt, wo wir noch mehr machen werden, als es bisher der Fall war.

Herr Wapler! Das war das Thema Adlershof, Vergleich. Wie hoch, das hatte ich schon gesagt, zweistellige Millionenhöhe. Wie gesagt, in Adlershof war der Schaden größer, weil es Unternehmen waren, die in der Produktion noch mehr auf diese hohe Stromversorgung angewiesen waren. Der Umsatz, den die in der Woche haben, ist in Millionenhöhe. Das ist bei den kleinteiligen Gewerben in Zehlendorf – – Die machen nicht in einer Woche eine Million Umsatz, also nicht die meisten. Bei den Großen ist es natürlich auch so.

Ansonsten, wie gesagt, das hat Herr King auch noch mal gesagt, die Unterbringung: Wir waren sehr froh, dass die Notunterbringung von Tag eins gewährleistet war, kostenlos für alle. Wir haben auch gesehen, nicht jeder wollte in die Turnhalle auf die Pritsche. Viele Leute haben sich anders organisiert. Das muss man auch sagen. Die Notunterkünfte waren nicht voll ausgelastet. Dann haben wir darauf aufbauend das Hotelangebot gemacht. Wie gesagt, daraus kann man lernen und sagen: Okay, das ist jetzt einmal geprüft, und sollte so was noch mal eintreten, dann kann man darauf zurückgreifen. Dann ist klar: keine City-Tax, Kostenübernahme wird gewährt. Wir können das über die Sozialämter machen. Dieser Prüfprozess, der anderthalb Tage gedauert hat, ist für alle nächsten Fälle vorweggenommen, und dann kann man immer sagen: Wir machen es so wie bei diesem Fall. Das war auch nur so besonders, weil es so kalt draußen war, weil wir mit jedem Tag Stromausfall sieben Grad weniger in den Wohnungen hatten. Im Sommer würde ich das auch anders sehen, denn im Sommer können die Leute in ihren Wohnungen bleiben. Da müssen wir sie nicht in Hotels bringen, es sei denn, sie sind auf Stromversorgung angewiesen wegen Beatmung oder sonst was. Ich glaube, man muss da künftig unterscheiden zwischen Sommer- und Wintersituation. – Das war jetzt erst mal zur Beantwortung in aller Kürze. Ich glaube, mehr kann ich jetzt nicht sagen. Den Rest muss Herr Landeck machen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Ich habe eine Frage gestellt, die Sie jetzt nicht beantwortet haben, nämlich die zur Abwesenheit von Herrn Dr. Landeck. Da hätte ich gerne – –

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich glaube, das kann er selber am besten begründen, denn er war auf einem Schiff, von dem er nicht so schnell runter konnte, am anderen Ende der Welt. Herr Landeck hat es sofort eingeleitet zurückzukehren. Aber ich will jetzt nicht auf die genauen Rückreiseabläufe von Herrn Landeck in mehreren Tausend Kilometern Entfernung eingehen. Das muss er selber machen.

Ansonsten will ich an dieser Stelle sagen: Herr Boy von der BEN und auch Herr Büllmann von der Stromnetz GmbH und der ganze Krisenstab, 170 Leute, haben – – Und es war auch der Kontakt hergestellt. Es war nicht so, dass er für uns nicht erreichbar war. Wir haben von Sekunde eins hier eine funktionierende Krisenmanagementabwicklung gehabt bei der Stromnetz GmbH, auch wenn Herr Landeck am anderen Ende der Welt auf einem Schiff war, wo er erst mal runter kommen musste. Das will ich an dieser Stelle noch mal sagen. Dafür ist zu jeder Sekunde Vorsorge getroffen worden bei der Stromnetz GmbH, und das kann man nachweisen, sekundlich, minütlich, dass dieses Krisenmanagement bei der Stromnetz GmbH erfolgreich und zu jedem Zeitpunkt gewährleistet war. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Es war noch eine Frage von Herrn Dr. King.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Ich hoffe, ich habe es jetzt nicht überhört, aber haben Sie etwas zu der Telefonkette im Senat gesagt, wann ruft wer wen an, und gibt es da irgendwelche Vorgaben?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Es ist festgelegt. Die Feuerwehr ruft die zuständige Innensenatorin an. Die Innensenatorin informiert die zuständige Senatorin und den Regierenden, in der logischen Sekunde nicht genau gleichzeitig, aber das hat ja funktioniert. Das ist der normale Weg. Also die Feuerwehr wendet sich an ihre zuständige Senatorin, und die zuständige Senatorin informiert dann alle weiteren, das ist auch so erfolgt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Herr Landeck, dann hätten Sie das Wort.

Dr. Erik Landeck (Stromnetz Berlin GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Viele Fragen sind tatsächlich nicht mehr übriggeblieben. Damit Sie das auch aus meinem Munde hören: Ich war in einer anderen Zeitzone. Deswegen hatte ich das Glück, als einer der Ersten überhaupt von der Störung was zu sehen. Wir bekommen bei jeder Störung automatisierte Meldungen auf unsere Handys. Die ersten Störungen kamen um 5.44 Uhr. Die meisten Berliner haben da noch geschlafen. Ich, wie gesagt, war in einer anderen Zeitzone und habe, noch bevor der Krisenstab zusammengerufen worden ist, bereits mit meinem Krisenstableiter Kontakt aufgenommen, weil die Auswirkungen der Störung zu diesem Zeitpunkt schon Größeres erahnen ließen, habe den Staatssekretär unmittelbar danach informiert, habe meinen Urlaub unterbrochen und, sobald die erste Möglichkeit war abzureisen, abgebrochen und bin zurückgeflogen. Es ist bedauerlich, dass so etwas genau in dieser Zeit passiert. Da ist man gerne von der ersten Sekunde an dabei, aber bestimmte Sachen lassen sich offensichtlich nicht planen.

Was sich aber planen lässt, Herr Taschner, ist, wie schnell wir und wann wir welche Konzepte zum Wiederversorgen machen. Wir haben bereits um 7.11 Uhr, der Krisenstab kam um 6.33 Uhr zusammen, mit der Erstellung von Konzepten für die Mittelspannungsprovisorien begonnen und hatten dieses Konzept für die Mittelspannung um 10.20 Uhr erstellt und um 10.37 Uhr den Tiefbau dafür. Mittelspannung geht schneller wegen anderer Tiefe und anderer Versorgungslogik. Für die Hochspannung hatten wir das Konzept dann um 13.21 Uhr fertig, haben den Tiefbau gestartet und um 14.51 Uhr die Öffentlichkeit zusammen mit der Senatorin, wie eben geschildert, über die Dauer informiert, und erst dann war klar, dass das bis in den Donnerstag hinein dauern würde.

Sie hatten auch die Frage nach der Priorisierung gestellt. Bei der Mittelspannung stellt sich die Frage nicht. Alle die, die über Mittelspannung versorgt werden können, werden versorgt. Das ist also eine technische Frage, und deswegen war fast zu 100 Prozent Lichterfelde wieder versorgt. Bei den Notstromaggregaten hätte man theoretisch eine Chance, diesen oder jenen zu versorgen. Tatsächlich war es so, dass mit der Feuerwehr zusammen eine Prioritätenliste erstellt worden ist, wer zu versorgen ist, und das waren Gesundheit und Pflege. Die wurden mit der Feuerwehr abgestimmt beziehungsweise die Feuerwehr hat uns die Prioritätenliste vorgegeben, und für diese Anlagen wurde dann ein Anschalten organisiert.

Sie hatten mehrere Fragen zur Transparenz, woher die Veröffentlichungspflicht kommt. Ich möchte Ihnen gerne drei Beispiele nennen. Beispiel Nummer 1: Der Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur, wo alle Unternehmen ihre Leerrohre reinmelden müssen. Dagegen klagen wir seit vielen Jahren, dass wir das nicht machen und haben bisher auch keine Daten veröffentlicht. – Beispiel Nummer 2: Genehmigungsverfahren, wenn wir in der Straße irgendwas bauen wollen. Dazu muss man auch Daten einreichen, wozu. – Funfact Nummer 3: Konzessionsvergabe. Auch da mussten jede Menge Zahlen, Daten und Fakten übergeben werden. Also es gibt und gab in der Vergangenheit aufgrund von gesetzlichen Grundlagen Notwendigkeiten, diese Daten zu übergeben. Sie werden gesammelt, und das Internet hat sie dann.

Zu den Gefährdungsanalysen: Ich möchte ganz kurz mal den Fokus weiten. Wir haben hier nicht nur Brandanschläge als Gefährdung. Die Bundesnetzagentur wird zusammen mit weiteren Gremien, wenn das sogenannte KRITIS-Dachgesetz beschlossen worden ist, eine deutschlandweite Gefährdungsanalyse durchführen, welche Gefährdungen in Deutschland überhaupt betrachtet werden sollen, und daraufhin werden dann die Netzbetreibenden und andere Kritische-Infrastruktur-Betreibenden ihre Analyse abstellen, also was als Ausgangsdatum, als Trigger überhaupt genutzt werden soll. Das haben wir noch nicht. Was wir aber schon haben, ist, wir haben eine Vielzahl anderer Gefährdungen, gegen die wir uns absichern.

Ich will nur mal kurz auflisten, was ich mir in wenigen Minuten jetzt noch mal aufgeschrieben habe: Wir haben Wachschatz. Wir haben Trassenbegehungen. Wir haben Videokontrollsysteme. Wir haben Zutrittskontrollsysteme mit Zwei-Faktor-Authentifizierung, damit keiner in unsere Umspannwerke hinein kann. Wir haben besondere Sicherheitstechnik für unsere sehr sensible Systemführung. Wir machen die Kabelnetzumstrukturierung – dazu sage ich gleich noch etwas –, um diese Georedundanzen zu schaffen. Das Freileitungsabbauprogramm, das wir haben, auch ein Millionenprogramm, dient auch zur Erhöhung der Resilienz. Wir haben Detektion zur Angriffserkennung in unseren technischen IT-Netzwerken, auch eine Vorgabe, die wir nach NIS 2 machen müssen, also ein Gesetz zur Sicherung der Infrastruktur. Wir haben regelmäßige sogenannte Penetrationstests. Wir bezahlen Leute, damit sie gucken, ob sie irgendwie von intern oder extern auf unsere IT-Systeme und vor allen Dingen auf die technischen IT-Systeme kommen, und bekommen dort nicht nur Hinweise, was wir verbessern können, aber auch die Aussage, dass wir in sehr großen Teilen schon sehr gute Vorsorge betrieben haben, dass wir sicherer sind als viele andere. All diese Punkte, plus zum Beispiel eine Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter, machen wir unabhängig davon, dass wir über Brandanschläge reden. Das heißt, das Thema Sicherheit ist viel größer. Somit ist die Frage, wogegen wir eigentlich unsere neuralgischen Punkte sichern – nicht nur gegen Brand, sondern gegen viel mehr Angriffe.

Haben wir jemals eine Maßnahme, die wir beschlossen haben, aus Kostengründen ablehnen müssen? – Nein. In unserer Wirtschaftsplanung sind Planungen zur Steigerung der Resilienz drin. Sie werden keinen Posten finden, das ist für Resilienz, denn dann könnte ich auch an jede Brücke schreiben, die ist neuralgisch, sondern im Rahmen unserer ganz normalen Ausbau- und Ersatzplanung haben wir diese Elemente drin. Ich kann Ihnen für zwei dieser Maßnahmen mittlerweile sagen, was wir ausgeben, denn jetzt sind die neuralgischen Punkte bekannt. Wir haben einen neuralgischen Punkt, den wir in Königsheide hatten. Das war der brennende Mast gewesen. Wir hatten einen zweiten neuralgischen Punkt bei der Kabelbrücke. Für Königsheide ist eine Entflechtung bereits seit 2022 vorgesehen gewesen, die 13,8 Millionen Euro kostet, und die Kabelbrücke in Lichterfelde ist seit 2019 schon dabei, die 24,6 Millionen Euro kosten wird. Das heißt, die Frage ist nicht, dass man hier mit wenig Geld schnell etwas erreichen kann. Das ist richtig viel Geld, das wir in die Hand nehmen. Das Geld ist aber da und eingeplant und dient nachher nicht nur der Erhöhung der Resilienz, sondern auch zur Erhöhung der Übertragungsfähigkeit des Netzes. Wir machen nichts nur aus einem Grund, sondern man kann das kombinieren.

Zur letzten Frage: Wie reichen die Mittel, und wird das von der Bundesnetzagentur anerkannt? Haben wir Anpassungsbedarfe? – Wir sehen im Augenblick nicht, dass die Mittel nicht reichen. Wir sehen auch nicht, dass die Netzagentur das nicht anerkennt. Was ich mit der Repriorisierung gemeint habe, ist: Wenn wir das bisher in unserer Netzplanung haben, müssen wir uns jetzt in der neuen Lage fragen: Macht es nicht Sinn, andere Projekte etwas langsamer zu machen und diese resilienzschaftenden Projekte etwas zu beschleunigen? Das meine ich mit Repriorisierung, also nicht neue Sachen erfinden, sondern die Sachen, die im Köcher sind, maximal zu beschleunigen.

Gerne antworte ich noch auf die letzte Frage: Wer repariert eigentlich so etwas? Wer kann so etwas? – Das sind unsere Kolleginnen und Kollegen. Der Grund, weshalb wir uns Unterstützung aus Hamburg, für die wir uns sehr bedanken, genommen haben, ist, dass wir hier erstmals zwei Lösungen gleichzeitig verfolgt haben. Franziska Giffey hat es ausgeführt. Das führt dazu, dass wir eine schnelle Lösung haben, egal von wem, wer zuerst da ist, und wir haben danach wieder N-minus-eins-Sicherheit. Aber an zwei Baustellen gleichzeitig zu arbeiten, das hat unsere Kapazitäten dann doch erschöpft, und so waren wir sehr dankbar über die befreundeten Hamburger, die uns sofort mit Mann und Maus und mit Muffen und anderen Sachen ausgeholfen haben. Einen herzlichen Dank von hier noch mal an unsere Hamburger Kollegen und viele andere Netzbetreiber, die uns mit Netzersatzanlagen ausgeholfen haben! – Vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Dr. Landeck! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht in der Runde. Dann frage ich noch mal den Senat. Gibt es noch einen weiteren Wunsch zur Stellungnahme? – Gibt es auch nicht. Dann schlage ich vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 2 a und b entsprechend der Praxis in diesem Ausschuss vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Wollen wir so vorgehen? – Ich sehe Einvernehmen. Dann verfahren wir so, und Punkt 2 a und b der Tagesordnung wird vertagt. – Herr Landeck! Wir möchten Ihnen sehr herzlich für die Zeit, die Sie sich hier mit uns genommen haben, danken und dass Sie die Fragen so umfassend beantworten konnten. – Vielen Dank!

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- | | |
|--|--|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs Neuausrichtung und Stärkung der Solarförderung (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0273 WiEnBe |
| b) Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 19/2607 Masterplan Solarcity: Zielklarheit durch verbindliche Ausbautzahlen | 0261 WiEnBe(f) Haupt UK |

Hierzu: Anhörung

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich Herrn Dr. Groba von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, den Leiter des Referats III, Erneuerbare Energien, Wärmepolitik, Energieaufsicht und Energietechnik, begrüßen, der uns gegebenenfalls für Fragen zur Verfügung stehen wird. Zu Punkt 3 liegt dem Ausschuss die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 8. Januar 2026 vor. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD sowie der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den Antrag auf Drucksache 19/2607 abzulehnen.

Dann haben wir auch hier wieder Anzuhörende, bei denen ich mich erst mal ganz herzlich bedanken möchte, dass Sie die Wartezeit für unser aktuelles Thema hier in Kauf genommen haben und alle drei noch an Bord sind. Vielen Dank! Ich begrüße als Anzuhörende Herrn Jochen Brückmann, Präsident des Verbands Deutscher Grundstücksnutzer e. V. – VDBG –, Herrn Michael Geißler, Geschäftsführer der Berliner Energieagentur GmbH, und Herrn Jonas Wegener, Leiter der Unternehmenskooperationen Balkonkraftwerke, Plan B 2030 e. V. Ihnen ein herzliches Willkommen und noch mal ein Dankeschön für Ihr Warten!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Absatz 7 Satz 4 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beantragt wird. Sehe ich darüber Einvernehmen? – Das sehe ich. Dann verfahren wir so.

Gibt es Begründungen des Besprechungsbedarfs durch die antragstellenden Fraktionen der CDU oder der SPD? – Das sehe ich bei der SPD und bei der Linken. Dann verfahren wir so. Dann als Erstes die Begründung!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank, Herr amtierender Vorsitzender! Danke, dass Sie übernommen haben! – Die Solarförderung in Berlin ist etwas, das uns schon über die ganze bisherige Legislaturperiode stark begleitet hat, und wir wissen auch, dass wir alle versucht haben, immer sehr gut dran zu bleiben. Ich glaube, dass sie eigentlich mit einem guten Erfolg gekrönt ist, denn wenn ich mich nicht irre, liegen wir schon bei ungefähr 55 000 Anlagen. Das ist nicht gerade wenig. Wenn wir allein auch große Dächer angucken wie zum Beispiel das Messegelände, oder wir schauen auf den Friedrichstadtpalast, soweit ich weiß, hat er sich auch auf den Weg gemacht, dann ist das schon sehr gut.

Die Stromerzeugung jetzt – wenn ich mich nicht irre, korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege! – liegt bei circa 5,9 Prozent. Die Zielsetzung, wissen wir, ist bis 2035 eigentlich mit 25 Prozent gewollt, und ich bin sicher, dass wir da ankommen. Wir wissen, dass die Förderung zwar gut ist, aber wir wissen auch, dass wir schneller werden wollen und diese großen Dachflächen brauchen. Die Balkonkraftwerke werden sicherlich noch ein Gesprächsthema heute sein.

Ich glaube, dass der Abbau von Bürokratie heute ein wichtiger Punkt ist, um nach vorne zu blicken, und natürlich ist eine Finanzierung immer wesentlich. Deshalb hat der Senat 10 Millionen Euro pro anno dafür eingestellt, 2026 und auch 2027, und das Parlament hat noch mal 3 Millionen Euro pro Jahr draufgepackt. Wir hoffen, dass wir mit diesen 13 Millionen Euro in das SolarPLUS-Programm reinkommen können. Ich glaube, dieser Masterplan ist für Berlin wirklich wesentlich. Wir haben gerade von dem Stromausfall gesprochen, jetzt reden wir davon, wie wir den Strom auf eine andere Art und Weise klimagerecht und klimaschützend weiter produzieren und das weiter ausbauen können. Es ist schön, dass Sie heute da sind, denn wir haben sicherlich alle noch ein paar Fragen dazu. Insofern freue ich mich auf die Anhörung. – Danke schön!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Dann bitte die Fraktion Die Linke.

Philipp Bertram (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von unserer Seite herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass Sie da sind. In Ergänzung zu dem, was die Kollegin gerade gesagt hat, freue ich mich, gehört zu haben, Sie wollen schneller werden, Sie wollen verbindlicher werden, und dazu passend haben wir den richtigen Antrag vorgelegt. Am Ende ist das Problem mit den 25 Prozent 2035, dass sich fortlaufend in der Vergangenheit und auch in der Mitte und in Zukunft die Bezugsgrößen verschieben werden, also die quantitativen Größen, und wir damit etwas herumeiern. Wir möchten Ihnen gerne Hilfestellung mit unserem Antrag geben, die Bezugsgrößen klar zu fassen, Ziele klarer zu definieren und damit unmissverständlich den Pfad zu beschreiten, den wir uns alle vorstellen und wünschen.

Insofern freue ich mich auch, wenn Sie darauf eingehen könnten, was Sie von dem Ansatz halten, die Bezugsgröße oder die Größenordnung prozentual wegzunehmen, verbindliche quantitative Zahlen festzuschreiben, die wir verbindlich erklären und an denen wir dann auch die gute Förderung, wie Sie sie gerade beschrieben haben, am Ende auch ausrichten, quantitativ messen und evaluieren können. – Vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank auch für Ihre Begründung! – Dann möchte ich dem Senat das Wort für eine einleitende Stellungnahme geben. – Bitte schön, Herr Dr. Fischer!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank für die Gelegenheit, unser neues Programm SolarPLUS, mit dem wir überarbeitet seit der vergangenen Woche am Start sind, kurz vorstellen zu können! Es ist bedauerlich, dass wir das mit ein bisschen Verzug machen, denn ich glaube, wir haben hier einiges Neues im Angebot, was nach unserer Ansicht die Solarförderung in Berlin noch mal erheblich verbessert und den Ausbau der Solarenergie in Berlin noch mal beschleunigt.

Frau Wolff hat es einleitend richtigerweise gesagt. Wir sind mittlerweile bei 55 642 Solaranlagen in Berlin, 485 Megawatt Peak. Damit könnte man rechnerisch 167 000 Haushalte in Berlin versorgen. Ich will das jetzt nicht ins Verhältnis zu dem setzen, was wir letzte Woche erlebt haben, aber dann können Sie quantitativ doch schon mal sehen, dass wir mittlerweile hier nicht in kleinen Größenordnungen unterwegs sind, sondern dass das einen tatsächlich erheblichen Anteil schon auch an der Stromversorgung ausmacht. Insgesamt sind das heute 5,9 Prozent der Stromerzeugung. Damit ist Berlin 2024 Solarmeister gewesen und hat den höchsten Zubau im Verhältnis zur Landesfläche geschaffen, und auch 2025 sieht es ganz gut aus, dass wir diesen Titel weiterhin behalten können.

Nichtsdestotrotz hat die Förderung über SolarPLUS in den letzten Jahren gut funktioniert. Wir stellen aber bei regelmäßigen Evaluierungen auch fest, dass wir uns doch noch mal bei der Zielrichtung an der einen oder anderen Stelle genauer anschauen müssen, was wir tun. Deswegen haben wir zwei Schlüsse gezogen. Der eine ist: Wir müssen gerade für diejenigen, die in Eigenheimen unterwegs sind, sich für eine Solaranlage mit Speicher entscheiden, einfacher werden. Das ist teilweise zu kompliziert gewesen. Die Wartezeiten bei der IBT bis zur Bearbeitung des Antrags sind zu lang gewesen. Wir haben teilweise ein bisschen starre Systeme, und deswegen haben wir zunächst mal die Entscheidung getroffen, wir teilen das Programm in zwei Unterprogramme, einmal in SolarPLUS S, also die Small-Version, die für Eigenheime, Ein- oder Zweifamilienhäuser gilt und die mit einem ganz einfachen und deutlich vereinfachten Antragssystem funktionieren soll, indem mit Pauschalen gearbeitet wird. Mit SolarPLUS S wird es sehr viel einfacher sein, eine Förderung zu bekommen. Die wird sich in Zukunft, auch wenn wir rein formal den Speicher dabei fördern, an der Größe der installierten PV-Anlage orientieren. Das bedeutet, umso größer Sie also Ihre PV-Anlage aufs Dach setzen, desto mehr Förderung bekommen Sie, auch wenn Sie rechtlich die Förderung für den Speicher am Ende, der dahinter steht, bekommen. Damit ist ein Anreiz gesetzt, Speicher gleichzeitig mit PV-Anlagen zu bauen. Das sollte auch aus Nachhaltigkeitsgründen das Ziel sein. Wie schon gesagt, wir werden damit auch kleinere Projekte fördern. Wir bieten Pauschalen für Zählerschränke und denkmalgerechte Solaranlagen an und folgen dem Ansatz, je größer die Solaranlage desto höher muss auch die Förderung sein.

Wir haben dann ein zweites Teilprogramm, das ist das Programm SolarPLUS L, also die Large-Version, und versuchen damit, vor allem Gewerbebetriebe, Mehrfamilienhäuser, Industrie und gewerbliche Akteure stärker zu adressieren. Dabei müssen wir natürlich das europäische Beihilferecht beachten und können deswegen nur mit Prozenten an der Förderung arbeiten, haben aber hier ein sehr viel mehr an den Bedarfen von Gewerbe orientiertes Programm aufgestellt. Das ist deswegen wichtig, dass wir hier noch mal einen Fokus legen, weil die Strecke zwischen den 5,9 Prozent heute und den 25 Prozent, die wir 2035 haben, doch ein ganzes Stück ausmacht. Wir haben gesehen, wir haben richtigerweise wahnsinnig viel Geld in die Steckersolarförderung gesteckt, aber natürlich kommt am Ende quantitativ, was die Leistung angeht, nicht ganz so viel dabei rüber, wie wir es bei großflächigen Solaranlagen hinbekommen. Deswegen ist hier der Switch, zum einen von der Anreizfunktion, die wir am Anfang gehabt haben, viel stärker zu der Versorgung auch quantitativ mit größeren Mengen in der Solarförderung einherzugehen.

Damit geht auch einher, dass wir zukünftig die Steckersolargeräte nicht mehr fördern werden. Wir haben im vergangenen Jahr schon eine Reduktion der Förderung um die Hälfte gehabt. Den Preisverfall oder die günstigeren Angebote sehen Sie, wenn Sie heute in den Baumarkt

kommen, auch schon teilweise im zweistelligen Bereich mittlerweile, den sie für eine Steckersolaranlage zahlen. Insofern ist bei der Förderung keine unmittelbare Notwendigkeit mehr da, hier auch noch mit öffentlichen Mitteln zu fördern, auch vor dem Hintergrund, dass uns der Landesrechnungshof kürzlich dazu ermahnt hat, bei der Förderung etwas unbürokratischer und zielgerichteter vorzugehen. Das trifft auch das.

Nichtsdestotrotz bekommen natürlich neben den Änderungen im Bundesrecht, die auch die Steckersolargeräte positiv befördert haben, auch in Zukunft Mieterstromprojekte, gemeinschaftliche Gebäudeversorgung weiterhin eine Förderung. Das ist auch möglich über SolarPLUS. Wir versuchen damit eben auch diese Zwecke in Zukunft zu erfüllen.

Es bleibt festzuhalten, Berlin ist eines der wenigen Bundesländer, die heute noch eine eigenständige Solarförderung beinhalten. Bei den Steckersolargeräten waren wir die einzigen zuletzt, die die noch gezielt gefördert haben. Wenn Sie sich andere Programme in anderen Bundesländern anschauen, dann wird gerne auf die Einspeisevergütung des Bundes verwiesen oder KfW-Kredite. Wir haben hier ein Programm, das investiert, mit dem Investitionen unterstützt werden. Das ist einzigartig. Ich bedanke mich auch beim Parlament noch mal für die zusätzliche Unterstützung. Wir hatten im Senatsentwurf 10 Millionen Euro pro Jahr vorgeschlagen. Das Parlament hat noch mal 3 Millionen Euro draufgegeben. Das ist eine auskömmliche Förderung mit 13 Millionen Euro pro Jahr. Das kann sich sehen lassen. Wir werden in Zukunft weiter daran arbeiten, natürlich auch noch unsere Wohnungsunternehmen dafür zu begeistern, dass das Recht auf den Anschluss einer Steckersolaranlage nicht nur in der Theorie besteht, sondern auch in der Praxis umgesetzt wird, und wollen natürlich auch mit Werbekampagnen und der Fortschreibung des Masterplans Solarcity darauf hinwirken, dass die öffentliche Wahrnehmung der Solarförderung besteht. Dazu dient auch das Programm Solar-Readiness, mit dem wir die öffentlichen Einrichtungen, die Bezirke dazu befähigen, diese Investitionen auch in Zukunft zu tätigen. Ich freue mich sehr über die Unterstützung hier aus dem Haus bereits im Vorfeld und freue mich auf die Anhörung.

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer! – Dann beginnen wir nun mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach folgt eine Runde, in der die Ausschussmitglieder ihre Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie nochmals die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Sie haben jetzt jeweils fünf Minuten, um eine Einführung zu geben. Wir verfahren in alphabetischer Reihenfolge, wenn das für Sie so weit okay ist. – Das ist okay. Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt Herrn Brückmann bitten zu beginnen.

Jochen Brückmann (VDGN): Sehr geehrter amtierender Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Vielen Dank für die Einladung und für Ihr Interesse an unserer Einschätzung zum neuen Förderprogramm SolarPLUS! Vielleicht auch bei dem dramatischen Jahresauftakt besonders wichtig, von meiner Seite noch ein frohes und gesundes neues Jahr und vor allen Dingen gute Entscheidungen hier im Hohen Haus!

Zu Beginn möchte ich – das ist jetzt auch schon angeklungen in den einleitenden Stellungnahmen – besonders und positiv hervorheben, dass die Solarförderung trotz der deutlich angespannten Haushaltslage in dieser Höhe fortgesetzt wird. Das ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man sich die Debatten um die Einspeisevergütung auf Bundesebene oder auch anschaut, wie es in den anderen Bundesländern ist. Nur 9 von 16 Bundesländern haben überhaupt noch

eine Art Solarförderung auf Landesebene. In Rheinland-Pfalz beispielsweise läuft die Solarförderung gerade komplett aus. Dass das gelungen ist – das ist auch schon gesagt worden –, liegt natürlich auch und ganz wesentlich an dem Engagement von Ihnen hier im Ausschuss als Ausschussmitglieder und auch vom Ausschussvorsitzenden. Dafür vielen Dank aus unserer Sicht!

Warum betone ich das? Warum ist mir das so besonders wichtig? – Weil eine kontinuierliche Förderpolitik natürlich nicht nur für beispielsweise die tägliche Beratungspraxis wichtig ist, sondern weil sie ganz grundsätzlich das Vertrauen der Bevölkerung, der Bürgerinnen und Bürger stärkt, die ich hier zu vertreten habe, in die Legislative und Exekutive, wenn es um dieses ganze Thema Energiewende geht. Für die Mitglieder unseres Verbandes, wir sind ein Zusammenschluss von Menschen, die in Einfamilienhäusern, Zweifamilienhäusern, Reihenhäusern wohnen, war das besonders wichtig, denn das sind Menschen, die selber in ihre Häuser, in die energetische Sanierung investieren und das selbst stemmen, das selbst vorfinanzieren. Es war auch deshalb besonders wichtig, dass diese Förderung so kontinuierlich gut fortgesetzt wird, weil seit 2023 gerade für diese Menschen, die in ihren eigenen Häusern leben, auch eine Solarpflicht in Berlin mit großer und fachlich guter Diskussion hier im Ausschuss beschlossen wurde.

Damals wurde eben versichert, dass diese Solarpflicht für Bestandsgebäude auch parallel durch ein Förderprogramm unterstützt wird. Diese Zusicherung ist mit diesem neuen Förderprogramm SolarPLUS eingehalten, und das ist, glaube ich, noch mal wichtig, das gerade in diesem Ausschuss zu betonen.

Einige Worte zu Art, Umfang und Höhe der neuen Förderung: Wir freuen uns für die Menschen, die nicht aus dem gewerblichen Bereich kommen und Solaranlagen bauen wollen, dass diese neue Richtlinie wirklich viel einfacher und transparenter geworden ist. Diese lineare Kopplung, also diese ganz einfache, wirklich sehr nachvollziehbare Kopplung der Förderung an die Leistung der Solaranlage plus natürlich auch einen Festbetrag für die Zählerschränke, die mal außen vorgenommen, macht es letztlich möglich, dass das einfach wird, nicht nur in der Beantragung, sondern einfach auch nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger, und das macht es zum Beispiel auch einfacher, nicht zu unterschätzen aus unserer Beratungspraxis, wenn es darum geht, als Mensch, der in einem Eigenheim wohnt, zu entscheiden, welche Solaranlage, welcher Anbieter denn der richtige ist. Ich weiß jetzt ziemlich genau, was da sozusagen an Förderung ist, habe da kein Gap und kann viel besser entscheiden oder auch argumentieren, was den einen oder anderen Anbieter betrifft.

Aktuell und auch für den Blick nach vorne möchte ich betonen, weil uns das als VDBG immer wichtig ist, dass durch diese Art Förderung – also Leistung der Anlage insgesamt mit dem Junktim Stromspeicher, ist klar –, das auch technologieoffener geworden ist. Das ist ja immer wieder ein wichtiger Punkt bei Subventionen oder gesetzlichen Vorgaben, also ein Wunsch zumindest für unsere Zielgruppe, dass diese Festlegungen technologieoffen sind. Das leistet dieses neue Förderprogramm ein Stück weit besser als das alte.

Ein Wort zu den Balkonkraftanlagen: Wir unterstützen natürlich nach wie vor auch die Installation von Balkonkraftanlagen, zum Beispiel durch regelmäßige Informationen in unseren Publikationen, Newslettern, Webseite, Veranstaltungen, Einzelberatungen, was Sie sich da so vorstellen können, denn für viele Eigenheimbesitzer und Eigenheimbesitzerinnen ist es so, dass sie durch diese erste Investition in eine kleine Anlage Teil der Solargemeinde werden und dann oft überzeugter den Schritt in eine größere Anlage machen. Das haben wir immer so argumentiert. So ist es auch nach wie vor in der Praxis.

Die bisherige Förderung war auch deshalb gerechtfertigt, wenn auch immer klar war – das war, glaube ich, uns und Ihnen allen hier im Ausschuss auch immer klar –, dass die Gesamtleistung der Balkonanlagen oder Steckeranlagen insgesamt sehr gering ist. Man muss sich das noch mal vergegenwärtigen, von 115 Gigawatt Leistung Solaranlagen in Deutschland entfallen rund 0,9 Gigawatt dann auf diese, ich glaube, es sind inzwischen über eine Millionen angemeldete Steckeranlagen – [Zuruf] – ja, es gibt bestimmt noch ein paar mehr, richtig –, dass das doch ein sehr geringer Anteil ist. Wenn es also – und so wurde es auch immer hier diskutiert – im Kern darum geht, möglichst viel Solarstrom an sich zu erzeugen, damit 2035 – wir glauben alle daran – die 25 Prozent Solarstromanteil in Berlin auch erreicht werden können, haben wir von unserer Seite aus natürlich Verständnis dafür, dass die begrenzten Mittel neu justiert – wir haben eben auch viel von Priorisierung in der vorherigen Diskussion gehört – und priorisiert werden müssen. Also unter diesem Gesichtspunkt ist es durchaus nachvollziehbar, dass Fördermittel anderweitig investiert werden müssen, zumal die bisherigen Fördermittel ja auch einen wesentlichen Zweck aus unserer Sicht erfüllt haben. Es gibt schon jetzt eine gewisse Marktdurchdringung und Kenntnis über Balkonkraftanlagen. Das ist auf

jeden Fall erreicht worden, und vorhin wurde schon gesagt, die Preise sind ja bekanntlich deutlich gesunken. Ein Ziel war ja auch immer, für die Bürgerinnen und Bürger stemmbare Preise zu haben, wenn es um Balkonkraftanlagen geht. Also diese Ziele sind ein Stück weit auch erreicht.

Wir werden auf jeden Fall immer weiter daran arbeiten, dass Berlin Spitzenreiter bleibt, insbesondere wenn es um die Solardichte geht. Das ist auch schon angesprochen worden. Wir haben in Berlin – gemessen an allen anderen Bundesländern – die höchste Solardichte. Ich habe hier bei mir noch 53 000 installierte Solaranlagen und 459 Megawatt Peak, können wir uns streiten, wenn es jetzt noch mehr geworden ist, umso besser. Was wir uns natürlich auch erhoffen, ist, dass wir auch bei den größeren Anlagen und auch bei den kommunalen Anlagen, also den Anlagen auf den kommunalen Dächern – da ist Berlin ja nicht schlecht –, weiterhin gut sind und dass es sozusagen gelingt – das ist für uns immer wichtig in der Argumentation auch bei Solarpflichtdebatten und so weiter –

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Herr Brückmann, Sie müssten langsam zum Ende kommen! Wir sind bei acht Minuten.

Jochen Brückemann (VDGN): Mein letzter Satz! –, dass man im Gleichklang zwischen kommunalen und privaten Investitionen da nach oben kommt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und stehe für vertiefende Fragen gern zur Verfügung!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Dann als Nächster bitte Herr Geißler!

Michael Geißler (Berliner Energieagentur GmbH): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Fischer! Auch ich freue mich, hier zu sein und im Übrigen auch der Diskussion im vorherigen Tagesordnungspunkt beiwohnen zu dürfen, es war doch an vielen Stellen sehr erhellend. Vielen Dank dafür! – Ich freue mich auch, heute zum Thema PV und Ausbau von PV wieder mal hier sprechen zu dürfen. Ich möchte also auch davon absehen, über die Berliner Energieagentur oder gar mich hier Worte zu verlieren, da ich ja auch im Mai schon mal hier sein und zu dem Thema in ähnlicher Weise sprechen durfte. Deshalb möchte ich gern anschließen an das, was Herr Brückmann gerade gesagt hat. An vielen Stellen, glaube ich, sind wir in der Einschätzung sehr deckungsgleich.

Zunächst einmal: Ich glaube sehr wohl, dass der Senat und vor allem Sie im Abgeordnetenhaus mit der Fortsetzung vom Programm SolarPLUS einen sehr richtigen und wichtigen Schritt getan haben, und herzlichen Dank dafür, dass das so geklappt hat bei allen Notwendigkeiten, die sich aus dem Haushalt insgesamt ergeben haben! Ich finde, das darf ich, glaube ich, nicht nur für die Berliner Energieagentur sagen, sondern für einige Marktteilnehmer, dass, was Sie mit dem SolarPLUS und dessen Novellierung vorhaben, geht genau in die richtige Richtung, zunächst erst mal eine Vereinfachung. Ich kann Ihnen sagen, das ist jetzt vielleicht ein Stück weit auch aus der eigenen privaten Sphäre gesprochen, ich habe selbst im letzten Jahr mal den Selbsttest gemacht, nämlich für ein Einfamilienhaus, das ich bewohne, einen Antrag gestellt und war auch dann am Ende glücklich, den genehmigt bekommen zu haben. Ja, es ist richtig, eine Vereinfachung unter den gegebenen – von Herrn Brückmann schon geschilderten – Gesichtspunkten ist in jedem Fall hilfreich, um Einfamilienhausbesitzerinnen und -besitzer schneller an Solar und an Speichertechnologie heranzubringen, als es bisher der Fall war. Da ist auch noch ein deutliches Potenzial.

Aus beruflicher Perspektive möchte ich Ihnen aber vor allen Dingen sagen, dass ich es für richtig halte, dass der Fokus im neuen Programm auch auf große Flächen ausgerichtet ist und dass dort im Zweifelsfalle auch zwei Dinge berücksichtigt sind – und das möchte ich auch hervorheben –, dass es darum geht, dass Peripheriekosten auch förderfähig sind. Ich habe das an anderen Stellen immer wieder gesagt, eine PV-Anlage an sich ist eine tolle Sache, aber wenn die Elektrik des Hauses nicht flottgemacht wird und dafür die entsprechenden Kosten angefasst werden, geht gar nichts, und das schreckt immer noch eine ganze Menge Menschen ab. Es ist aber wichtig, dass die Förderung genau an dieser Stelle auch ansetzt.

Aus Sicht der Energieagentur möchte ich natürlich auch sagen, dass es an vielen Stellen einen Beratungsbedarf gibt, und insofern ist es richtig und wichtig, dass Machbarkeitsstudien weiterhin gefördert werden. Ja, im kleinen Bereich, wo kleine Anlagen spezifisch höhere Kosten haben, ist der Aufwand dort ein Stück weit höher, aber nichtsdestotrotz, dass es diese Förderung weiterhin gibt, ist gut.

Ich habe schon darüber gesprochen, dass ich die Anhebung von maximalen Fördersummen für richtig halte. Das hilft sicherlich auch insbesondere bei der Peripherie. Rundum gesprochen: So wie das Programm jetzt neu designed und vor dem Start steht, sind wir – das hören wir auch aus dem Markt – sehr positiv gestimmt, dass die PV und die Entwicklung der PV so positiv, wie sie sich ja in den letzten Jahren dargestellt hat, auch weitergehen kann.

Das hängt allerdings – und das möchte ich an dieser Stelle nur sagen – natürlich auch davon ab – und das hat Herr Staatssekretär Fischer ja auch gesagt –, dass die Entwicklung insgesamt natürlich noch werblich aus meiner Sicht, also im Sinne von Marketing, auch im Sinne von breiter fachlicher Unterstützung, gezielt unterstützt wird. Ich habe den Eindruck – und das erleben wir immer wieder –, ja, ein Stück weit Förderung im Sinne von Geld zu bekommen, ist ein guter Punkt, aber zu wissen, wo ich wann was kriege, ist ein ganz entscheidender Punkt, um Menschen, die ja am Ende doch investieren müssen trotz Förderung, ist ja vollkommen klar, zu so einer Entscheidung zu bringen.

Zu Balkonkraftanlagen möchte ich jetzt nicht wirklich etwas sagen und die letzten paar Sekunden darauf verwenden, dass ich noch auf einen Punkt hinweisen will. Sie haben ja schon eine Frage vorweg gestellt im Hinblick darauf: Brauchen wir eine quantitative Zielsetzung, oder können wir mit einer relativen Zielsetzung weiterhin leben? – Eine quantitative Zielsetzung mag helfen, ich kann das nicht abschließend beurteilen, aber was ich abschließend oder zum Stand heute beurteilen kann, ist, dass wir bei den Ausbauzahlen, die wir brauchen, egal ob nun quantitatives Ziel oder eben ein relatives Ziel, wie wir es heute haben, unbedingt die richtigen Rahmenbedingungen aus dem Bund brauchen. Berlin ist und bleibt vermutlich eine Mieterinnen- und Mieterstadt, und die Zukunft der PV im Sinne der großen PV liegt in Berlin auch auf Mietwohngebäuden, das heißt im Wesentlichen müssen wir Mieterstrom erzeugen. Wir haben aber aktuell die Situation, dass wir durch die Gesetzgebung des EuGHs und bestätigt auch durch den BGH die Situation haben, dass schon bestehende Anlagen infrage stehen, weil der Betrieb von sogenannten Kundenanlagen – Sie müssen sich das vorstellen, all das, was nach der Hausübergabestation im Haus und gegebenenfalls auf dem Gelände installiert ist – zukünftig wohl nicht mehr von dem Errichter oder dem Eigentümer der PV-Anlage betrieben werden kann, sondern möglicherweise einen speziellen Dienstleister braucht mit Netzeignungspflichten und entsprechenden Rechten, aber die Pflichten sind es ja in jedem Fall.

Das macht heute, seit es dieses Urteil gibt, seit 2025, erhebliche Probleme und führt dazu, dass die Bundesnetzagentur und damit natürlich auch die Verteilnetzbetreiber entschieden haben, entsprechende Anlagen, wie sie bestehen, nur noch für die nächsten drei Jahre unter diesen Gesichtspunkten bestehen zu lassen, ohne weitere Auflagen, und dass neue Anlagen gar nichts ans Netz gehen können.

Das heißt, sie können eigentlich nur ein Haus, mit wie viel Wohnungen auch immer, über eine im Haus vorhandene elektrische Verbindung als Mieterstrom betreiben und nicht mehr mehrere Häuser, die auf dem gleichen Grundstück liegen und die dann im Zweifelsfalle eine höhere Abnahme an Solarstrom erzeugen, damit ja letzten Endes netzentlastend sind und mehr PV aufs Dach bringen. Genau das ist ein wesentlicher Casus knacksus, den ich hier an dieser Stelle ansetzen will. Ich weiß, wir sind in Berlin, und wir sind im Berliner Parlament, aber ich werde nicht müde, an dieser Stelle auch zu sagen – ich weiß ja auch, dass die Wirtschaftsverwaltung, die Energieverwaltung dort auf dem Weg ist –, aber genau das brauchen wir, um all das, was wir hier an Berliner Förderungen, was Sie möglich gemacht haben, tatsächlich unter die Berlinerinnen und Berliner zu bringen. – In diesem Sinne, vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Geißler! – Dann bitte als Nächster Herr Wegener!

Jonas Wegener (Plan B 2030 e. V.): Danke schön! – Ich habe Bilder mitgebracht. Ich bin Jonas Wegener vom Verein Plan B 2030 Berlin. Ich bin wahrscheinlich nicht ganz so bekannt wie die Berliner Energieagentur, darum sage ich ein paar Worte, damit Sie später wissen, welche Fragen an mich gestellt werden können.

[Es werden mehrere Folien gezeigt.]

Wir haben das Ziel, Berlin sicher, sozial und klimaneutral zu machen. Bis Adlershof wusste niemand, was wir eigentlich bei unseren drei Brandings mit „sicher“ meinen. Wir unterstützen deshalb Berlinerinnen und Berliner auf dem Weg zum Steckersolargerät. Das heißt, für uns ist natürlich traurig, dass die Förderung eingestellt worden ist, und darum möchte ich die Chance nutzen, hier noch ein paar Sachen zu erklären.

Das eine ist, wir haben eine App entwickelt, die mit KI aus neuen Fotos vom Balkon eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erstellt. Wir haben in den letzten zwei Jahren in Berlin mehr als 100 Workshops und Veranstaltungen mit Beratung zum Thema Steckersolar organisiert, und wir haben dabei über 1 500 Berlinerinnen und Berlinern geholfen, die SolarPLUS-Fördergelder für ihr Steckersolargerät zu beantragen, und wir arbeiten gerade daran, den Genehmigungsprozess mit den landeseigenen Immobilienunternehmen zu vereinfachen. Wir haben dabei festgestellt, dass die Nutzerinnen und Nutzer unser App mit einem Steckersolargerät durchschnittlich 200 Euro im Jahr an Stromkosten sparen können. Wenn man jetzt die Aussagen zu den aktuellen Preisen hört, müsste man sich ja fragen, was den Berlinerinnen und Berlinern noch im Weg steht. Wir sind uns ziemlich sicher, das sind zwei Sachen, und zwar ist das einmal, die Genehmigung vom Vermieter zu bekommen, und das Zweite sind die Investitionskosten.

Fangen wir mal mit den Kosten an! Wir haben von Frau Giffey und auch gerade eben noch mal in der Einleitung gehört, angeblich gibt es im Baumarkt Steckersolargeräte für 100 Euro.

Das sind keine seriösen Angebote, das ist völlig veraltete, zwei, drei Jahre alte Technik, teilweise mit gefälschten Zertifikaten, das sind keine seriösen Preisangaben. Wenn man sich anschaut, was seriöse Auswertungen ergeben, selbst eine einfache Anlage ist im Bereich 400, 450 Euro, eine etwas intelligenter Anlage, die eventuell auch krisenresilient mit einem Speicher ist, da sind wir bei über 1 000 Euro, 1 200 Euro, 1 600 Euro, das ist der Durchschnitt. Also 99 Euro ist absolut keine seriöse Preisangabe. Die gibt es im Markt, aber das ist nicht seriös.

Ein funktionierendes System besteht in der Regel aus ein oder mehreren Photovoltaikmodulen, einem Wechselrichter, sicherer Halterung – da komme ich gleich noch mal zu –, Anschlusskabel, Stecker, ganz wichtig für die ganzen Mieterinnen und Mieter hier in Berlin, eine passende Außensteckdose, optional ein Speicher und gegebenenfalls weitere Komponenten, die Vermieterinnen und Vermieter oder die eine intelligente Einrichtung fordern.

Für Mieterinnen und Mieter der ungefähr 800 000 Altbauwohnungen in Berlin kommen zusätzliche Kosten von ungefähr 300 bis 600 Euro ins Spiel, wenn es um die sichere Halterung geht. Bis August 2025 gab es überhaupt keine Möglichkeit, an einer gemauerten Balkonbrüstung ein Photovoltaikmodul anzubringen, was vom Vermieter genehmigt worden wäre. Dazu kommen weitere Kosten durch Anforderungen, um die Genehmigung der Vermieter zu erhalten. Ich weiß nicht, wer von Ihnen die extra-3-Ausgabe gesehen hat, wo es um ein schon gefördertes Balkonkraftwerk ging, was acht Monate lang gedauert hat, um am Ende keine Genehmigung dafür zu erhalten. Hier ist es wichtig, dass gerade die LWUs dazu angehalten werden, es möglich zu machen. Es gibt da sehr große Kostenbeiträge, die da aufgerufen werden, zum Beispiel durch die Fachprüfung eines Stromkreises durch Elektrikerinnen und Elektriker. Ganz besonders wichtig ist die Nachrüstung einer Außensteckdose, weil kostengünstige Fensterdurchführungen mit Flachkabel nicht genehmigt werden. Das sind Preise zwischen 1 000 und 5 000 Euro, die teilweise entstehen, wenn die Hauselektrik für eine Außensteckdose angefasst werden muss. Das mit den 5 000 Euro ist jetzt ein Extrembeispiel, aber 1 000, 1 500 Euro sind normal.

Viele Vermieterinnen und Vermieter werden in Zukunft nur noch Geräte genehmigen, die der neuen Produktnorm 0126-95 entsprechen. Das ist die Produktnorm, die im letzten Dezember veröffentlicht worden ist. Die sieht allerdings eine Systemprüfung vor, das heißt, es ist damit zu rechnen, dass es eine Preissteigerung gibt, weil die Händler diese neue Systemprüfung wahrscheinlich an die Endkunden weiterreichen werden. Wer Glück hat, eine Außensteckdose schon zu haben, braucht trotzdem, um diese nach der neuen Norm nutzen zu können, neue Schutzkontaktstecker mit Berührungsschutz, mechanischer Abschaltung und so weiter. Allein diese Stecker kosten fast 100 Euro.

Die Politik muss berücksichtigen, nicht der Baumarktpreis einzelner Komponenten ist entscheidend, sondern der Systempreis und der Zugang. Der Systempreis liegt weit über 100 Euro, und der Zugang wird von diesen ungefähr 20 Unternehmen hier in Berlin kontrolliert. Also wir haben 20 Immobilienunternehmen, die ungefähr 750 000 Wohnungen besitzen, und da haben wir die sechs LWUs plus Berlinovo, die eben 380 000 Wohnungen verwalten und hier ganz großen Einfluss haben, ob Berliner Mieterinnen und Mieter überhaupt eine Genehmigung erhalten.

In den letzten Jahren, wenn man sich das Marktstammdatenregister anguckt, also nicht die genehmigten Förderungen, sondern die Inbetriebnahmen, das habe ich gerade letzte Woche für das Jahr 2025 ausgewertet: Insgesamt haben wir 25 000 in Betrieb genommene und gemeldete Anlagen, darunter sind 24 000 in Betrieb und ungefähr 1 000 in Planung, und man sieht hier auch noch mal über die Jahre, tatsächlich ist das im letzten Jahr nicht exponentzial gewachsen, wie vielleicht die einen oder anderen gehofft haben, also wir hatten 2024 über 9 000 in Betrieb genommene Steckersolaranlagen, und das ist dann im Jahr 2025 leicht gesunken. Wenn man aber eine Detailbetrachtung vornimmt und sich die Bezirke anguckt, wo die Steckersolargeräte in Betrieb genommen worden sind, dann sieht man eine Sache ganz deutlich: Bisher sind sie vor allen Dingen in den Außenbezirken mit sehr vielen Einfamilienhäusern zu finden. Berlin ist aber eine Mieterinnen- und Mieterstadt, und 84 Prozent der Berlinerinnen und Berliner leben zur Miete, wir haben das gerade eben schon mal gehört, und wenn man jetzt Bezirke wie Neukölln sieht, die sind genau getrennt, Nord- und Südneukölln, da, wo die großen Mietskasernen und Mietblöcke sind, da gibt es fast keine Anlagen, und da, wo es ein paar Einfamilienhäuser gibt, da gibt es dann die Anlagen, die errichtet worden sind.

Wir fordern deshalb tatsächlich: Das Eckige muss auch ins Runde! Wir setzen uns für eine Fortführung der Förderung mit angepasster Logik und Förderhöhe ein. Wir verstehen total, dass der Verwaltungsaufwand für die bisherige Förderung von Steckersolargeräten in Höhe von 250 Euro in keinem Verhältnis zur Einzelfallbearbeitung steht. Aber die Förderung von Steckersolargeräten stellt unserer Meinung nach ein wesentliches Instrument für einen sozialgerechten Klimaschutz in der Mieterinnen- und Mieterstadt Berlin dar.

Deshalb schlagen wir zwei Möglichkeiten vor, die mehr den realen Kosten entsprechen und gezielt Wirkung entfalten können: Das eine ist die Rückkehr zu einer Förderhöhe von 500 Euro oder die Förderung von 50 Prozent der Fördersumme bis maximal 1 000 Euro, wenn intelligente Kleinspeicherlösungen einbezogen werden, denn die Stromausfälle seit September und jetzt im Januar haben gezeigt, dass Solaranlagen notstromfähig sein sollten, aber die meisten Anlagen schalten sich logischerweise bei einem Netzausfall aus Sicherheitsgründen ab. Das gilt natürlich auch für alle Steckersolargeräte. Aber das lässt sich mit einigen technischen Anpassungen ändern, zum Beispiel ein inselfähiger Speicher, der den Stromausfall merkt und in einen autarken Modus geht, oder noch einfacher, ein Speicher mit integrierter Off-Grid-Steckdose, an der man die wichtigsten Verbraucher wie kurzzeitig Kühlschrank, Licht, Router oder Handyladegerät betreiben kann.

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Herr Wegener, Sie müssten auch langsam zum Schluss kommen!

Jonas Wegener (Plan B 2030 e. V.): Alles klar! – Mir ist natürlich vollkommen klar, dass die Steckersolargeräte im Berliner Winter nur einen absoluten Bruchteil des Sommers leisten können, aber entscheidend ist es dann eben doch, das habe ich an persönlichen Kontakten gespürt, eine Berliner Familie könnte mit einem Steckersolargerät trotzdem drei bis vier Smartphones pro Tag aufladen und dann mit internetunabhängigen Apps wie BitChat trotzdem in einem Krisenfall weiter kommunikationsfähig sein, und genau deshalb ist es wichtig, dass es bei der Förderung nicht nur um Flächeneffizienz geht, sondern, wenn es auch um Krisenresilienz geht, sollten auch die 84 Prozent Berliner Mieterinnen und Mieter einbezogen und geschützt werden.

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Wegener! – Damit kommen wir zur Aussprache. – Die erste Wortmeldung ist von Herrn Hansel.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute zwei Initiativen, die auf den ersten Blick unterschiedlich erscheinen mögen, in ihrem Kern jedoch dasselbe Problem teilen, die Fortschreibung einer energiepolitischen Illusion. Herr Geißler, Sie kennen ja unsere Auffassung, aber ich muss es immer wieder sagen, denn hier steht es quasi vier zu eins zu diesem Problemfeld, insofern ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass man diesen Standpunkt einfach auch einbringt.

Sowohl der Antrag von CDU und SPD zur Neuausrichtung und Stärkung der Solarförderung als auch der Antrag der Linksfraktion zum Masterplan Solarcity folgen einem bekannten Muster: mehr Förderung, mehr Zielzahlen, mehr politische Steuerung bei gleichzeitiger Ausblendung der physikalischen, ökonomischen und systemischen Realität.

Erstens, Solarenergie ist kein steuerbares Systemelement. Photovoltaik ist eine volatile, wetterabhängige Energiequelle. Sie haben es ja selber gerade gesagt, im Winter passiert da gar nichts. Sie liefert Strom dann, wann sie will, nicht dann, wenn das System ihn braucht. Berlin ist weder ein Hochsonnenstandort noch ein Industrieland mit niedriger Grundlast. Trotzdem wird hier so getan, als ließe sich durch politische Zielvorgaben ein stabiler Beitrag zur Versorgungssicherheit erzwingen. Wir wissen von Herrn Landeck, dass fast 80 Prozent des Stroms für Berlin von außen kommen. Egal, was wir hier an Solar produzieren, es hat überhaupt keine Relevanz für das Thema Klimaneutralität, das spielt überhaupt keine Rolle, und wir wissen, wenn Dunkelflaute ist, muss das mit Gaskraftwerken kompensiert werden, mit Kohleausstoß und dem ganzen Kram, was dazugehört. Das ist alles eine Illusion.

Das ist nicht nur technisch fragwürdig, sondern auch energiepolitisch irrig, denn jeder zusätzliche Solarzubau verschärft die Mittagsüberproduktion im Sommer, das hatten wir übrigens in Spanien. Das ist auch bekannt, dieser große Blackout, den es da gegeben hat, der hat genau damit etwas zu tun. Das ist die Netzinstabilität, der Bedarf an teuren Ausgleichsmaßnahmen, wir wissen, wir haben pro Jahr seit 2019 etwa 8 Milliarden Euro wegen der Eingriffe ins Netz. Früher waren es vielleicht zwei, drei, fünf, sechs, sieben Eingriffe pro Jahr, jetzt haben wir bundesweit über 20 000 Eingriffe im Jahr und letztlich die Kosten für Verbraucher und Unternehmen. Wir sind nicht gegen Solarenergie, wer das in seinem Eigenheim machen möchte, wie es ja am Stadtrand passiert, kann das gerne machen, aber es ist keine Staatsaufgabe, das zu fördern.

Solarstrom wird nicht deshalb ausgebaut, weil es sich rechnet, sondern weil er politisch gewollt ist. Das Ergebnis kennen wir: steigende Umlagen, steigende Netzentgelte, steigende Strompreise, sinkende Standortattraktivität. Berlin leidet bereits heute unter hohen Energiepreisen, unter Abwanderung von Industrie und unter einer dramatischen Investitionszurückhaltung, und die Antwort der Koalition lautet erneut: mehr Förderung, mehr Planwirtschaft, mehr Staat. Wenn man sich mal die 13 Millionen anguckt, das ist im Verhältnis zu den Milliarden, die Berlin wirklich brauchte, um klimaneutral zu werden, das sind fast 100 Milliarden in den nächsten Jahren, wirklich völlig grotesk.

Drittens, der Masterplan Solarcity ist reine Symbolpolitik. Der Antrag der Linksfraktion treibt diese Entwicklung auf die Spitze, verbindliche Ausbauraten, politisch gesetzte Zielpfade,

ideologisch motivierte Vorgaben ohne Rücksicht auf Netzkapazitäten, Speicherrealität oder Systemkosten. Das ist kein Masterplan, das ist, na ja – – Ich habe mir hier mal aufgeschrieben, Herr Kollege: Zielzahlenfetischismus. – [Philipp Bertram (LINKE): Den habe ich, ja!] – Ja? Genau! Man legt fest, wie viel gebaut werden soll, ohne beantworten zu können, wohin der Strom fließt, wie er gespeichert wird, wer die Kosten trägt und wie die Versorgungssicherheit bei der Dunkelflaute gewährleistet bleibt. So wird Energiepolitik zur Simulation von Handlungsfähigkeit.

Viertens, Energiewende ohne Industrie ist kein Fortschritt. Die Wahrheit ist unbequem, aber eindeutig: Eine hochindustrialisierte Volkswirtschaft kann nicht auf wetterabhängige Energieerzeugung basieren. Wer Grundlastfähigkeit opfert, wer steuerbare Kraftwerke verteufelt, wer Kernenergie ausschließt und fossile Optionen verteuert, der nimmt Deindustrialisierung bewusst in Kauf. – Frau Kollegin, ich weiß, Sie mögen das gar nicht, aber genau das geschieht hier auch in Berlin! – Diese Anträge stehen exemplarisch für eine Energiepolitik, die Ziele vorgibt, aber keine Lösungen liefert, die Ideologie über Technik stellt und die Kosten externalisiert, während sie sich moralisch auflädt.

Wir als AfD lehnen diesen Kurs ab und fordern technologieoffene Energiepolitik, eine Rückkehr zur Versorgungssicherheit, eine Begrenzung staatlicher Förderexzesse und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse, bevor neue Ausbauziele beschlossen werden. Wir brauchen keine weiteren Solarphantasien. Wir brauchen bezahlbaren und verlässlichen Strom und endlich energiepolitische Vernunft. Im Übrigen sieht das – und da gucke ich auf die Kollegen der CDU schräg gegenüber – Ihre Bundesenergieministerin Frau Reiche ganz genauso, die ist auch gegen diese private Förderung. – Insofern bedanke ich mich ganz herzlich und habe keine weiteren Fragen!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Hansel! – Dann ist als Nächster Herr Bertram dran.

Philipp Bertram (LINKE): Erst mal vielen Dank auch für Ihre drei Stellungnahmen und die Berichte, die Sie abgegeben haben! – Zu Letzterem und unserem Antrag, dem letzten Wortbeitrag, kann ich nur sagen: Na ja, man braucht die Zielzahl am Ende ja nicht zu verteufeln. Was aber hier offensichtlich ist, ist am Ende ein Modus, den wir seit mehreren Jahren inzwischen verfolgen, und ich schaue auch mal in Richtung Senatsverwaltung, dass uns einfach mit dem Verfolgen eines prozentualen Ziels unser quantitativer Wert immer wieder davonläuft.

Jetzt schütteln Sie den Kopf, aber die Bezugsgrößen ändern sich die ganze Zeit, und die Widersprüchlichkeit haben Sie in Ihren eigenen Berichten gemerkt, das ist hier seit knapp einem Jahr im Ausschuss immer wieder Thema gewesen, mein Vorgänger hat es mehrfach angesprochen, was ja am Ende der Hintergrund war, das mal festzuschreiben und zu sagen: Wir brauchen hier einen klareren Pfad, den wir auch verfolgen können.

Insofern halten wir an dem Antrag fest. Ich würde mich auch noch mal freuen, wenn es dazu tatsächlich eine andere Meinung aus der Senatsverwaltung gibt, ob Sie vielleicht noch mal auf den Antrag genauer eingehen könnten, warum er aus Ihrer Sicht eben nicht zielführend ist, denn am Ende hilft uns ja nur die konkrete und konstruktive Debatte, um gemeinsam das Ziel zu erreichen.

Ansonsten würde mich noch mal zur Förderung von Solarenergie interessieren, das ist jetzt an mehreren Stellen angeklungen, es gibt bestimmte Problematiken, seien es Genehmigungen et cetera pp. oder eben die Frage, welche Module man am Ende nutzt. Am Ende ist es immer ein Kostenpunkt, deswegen sprechen wir über Förderprogramme. Ich fand es gerade ganz interessant, Herr Wegener, an Ihrem eigenen Beispiel konnte man durchaus herauslesen: Okay, wenn man die Durchschnittszahlen, die Sie uns präsentiert haben, nimmt, dann amortisiert sich das über einen relativ überschaubaren Zeitraum, das ist gut so, lässt die Frage durchaus offen, die man sich als Haushaltsgesetzgeber ja auch mal wieder stellen muss: Wie lange muss so ein Programm dann am Ende laufen, und welchen Zweck soll es am Ende noch verfolgen?

Ich habe die Frage verstanden, das kann ein Einstiegsmodul sein oder ein Einstiegszenario für Menschen – das haben Sie, Herr Brückmann, glaube ich, gesagt –, quasi sich mit dem Thema Solarenergie zu beschäftigen. Ob das am Ende auch ein ausreichender Grund ist, so ein Förderprogramm weiterzuführen, würde ich jetzt auch nicht unbedingt bestätigen, aber mich würde es einfach noch mal interessieren.

Und die entscheidende Frage am Ende ist: Okay, wahrscheinlich kann sich ein Durchschnittsberliner oder eine Durchschnittsberlinerin eine Investition in so eine Anlage für den Balkon vorstellen. Wenn der Amortisierungszeitraum so ist, wie Sie ihn jetzt mit Ihren Zahlen dargestellt haben, ist das auch zum Beispiel für eine mittelgroße Familie ein überschaubarer Zeitraum und finanzielles Volumen.

Trotzdem – ich schaue mal in Richtung Senatsverwaltung – gibt es am Ende ja auch den Punkt, dass wir Teilhabe für möglichst viele organisieren wollen. Es ist ja die Frage, ob man nicht per se das Förderprogramm für alle am Ende fortführt oder so ausgestaltet, dass quasi zielgerichtete Investitionen für diejenigen unterstützt werden, die sich diese Startinvestition nicht aus eigener Tasche sofort leisten können. Gibt es da auch Ihrerseits Überlegungen, über mögliche Förderszenarien – das muss ja nicht über eine Hundertprozentförderung und nicht rückzahlbar et cetera pp. sein, es gibt ja viele Möglichkeiten, das auszugestalten – nachzudenken? – Vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Bertram! – Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir den Ausschuss um 20 Minuten verlängern, sonst wird es eng. Ist das okay? – Okay, bis um 17.20 Uhr. – Als nächste Rednerin Frau Wolff, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ja, vielen herzlichen Dank auch für die Ausführungen! Nachvollziehbar ist natürlich, dass es eben in Ihrem Ehrgeiz und nicht nur in Ihrem, sondern im Interesse aller sein sollte, dass man natürlich auch gerne alle Menschen miteinnehmen kann und vielleicht auch weiterhin mit Balkonkraftwerken. Ich kann das nachvollziehen. Auch was Sie da entwickelt haben, finde ich hochinteressant.

Gleichzeitig gebe ich zu, dass ich, wenn ich mir die Dächer von Berlin oder von Paris angucke, bin ich immer ganz froh, dass wir noch so viele Dächer haben, die diese Möglichkeiten haben, in der Fläche und in der Breite eigentlich große Anlagen zu schaffen, wo das Land Berlin sagen kann: Hier können wir ganz sicher auch groß investieren und können was rein tun. – Das will ich dem anderen nicht absprechen, dass es nicht wichtig ist, aber an dieser Stelle glaube ich, dass die 25-Prozent-Zielmarke eine gute Zielmarke ist, und nicht nur zu rechnen, wie viele Anlagen ich gerade installiert habe, sondern anhand der Stromerzeugung, die vorhin genannt wurde. Ich bin nicht Fachfrau genug, um zu sagen: Ist die Stromerzeugung nur allein dadurch gewährleistet, dass ich genug Anlagen habe, oder liegt es auch mit daran, was für Anlagen ich habe? Das ist ja vielleicht dabei nicht ganz uninteressant.

Deshalb auch noch mal an Sie, Herr Fischer, die Frage: Sie haben ganz am Anfang gesagt, dass die Förderung an die Leistung der Solaranlage gekoppelt ist beziehungsweise, wenn ich das – und das müssten Sie vielleicht zumindest für mich noch mal erklären – richtig verstanden habe, an die Speicherkapazität, also das, was ich speichern kann oder was sie aufnehmen kann und zurück auch ins Netz geht. Wenn ich eben eine große Anlage habe, würde ich ja vielleicht eine Überproduktion für meinen eigenen Bedarf haben. Wiederum: Kann ich das in die gesamte Stromkapazität einspeisen, oder kann ich das mittlerweile auch speichern? Das war ja lange ein großes Thema und ein großes Problem. Das wäre also noch mal die Frage zu den Speichern.

Herr Hansel, natürlich kriegen Sie mich da immer wieder zu fassen, weil Sie natürlich wissen, ich strahle immer noch, ich komme immer noch aus Brunsbüttel, und ich sage Ihnen auch

ehrllich, das Thema ist da noch lange nicht vorbei. Das ist ein großes Problem, die Jodtabletten liegen immer noch bei den Leuten auf dem Tisch – ist nicht so schön. Also, ich glaube, das Thema ist wirklich erst mal hinfällig mit der Entwicklung, wie wir sie jetzt auch haben, und wir wissen, die Endlager sind nicht gefunden, die Zwischenlager müssen bleiben, das Ganze kostet ein Vermögen. Das ist völliger Quatsch, und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das ist vollständig abzulehnen. – Vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Frau Wolff! – Dann als Nächster bitte Herr Dr. Taschner!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch wenn die Grünen noch in der Opposition sind, freuen wir uns trotzdem, wenn Frau Giffey immer wieder positive Zahlen über den Solarzubau vermelden kann, denn wir wissen: Nur mit einer erheblichen Steigerung auch des Solaranteils hier in Berlin können wir unseren Beitrag zur Energiewende leisten. Das freut uns sehr! Wir glauben zwar, dass wir durchaus in der letzten Legislaturperiode einiges dazu beigetragen haben, Stichwort: Masterplan Solarcity oder auch mit dem Solargesetz. Natürlich wollen wir möglichst schnell Ziele erreichen, aber Geschwindigkeit ist dann eben nicht alles, um dann zu sagen: Jetzt haben wir das Ziel erreicht, sondern wir müssen ja schauen, immer weiter zu gehen, auch über die 25 Prozent hinaus, egal, welche Bezugsgröße man nimmt. Ich gebe allerdings den Linken recht, das wäre schon schön, wenn wir das einheitlich haben, und da unterstützen wir eindeutig als Grüne den Antrag der Linken.

Und ja, als Grüne haben wir durchaus auch Verständnis, dass wir an die großen Solaranlagen ranmüssen, weil sie letztendlich die große Leistung bringen, und nichts war schlimmer als das, was wir in der letzten Zeit erlebt hatten mit der vorvorherigen Bundesregierung, wo wir diese Briefmarkensolaranlagen gesehen haben, die nur auf den Eigenverbrauch geschaut haben und große Dachflächen, die man letztendlich noch hätte bestücken können, leer blieben. Deswegen eindeutige Unterstützung dafür, das Solarförderprogramm auch in diese Richtung weiterzuentwickeln und natürlich auch mit dem Speicher zu koppeln, keine Frage.

Wir lehnen es dennoch ab, bei einer Fördersumme von 13 Millionen Euro pro Jahr, immerhin 3 Millionen Euro mehr als dieses Jahr, das Thema Balkonsolar komplett einzustampfen. Herr Fischer, Sie wissen selber, wenn Sie von den tollen Anlagenzahlen reden, dann geht das meiste, nämlich zwei Drittel, des Neuzubaus der Anlagen genau auf diese Balkonsolaranlagen letztendlich zurück. Das ist vor allem die einzige Möglichkeit, wie in der Mieterstadt Berlin Mieterinnen und Mieter wirklich selbstbestimmt an dieser Energiewende partizipieren können und letztendlich für eine Solarstromproduktion bei sich zu Hause sorgen können. Ansonsten bin ich darauf angewiesen, was mein Vermieter oder meine Vermieterin auf meinem Dach macht.

Deswegen sagen wir: Ja, wir brauchten eigentlich weiterhin doch in einem überschaubaren Maß nach wie vor diese Solarförderung für Balkonanlagen, und den Verweis auf andere Bundesländer finde ich ein bisschen schwierig, wenn wir 13 Flächenländer haben und kein anderes Bundesland so ein Mieterbundesland letzten Endes wie Berlin ist. Wie Herr Wegener deutlich gezeigt hat, ist es eben nicht so billig, wie man es darstellt. Ich meine, die 99-Euro-Solaranlage bekommen Sie vielleicht bei Temu, die würde ich mir persönlich aber nie anschließen, da hätte ich viel zu viel Angst, was da alles passieren kann. Herr Wegener hat ja gezeigt, die Anschaffungskosten sind massiv höher. Will ich wirklich ein ordentliches Modul

haben – nicht nur vom Speicher, sondern auch diese neue Halterung –, bin ich schon schnell bei diesen 1 000 Euro, hinzu kommt, was Vermieterinnen und Vermieter noch alles wollen. Letztens hatte ich einen Fall von einem landeseigenen Wohnungsunternehmen, da kamen die Nebenkosten auf über 5 000 Euro. Also dann zu sagen: Na ja, es geht ja alles mit 100 Euro, und das Ding hänge ich einfach so an meinen Balkon wie so einen Pflanzkübelteil im Sommer. Wenn das so einfach wäre, Herr Fischer, dann wäre ich bei Ihnen. Dann würde ich sagen: Also auf die 100 Euro und jeder macht es im Selbstbetrieb, steckt die Stecker rein, fertig, aus, darauf könnten wir verzichten. Es ist aber letzten Endes nicht so, und deswegen setzen wir uns definitiv dafür ein, diese Förderung eigentlich nicht komplett einzustampfen, und ich erinnere mich noch sehr gut, Herr Landeck hatte mal in einer Anhörung hier, die wir im Laufe dieser Legislaturperiode hatten, auch zum Thema Balkonsolaranlagen gesagt: Das schafft ein neues Verständnis für Umgang mit Strom. Es bringt die Menschen dazu, Strom einzusparen, und gerade diese Energieeffizienz ist ein wesentlicher weiterer Baustein, den wir brauchen, um letztendlich unsere Ziele zu erreichen.

Ich weiß, die Zeit ist fortgeschritten, dennoch würde ich an unsere Anzuhörenden, die ja auch immerhin lange ausgeharrt haben, noch jeweils zumindest eine Frage stellen.

An Herrn Wegener: Ich habe in Hamburg mal etwas gehört, das nannte sich solidarischer Wohnstrom, das ist Solarbalkonstrom vom Dach, wo man Sachen zusammenschließt. Sie scheinen davon gehört zu haben. Gibt es so etwas in Berlin auch? Was halten Sie davon?

Herr Geißler, zum Mieterstrom habe ich mir viel aufgeschrieben. Sie waren, glaube ich, die Ersten, die die ersten Mieterstromanlagen überhaupt in Berlin mit der BEA gemacht haben. Sie haben das Problem Kundenanlagen angesprochen, wirklich ein großes Problem, ich glaube, aus Berlin können wir gar nichts machen, auch nicht auf Bundesebene, ich glaube, das ist ein europäisches Thema. Wissen wir denn, wie viele derartige Kundenanlagen bei uns in Berlin davon betroffen sind?

An Herrn Brückmann noch eine Frage: vom Balkon aufs Dach, das ist natürlich der Weg, wie wir uns im Eigenheim die Sache vorstellen. Sie haben gesagt, und Herrn Wegeners Daten zeigen es ja auch offensichtlich, dass viele Eigenheimbesitzer doch durchaus für Balkonsolaranlagen zugänglich sind, ob mit oder ohne Förderung. Was machen Sie? – Sie haben gesagt, Sie machen Informationen zu Balkonsolaranlagen. Sie machen sicherlich dann auch etwas zum Dach. Vielleicht können Sie dazu noch zwei, drei Worte sagen. – Vielen Dank!

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank, Herr Dr. Taschner! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Das heißt, Sie dürfen jetzt antworten. Ich bitte aber wirklich – wir müssen auf die Uhr gucken, wir haben noch zehn Minuten, wir müssen nachher abstimmen – um ganz kurz gefasste Antworten! – Wer möchte anfangen? – Wir fangen bei Herrn Wegener an.

Jonas Wegener (Plan B 2030 e. V.): Eine Aussage zum solidarischen Wohnstrom, einmal Handzeichen: Wer hat vom Konzept solidarischer Wohnstrom schon gehört? – Noch niemand, okay, also fast niemand! – Das ist ein Modell, das im letzten Jahr in Hamburg eingeführt worden ist, und es geht dabei darum, dass die Steckersolargeräte nicht auf dem Balkon installiert werden, was ja sowieso nicht ganz gerecht ist, weil nicht jeder den perfekt ausgerichteten Balkon hat, sondern die Steckersolargeräte werden auf dem Dach des Wohngebäu-

des wie eine normale Dachanlage installiert, aber als Steckersolargerät angemeldet und sind damit auch günstiger, was den Anmeldeprozess angeht. Hierbei wird die Anfangsinvestition durch die Vermietenden getragen. Das heißt, die Förderung wird geholt, es wird ein Speicher in den Keller gestellt, und dann pachten die Mieterinnen und Mieter die Dachfläche vom Vermieter und zahlen das aus den Einsparungen ihrer Stromkosten. Tatsächlich sind mit so einer perfekt ausgerichteten Dachanlage die Einsparungen pro Jahr wesentlich höher als bei einer nicht so effizienten Balkonanlage. Das heißt, theoretisch kann eine Familie ihren kompletten Jahresbedarf aus dieser Minidachanlage decken, und das Ganze basiert auf einem solidarischen Zusammenspiel zwischen Vermietern und Mietern, wird aber, wenn Steckersolargeräte nicht mehr gefördert werden, auch schwierig zu finanzieren, wenn es nicht eben sehr motivierte Vermieterinnen und Vermieter sind, die ihren Mietern das vorschießen. Das sollte aber jeder einmal googeln, um ein neues Finanzierungskonzept kennenzulernen.

Amt. Vorsitzender Olaf Schenk: Vielen Dank! – Dann Herr Geißler, bitte!

Michael Geißler (Berliner Energieagentur GmbH): Herr Taschner, vielen Dank für Ihre Frage! – Eine explizite Anzahl kann ich Ihnen, bezogen auf die Kundenanlagen in Berlin, nicht nennen. Ich gehe mal davon aus, dass es in der Größenordnung von vielleicht 200, 300 Anlagen ist. Das hört sich zunächst mal wenig an, aber das wäre zu differenzieren, wie viel Wohnungen dann immer an der einzelnen Kundenanlage dranhängen. Das heißt, das können dann schon wiederum mehrere Tausende Wohnungen sein.

Aber das eigentliche Problem, warum ich das hier anspreche, ist ja nicht nur der Bestand, der ist ja jetzt zunächst mal über drei Jahre geschützt, sondern die Frage des Ausbaus. Wir haben aktuell die Situation, dass sehr viele Wohnungsunternehmen, sehr viele Dienstleister just aus diesem Grund, dass keine zusätzlichen Kundenanlagen mehr genehmigungsfähig sind, einfach schlicht keine Photovoltaikanlagen auf Wohngebäuden anbieten und ausbauen. Das ist das tatsächliche Problem. Sie haben von Briefmarken gesprochen. Wir sind jetzt noch weit unterhalb der Briefmarkengröße im Hinblick auf Mieterstromanlagen, die für Berlin meiner Ansicht nach immer noch wichtig wären.

Dazu gleich noch ein Hinweis an Herrn Hansel, der das aber von mir auch schon kennt: Die Mieterstromanlagen haben eine bilanzielle Größe von 70 Prozent Eigenerzeugung, und in Bezug auf den Verbrauch in den Anlagen, dort in den Wohnanlagen, in denen wir die errichten, ich sehe das also nicht ganz so, wie Sie das im Hinblick auf die energiepolitische Neuausrichtung, wie Sie sie genannt haben, notwendigerweise dort darstellen wollten. Im Gegenteil, wir können mit den Solaranlagen in Verbindung mit einem Speicher über das Jahr einen Großteil des Stroms, der in diesen Wohnanlagen notwendig ist, abdecken. – Vielen Dank!

Jochen Brückmann (VDGN): Zwei Dinge, einmal Balkonkraftanlagen, an die Fraktion Die Linke: Da haben Sie mich falsch verstanden. Ich habe ja gerade argumentiert, dass es wichtig ist, dieses Thema zu unterstützen, aber eben nicht wichtig ist, mit Geld zu fördern, weil das tatsächlich so ist, wir können uns streiten, ob es 1 000 Euro sind oder 350 Euro, das ist so die gängige Praxis bei uns bei Einfamilienhäusern. Okay, da haben wir in aller Regel schon draußen eine Steckdose, da haben wir es ein bisschen einfacher, und ein anderes System, aber das amortisiert sich sehr schnell. Also maximal in fünf Jahren hat sich selbst eine 1 000-Euro-Balkonkraftanlage amortisiert. Die Frage ist wirklich: Müssen wir das fördern?

Generell möchte ich beim Thema Solar noch mal darauf hinweisen, auch an Herrn Hansel gerichtet, gerade natürlich bei Einfamilienhäusern ist es ja nicht so, dass ein Einfamilienhausbesitzer, es sei denn, er unterliegt der Solarpflicht bei großen Bestandsänderungen am Dach, sich überhaupt Gedanken macht, welche Vorgaben oder Zielvorstellungen es im Land Berlin gibt, sondern die setzen sich wie jeder kleine Unternehmer an den Küchentisch und überlegen: Macht das Sinn für mich und mein Haus, mit meinem System, mit meinem Elektroauto oder auch nicht? – Dann wird eine Entscheidung getroffen, ja oder nein. Da ist es wichtig, dass dieses Thema, ich sage mal Strominvestitionen dazu, Solar ist ja schon gut, und es ist ja dann eine gewisse Redundanz, wenn wir auch in Einfamilienhausgebieten stabile Stromkreisläufe haben und nicht immer nur zuschalten müssen. Da macht es durchaus Sinn, eine Strominvestition zu haben, und wenn man eine Strominvestition will, dann ist es eben schön und gut, wie es jetzt ist, dass das ganz einfach und klar ist, dass wir nicht dieses Komplizierte haben, wie wir das im Vorfeld hatten.

Ja, Herr Taschner, wenn wir Energieberatung machen, machen wir das systemoffen, technologieoffen, wir reden über CO₂-Vermeidung. Wir machen auch eine direkte Solarberatung, ob kleine oder große Solaranlage, aber eigentlich gucken wir uns das Bestandsgebäude insgesamt an, Stichwort Sanierungsfahrpläne. Wie kann man CO₂ sparen? Wie kann man Energie sparen? Also es muss, was eben auch wichtig ist, immer mehr im Gesamtkontext eines Gebäudes gesehen werden. Früher war es tatsächlich so, in der Beratung war es relativ leicht, auch in der Heizungsberatung, da hast du gesagt, du machst aus einem normalen Gaskessel einen Brennwertkessel, dann bist du auf der richtigen Seite. Jetzt muss man sich eigentlich das gesamte Gebäude anschauen, das ist schon relativ komplex geworden. Insofern wird die Beratung immer komplexer, und Stichwort Berliner Energieeinsparinitiative beispielsweise, das kann man auch nur noch im Verbund gut organisieren. Deswegen machen wir da auch überall mit.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Dann hat der Staatssekretär um das Wort gebeten. – Bitte sehr!

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Nur, um die letzten Fragen noch mal zu beantworten: Bei der Zielmarkendiskussion kann ich nur immer wieder auf die Richtlinien der Regierungspolitik und den Koalitionsvertrag verweisen, da stehen 25 Prozent des erzeugten Stroms drin, und insofern nehme ich das für uns auch als Maßgabe. Nichtsdestotrotz ist es ja überhaupt kein Problem, darüber hinauszugehen. Wir befinden uns ja nur nicht in planwirtschaftlichen Kontexten, insofern werden die Bürgerinnen und Bürger auch über ein Förderprogramm selbst entscheiden, wie sie in Solar investieren, und wir werden versuchen, die Anreize so zu setzen, dass uns das gelingt.

Zum Zweiten, zum Thema Balkonsteckeranlagen: Förderprogramme haben ja immer eine Anreizfunktion, und wenn ich mir jetzt die Zahlen noch mal anschau, wir haben jetzt 20 000 Balkonsteckersolaranlagen in dieser Stadt gefördert, dann ist ja irgendwann die Anreizfunktion an einem gewissen Punkt ausgelaufen, sondern wir sind dann in einem Standardprogramm, und wenn ich mir dann zusätzlich dazu anschau, wie die Verwaltungskosten im Verhältnis zur Förderung stehen, dann muss ich doch einfach sagen, die 13 Millionen Euro, die wir jetzt im kommenden Jahr in Solar investieren können, die muss ich natürlich vor allem auch dafür investieren, Leistung zu bekommen. Wir haben jetzt diejenigen, die da jetzt sozusagen als Frontrunner unterwegs waren, und damit natürlich Anreize gesetzt. Jetzt geht es vor

allem darum, denjenigen Vermieterinnen und Vermietern, die da noch ein bisschen auf der Bremse stehen, auch deutlich zu machen, dass hier mehr geht, und das ist, glaube ich, auch mit Unterstützung der Bundesebene ein gutes Anliegen gewesen.

Zu guter Letzt: Die Systematik der Förderung – wie gesagt, wir haben das deutlich vereinfacht –, wir werden weniger Bürokratiekosten für die Förderung haben. Die Grundregel lautet bei Eigenheimen, bei Häusern, immer: Wir fördern eine Solaranlage mit einem Speicher zusammen, immer in der Kombination, umso größer die Solaranlage ist, umso mehr Geld gibt es dafür, und der Anreiz, einen größeren Speicher dabei zu haben, ist sowieso gut. Wir fördern außerdem – und das als Letztes – natürlich auch alles, was eine zusätzliche Absicherung, beispielsweise über Notstrom, angeht. Das ist auch die Lehre aus Adlershof gewesen, dass wir hier im Förderprogramm auch noch mal anreizen müssen, dass diejenigen, die sich am Ende einen Wechselrichter und eine Notstromfunktion auch für den Batteriespeicher zulegen, das auch mitgefördert bekommen. Das ist, glaube ich, auch wichtig für die Zukunft, damit nicht mit dem Strom, wenn der ausgeht, auch in Zukunft der Batteriespeicher nicht mehr läuft, das war ja in einigen Fällen so, und dafür braucht man auch mal einen zusätzlichen technischen Kniff, den werden wir auch in der Förderung berücksichtigen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann frage ich noch mal in die Runde: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich jetzt nicht. Dann müssten wir unter Punkt 3 b über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen, 0261, „Masterplan Solarcity: Zielklarheit durch verbindliche Ausbauzahlen“. Da liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz vom 8. Januar 2026 vor. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, den g Drucksache 19/2607 abzulehnen. Dann bitte ich hier um das Handzeichen, wer den Antrag der Linken unterstützen will. – Das sind Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, SPD und AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt und hat keine Mehrheit gefunden, und wir werden das so entsprechend weiterleiten.

Den Tagesordnungspunkt 3 a müssen wir noch vertagen, um dann sozusagen die Auswertung zu machen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so.

Dann darf ich mich bei unseren Anzuhörenden bedanken. Ich darf mich entschuldigen, dass ich Sie heute nicht gehört habe, manchmal ist das so im Leben, weil alles anders gekommen ist als gedacht. Ich freue mich sehr, dass Sie hier waren. Ich hoffe, dass es für Sie ergiebig war und vor allem auch für den Ausschuss bezogen auf die neue Solarförderung. Ich glaube, das ist eine ganz gute Chance. Insofern vielen Dank an Sie drei, dass Sie gekommen sind, schönen Feierabend und bis zum nächsten Mal! Danke sehr!

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2303
**Sichere Geh- und Radwege auch im Winter –
Glättechaos beenden, BSR zentral mit dem
Winterdienst auf allen Wegen beauftragen**

[0244](#)
WiEnBe
UK
Mobil(f)

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.